

# Aus Politik und Zeitgeschichte

Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament

Jens Reuter

Jugoslawien im Umbruch

Rudolf L. Tökés

Vom Post-Kommunismus zur Demokratie

Politik, Parteien und Wahlen in Ungarn

Adam Gwiazda

Die Desintegration des Rates  
für gegenseitige Wirtschaftshilfe

Neue Perspektiven für die mitteleuropäischen Länder?

B 45/90

2. November 1990



Jens Reuter, geb. 1942; Studium der Slavistik, Osteuropäischen Geschichte und Politischen Wissenschaften in Hamburg und Belgrad; Jugoslawien-Referent im Südost-Institut München.

Veröffentlichungen u. a.: Die Albaner in Jugoslawien, München 1982; Die Albaner in Kosovo und Mazedonien, in: Europäische Rundschau, 17 (1989) 1; Menschenrechte in Jugoslawien, in: Südosteuropa, 38 (1989) 11/12; Jugoslawia, in: Richard E. Bissell/Curt Gasteyer (Eds.), The Missing Link. West European Neutrals and Regional Security, Durham-London 1990; Das Kosovo-Problem im Kontext der jugoslawisch-albanischen Beziehungen, in: Franz-Lothar Altmann (Hrsg.), Albanien im Umbruch, München 1990.

Rudolf L. Tökés, Dr. phil., geb. in Ungarn; Professor für Politikwissenschaft an der University of Connecticut; zuvor Lehrtätigkeit an den Universitäten Wesleyan und Yale.

Veröffentlichungen u. a.: The Negotiated Revolution. Economic Reforms, Social Change and Political Succession in Hungary, 1986–1990 (in Vorbereitung); zahlreiche Beiträge zur politischen und gesellschaftlichen Entwicklung in der UdSSR, in Osteuropa und Ungarn; Herausgeber der Zeitschrift „Studies in Comparative Communism“.

Adam Gwiazda, Dr. rer. oec. habil., geb. 1946; seit 1973 Lehrbeauftragter an der Nikolaus-Kopernikus Universität in Torun (Thorn); 1978–1988 Dozent an der Universität Gdansk (Danzig); 1988–1990 an der Universität Stettin; zugleich wissenschaftlicher Mitarbeiter des Polnischen Instituts für Internationale Angelegenheiten, Abt. Torun (Thorn).

Veröffentlichungen u. a.: Internationale Interdependenz in der gegenwärtigen Welt, Warschau 1985; Dilemma der gegenwärtigen westlichen Ökonomie, Danzig 1988; zahlreiche Veröffentlichungen zu Fragen der internationalen Wirtschaftsbeziehungen und Wirtschaftspolitik in polnischen und ausländischen Fachzeitschriften.



ISSN 0479-611 X

Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung, Berliner Freiheit 7, 5300 Bonn 1.

Redaktion: Rüdiger Thomas (verantwortlich), Dr. Heinz Ulrich Brinkmann, Dr. Ludwig Watzal, Dr. Klaus W. Wippermann.

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, Fleischstraße 62–65, 5500 Trier, Tel. 06 51/46 04 186, nimmt entgegen

- Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“;
- Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT einschließlich Beilage zum Preis von DM 14,40 vierteljährlich, Jahresvorzugspreis DM 52,80 einschließlich Mehrwertsteuer; Kündigung drei Wochen vor Ablauf des Berechnungszeitraumes;
- Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preis von DM 6,50 zuzüglich Verpackungskosten, Portokosten und Mehrwertsteuer;
- Die beiden Bände des Jahrgangs 1989 sind nur noch begrenzt vorrätig und können zum Preis von DM 25,– (einschl. Mehrwertsteuer) zuzügl. Versandkosten bestellt werden.

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung des Herausgebers dar; sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

Für Unterrichtszwecke können Kopien in Klassensatzstärke hergestellt werden.



Jens Reuter

## Jugoslawien im Umbruch

### I. Das unrühmliche Ende des Bundes der Kommunisten Jugoslawiens

Am frühen Morgen des 23. Januar 1990 hatte die letzte Stunde des Bundes der Kommunisten Jugoslawiens geschlagen. Um 3.20 Uhr erklärte der amtierende Parteichef Milan Pančevski den übernächtigen Delegierten mit müder, kaum hörbarer Stimme, der XIV. Kongreß der Partei werde zu einem Zeitpunkt fortgesetzt, den das Zentralkomitee festlegen werde. Viele der Delegierten ahnten damals bereits, daß diese Vertagung auf unbestimmte Zeit das schlecht kaschierte Ende einer Partei bedeutete, die das Land mehr als vier Jahrzehnte lang beherrscht hatte.

Knapp fünf Stunden zuvor war es auf dem Kongreß zum keineswegs unerwarteten Eklat gekommen. Der Chef der slowenischen Kommunisten Ciril Ribičič erklärte, seine Delegation werde den Kongreß demonstrativ verlassen. Zur Begründung sagte er, der BdK Slowenien sei auf dem Parteitag ein ums andere Mal überstimmt worden. Da er über den intoleranten Dialog irritiert sei, wolle er von nun an seine eigenen Wege gehen<sup>1)</sup>. Tatsächlich waren sämtliche slowenischen Anträge auf dem Kongreß förmlich abgeschmettert worden. Als Beispiel sei das Amendment genannt, das vorsah, den Bund der Kommunisten Jugoslawiens in einen lose zusammenhängenden Bund der Bünde zu verwandeln. Der Antrag erhielt ganze 169 Ja-Stimmen, während 1 156 Delegierte dagegen stimmten. Hier zeigte sich in aller Klarheit, daß Slowenien auf dem Parteitag allein stand, unterstützt lediglich vom Reformflügel des BdK Kroatien, der damals jedoch eine — wenn auch starke — Minderheit in der eigenen Partei war.

Unter dem Titel „Demokratische Reform heute“ ließ die slowenische Delegation dem Kongreß ein Dokument zugehen, das ihre Vorstellungen in acht Punkten zusammenfaßte:

1. Garantie der Menschenrechte in ganz Jugoslawien.
2. Unmittelbare, allgemeine und freie Wahlen, bei denen die unterschiedlichsten Parteien um die Gunst der Wähler werben.

<sup>1)</sup> Delo vom 24. Januar 1990.

3. Gründung eines „Jugoslawischen Demokratischen Forums“, das als „Runder Tisch“ für gleichberechtigte politische Gruppierungen und Parteien funktionieren sollte.

4. Trennung von Staat und Partei im ganzen Land, Beseitigung des gesellschaftlichen Eigentums, Schaffung eines Parlaments mit zwei Kammern u. a.

5. Lokale Selbstverwaltung.

6. Wiederherstellung der verfassungsmäßigen Ordnung und der Menschenrechte in Kosovo.

7. Aufhebung des Straftatbestandes der „konterrevolutionären Bedrohung der verfassungsmäßigen Ordnung“ (Art. 114 Strafgesetzbuch) und Verkündung einer Amnestie auf dieser Grundlage.

8. Der Bund der Kommunisten Jugoslawiens sollte seinen Namen, sein Programm und sein Statut ändern und auf das Prinzip des demokratischen Zentralismus verzichten<sup>2)</sup>.

Die acht Punkte enthielten lediglich die slowenischen Minimalforderungen, von denen man glaubte, sie könnten auf dem Parteitag konsensfähig sein. Mittelfristiges Ziel der slowenischen Reformkommunisten war die Herstellung einer parlamentarischen Demokratie westlichen Musters in ganz Jugoslawien. Doch selbst dieses Kompromißpapier wurde abgelehnt, ebenso wie alle übrigen slowenischen Zusatzanträge, die sich mit Bürgerrechten, der Ausgestaltung der Demokratie und dem Schutz der Menschenrechte befaßten. Darunter waren Anträge, die besonders im Hinblick auf Kosovo der Polizei Folterungen verbieten sollten und das Ende politischer Prozesse forderten. Man gewann den Eindruck, als wolle die reformunwillige Mehrheit um den serbischen Präsidenten Milošević den BdK Slowenien bewußt verletzen, verhöhnen und letztlich vom Parteitag vertreiben. Als die slowenische Delegation den Kongreßsaal im Belgrader Sava-Zentrum unter Protest verließ, wurde sie von der Mehrheit der verbliebenen Delegierten mit ebenso frenetischem wie höhnischem Beifall bedacht. Die Milošević-Fraktion im BdKJ feierte ihren vermeintlichen Triumph, während der amtie-

<sup>2)</sup> Oslobodjenje vom 25. Januar 1990.



rende Vorsitzende der Plenarsitzung — der montenegrinische Parteichef Momir Bulatović, ein getreuer Paladin von Slobodan Milošević — die Sitzung weiterführen wollte, als sei nichts geschehen.

Doch nun zeigte sich, daß die „Ausgrenzungstaktiker“ Opfer einer kapitalen Fehleinschätzung geworden waren. Der kroatische Parteichef Ivica Račan meldete sich zu Wort und verlangte, der Kongreß müsse sofort unterbrochen werden, damit man eine ernsthafte Debatte über den inneren Zustand der Partei vorbereiten könne. Sollte dem Antrag nicht stattgegeben werden, würden die kroatischen Delegierten die Abstimmung über Dokumente und Beschlüsse des Kongresses verweigern. Slobodan Milošević konterte kühl. Er forderte die Delegierten auf, den Parteitag ohne Rücksicht auf die Beschlüsse der Slowenen und Kroaten fortzusetzen. Nach einer längeren Pause, während derer die Delegationen ihren Standpunkt in interner Diskussion festlegten, wurde eine Spaltung in zwei Lager manifest. Die Bdk Slowenien, Kroatien, Bosnien-Herzegowina und Makedonien stimmten für den Abbruch des Kongresses, der seine Arbeit erst dann fortsetzen sollte, wenn die dafür notwendigen Voraussetzungen geschaffen seien. Die Parteien Serbiens, der Vojvodina, Kosovos und Montenegros setzten sich für die unverzügliche Fortsetzung des Kongresses ein. Angesichts dieses Kräfteverhältnisses kam nichts anderes als der Abbruch des Kongresses in Frage<sup>3)</sup>.

Am 4. Februar 1990 spaltete sich die kommunistische Partei Sloweniens auch offiziell vom Bund der Kommunisten Jugoslawiens ab. Der Bdk Slowenien gab sich den zusätzlichen Namen „Partei der demokratischen Erneuerung“ und zog seine Vertre-

ter aus dem Zentralkomitee und dem Präsidium des BdkJ zurück. Die slowenischen Kommunisten erklärten, der Bund der Kommunisten Jugoslawiens existiere in seiner bisherigen Form nicht mehr. Sie wollten nicht mehr Teil dieser Partei und damit mitverantwortlich für eine Politik sein, auf die sie kaum Einfluß hätten. Statt dessen wolle man mit anderen demokratischen Kräften in Jugoslawien, vor allem mit der Republik Kroatien, eng zusammenarbeiten.

Wenngleich in den folgenden Wochen und Monaten noch mehr oder weniger hilflose Versuche unternommen wurden, den Bund der Kommunisten Jugoslawiens wiederzubeleben, war das definitive Ende dieser Partei von niemandem mehr zu verhindern. Dabei muß man sagen, daß sie sich recht kläglich von der politischen Bühne verabschiedet hat: Mit einem Kongreß, dem es nicht gelungen war, eine vorher vorbereitete „Deklaration“ oder andere Dokumente zu verabschieden, geschweige denn irgendwelche personellen Entscheidungen zu treffen. Es entbehrt nicht einer gewissen Ironie, daß ein Änderungsantrag zur geplanten Deklaration angenommen wurde, in dem die Partei auf ihr Machtmonopol und ihre führende Rolle verzichtete.

Die faktische Auflösung durch Selbstblockade ist einzigartig, wenn man das Schicksal der kommunistischen Parteien in Osteuropa in Betracht zieht. Es gelang weder eine Spaltung, noch eine Umbenennung, noch die Schaffung einer wie auch immer gearteten Nachfolgeorganisation. Analysiert man die Ursachen für dieses unrühmliche Ende, so liegen sie ganz wesentlich im langdauernden ordnungspolitischen Konflikt zwischen dem Bdk Slowenien und dem Bdk Serbien.

## II. Belgrad und Ljubljana — zwei Typen der politischen Kultur

Als sich um die Mitte der achtziger Jahre die Unreformierbarkeit des politischen Systems drastisch zeigte, weil Versuche zu einer gesamtjugoslawischen Willensbildung immer wieder scheiterten, schien das kommunistische Regime seinem Ende nahe: Die wirtschaftliche Lage war katastrophal, die Unzufriedenheit der Bevölkerung wuchs, der Bund der Kommunisten war heillos zerstritten und stand den Problemen des Landes hilflos gegenüber. In dieser kritischen Situation ergriffen als erste die „nationalen Parteien“ in Serbien und in Slowenien die Initiative. Sie schlugen jedoch diametral entgegengesetzte Wege ein, um der Krise Herr zu werden.

<sup>3)</sup> Borba vom 24. Januar 1990.

Der 1987 endgültig zur Macht gekommene serbische Führer Slobodan Milošević proklamierte die „antibürokratische Revolution“ und wurde zum Schöpfer und zur Symbolfigur eines ebenso nationalistischen wie systemkonformen Populismus. Dem Volkstribun Milošević ging es folglich nicht darum, das System der kommunistischen Einpartei-herrschaft allmählich abzubauen und den Übergang zum demokratischen Pluralismus zu organisieren. Sein Ziel war ein gänzlich anderes: Das dem Volk entfremdete und überlebte kommunistische Regime sollte zumindest in Serbien wieder in neuem Glanz erstrahlen. Das Rezept hierzu bestand in einer Mischung aus kommunistischer Orthodoxie und serbischem Nationalismus. Das politische System wurde demnach von vornherein am-



nestiert, wenn man nach Schuldigen für die Krise suchte, in die Serbien und Jugoslawien geraten waren. Unfähige Politiker, verknöcherte Bürokraten in der eigenen Republik, vor allem aber in anderen Landesteilen wurden zu Sündenböcken erklärt. Diesen Funktionären, die sich dem Volk entfremdet hatten und nur noch ihre ureigenen egoistischen Interessen verfolgten, sagte die serbische Nationalbewegung unter Milošević den Kampf an.

Die wütenden Attacken gegen die „Alte Garde“ schienen zunächst mit den Forderungen der serbischen Opposition nach mehr Demokratie in Einklang zu stehen. Nach dem Sturz des alten Parteichefs Ivan Stambolić zeigte sich jedoch, daß Miloševićs Führungsstil autoritär und in Einzelfällen brutal war. Ganz in „Tito-Manier“ organisierte er eine gründliche Säuberung des BdK Serbien. Alle Funktionäre, an deren Loyalität er zweifelte, wurden eliminiert. Dann kamen die Chefredakteure und Journalisten von Presse und Fernsehen an die Reihe. Durch die rücksichtslose Gleichschaltung von Partei und Medien brachte Milošević das gesamte öffentliche Leben Serbiens unter seine Kontrolle.

Die populistische Bewegung, die sich jung, dynamisch und vor allem glühend patriotisch gerierte, verstand es zudem sehr geschickt, den serbischen Nationalismus zu mobilisieren. Sie suggerierte den Menschen das kollektive Gefühl einer mehr als vierzig Jahre andauernden Benachteiligung und Entrechtung und vermischte diese Argumente raffiniert mit dem ohnehin in Serbien existierenden Genozidtrauma<sup>4)</sup>. Schon vor seiner Machtübernahme beschuldigte Milošević die Albaner des Kosovo, sie würden die Serben aus ihrer dortigen Heimat mit Gewalt vertreiben und eine Politik des „Genozids“ verfolgen. Aufgebauschte Meldungen über Körperverletzungen, Vergewaltigungen und Brandstiftungen, aber auch gänzlich aus der Luft gegriffene Greuelpropaganda mobilisierten alle nationalistischen Emotionen, die mit der Kosovo-Frage verbunden sind. Gleichzeitig wurde Serbien als ein in drei Teile zerrissenes Land dargestellt, das „wiedervereinigt“ werden müsse. Milošević bewerkstelligte seinen politischen Aufstieg und seine Machtübernahme ganz wesentlich mit Hilfe des Vehikels Kosovo. Da er für eine Politik der harten Hand plädierte und sich als starker Mann gerierte, wuchs seine Popularität rasch. Die Emotionen, die er mobilisierte, waren demokratiefeindlich. Er weckte den blinden Haß gegen die „Feinde Serbiens“. Zu diesen zählte er nicht nur die Albaner, sondern auch die Slowenen, die er mit ihnen im

Bunde wähnte. Nach seiner Lesart gehörte auch Tito zu den jugoslawischen Politikern, die die „Dreiteilung“ Serbiens in das eigentliche Kernland und die beiden Provinzen erst ermöglicht hatten.

Ausgehend von dieser Logik war Serbien innerhalb Jugoslawiens von zahlreichen Feinden umgeben, denn auch kroatische Politiker machten keinen Hehl aus ihrer Abscheu gegen Serbiens gewalttätige Kosovo-Politik. Gerade an der Kosovo-Frage entzündete sich der Gegensatz zwischen dem BdK Slowenien und dem BdK Serbien. Dabei ging es nicht nur um die rechtlich höchst fragwürdigen Maßnahmen, die Serbien traf, um sich seine beiden Provinzen wieder einzuverleiben. Mit Sorge betrachtete man im Nordwesten des Landes auch, wie der politische Pluralismus im ehemals weltoffenen Belgrad mit seinen liberalen Traditionen und kritischen Intellektuellen fast völlig beseitigt wurde. Von oben durch die „Gleichschaltungsmaßnahmen“ der politischen Führung, von unten durch die nationalistisch aufgeputschten Massen, die jeden Andersdenkenden zum „Volksverräter“ abstempelten.

Den hier entstandenen Typ der politischen Kultur charakterisierte der ehemalige slowenische Spitzenfunktionär Franc Šetinc als eine „patriarchalisch geprägte Untertanenkultur“, aus der ein Führer als „Großer Baumeister“ oder „Retter“ hervorgegangen sei. Die andauernde ökonomische und moralische Krise rief bei den Menschen ein Gefühl der Ohnmacht und der Resignation hervor. Kämen jetzt noch die Mythen der Vergangenheit als eine Art kollektive Volkskrankheit hinzu, so entstünde der Humus, aus dem der neue Typ des Führers erwachse. Die Menschen würden sich krampfhaft an den vermeintlichen Heros klammern, weil sie sich von ihm die Erfüllung ihrer Sehnsüchte versprächen. Der patriarchalische Führer wiederum brauche nur die richtigen Saiten aufzuziehen, um den Schmerz des Volkes für seine Zwecke zu mobilisieren und er werde zumindest vorübergehend den gewünschten Erfolg haben<sup>5)</sup>.

Aus diesen Worten spricht die tiefe Abneigung, die man Milošević in den entwickelten Landesteilen, vor allem aber in Slowenien entgegenbringt. Er wurde zur Symbolfigur eines ebenso anachronistischen wie verhaßten Systems, das man längst überwunden glaubte. Hinzu kam die Perzeption der Bedrohung, die von der orthodox-nationalistischen kommunistischen Ideologie ebenso ausging wie vom traditionellen serbischen Vormachtstreben. Die extreme Feindschaft zwischen Belgrad und Ljubljana liegt auch darin begründet, daß man an der Lauterkeit der wechselseitigen Motive zweifelt.

<sup>4)</sup> Vgl. hierzu: Christine von Kohl, Jugoslawien, München 1990, S. 129 f.

<sup>5)</sup> Vjesnik vom 21. Januar 1989.



Während die Serben die gewaltsame „Befriedung“ Kosovos als legitime Wahrnehmung ihres nationalen Interesses ansehen, argwöhnen die Slowenen, sie könne die Generalprobe für ihre eigene „Befriedung“ sein. Wenn die Slowenen vom Recht auf Sezession sprechen, erblicken die Serben darin eine Ermunterung an die Kosovo-Albaner, sich von Jugoslawien/Serbien abzuspalten. Das zeitweise starke Engagement der Slowenen für die Kosovo-Albaner entspringt nach ihren eigenen Aussagen humanitären Beweggründen und dient dem Schutz der Menschenrechte. In Serbien läßt man diese Argumentation nicht gelten. Man spricht von einer „Koalition der Separatisten“, die sich zum Ziel gesetzt hat, Serbien entscheidend zu schwächen<sup>6)</sup>.

Der Kern des Konflikts zwischen Slowenien und Serbien lag jedoch darin, daß die slowenischen Kommunisten nicht an eine Restauration des alten Systems dachten. Sie zogen die logische Konsequenz aus dem Versagen des sozialistischen Gesellschaftsmodells und planten den geordneten Rückzug aus unhaltbar gewordenen ideologischen und politischen Monopolstellungen. Ihr Ziel war der allmähliche Übergang zu einem parlamentarisch-demokratischen System westlicher Prägung. Doch bald mußten sie erkennen, daß sie das Tempo der Entwicklung nicht mehr bestimmen konnten. Denn überall in Slowenien regten sich Kräfte, die ungeduldig nach substantiellen Änderungen des politischen Systems verlangten. Zwar wies die politische Führung in Ljubljana zunächst alle Forderungen nach Bildung unabhängiger politischer Parteien zurück. Stereotyp erklärte sie, alle politischen Vereinigungen und Organisationen hätten sich im Rahmen der Massenorganisation „Sozialistische Allianz“ zu etablieren. Dennoch wurden erste politische Parteien – unabhängig von der „Allianz“ – gegründet, darunter der Slowenische Bauernbund, die Sozialdemokratische Union, die Slowenische Demokratische Union und die Slowenische Christlich-Soziale Bewegung. Die oppositionellen Parteien gingen noch weiter: Im Mai 1989 führten sie eine offiziell nicht genehmigte Volksabstimmung über ein Dokument durch, das als „Mai-Deklaration“ bezeichnet wurde. In diesem Papier wurden Souveränität für Slowenien, einschließlich des Rechts auf Sezession, Achtung der Menschenrechte, das Privateigentum sowie freie Wahlen mit mehreren Parteien für 1990 gefordert. Der Boden für so weitreichende Postulate war zuvor vom Bund der Kommunisten Sloweniens bereitet worden. Nach zweitägiger Konferenz teilte das slowenische ZK am 17. Januar 1989 offiziell mit, es habe sich für

den politischen Pluralismus und gegen die Monopolstellung des Bundes der Kommunisten entschieden. Die Demokratisierung der jugoslawischen Gesellschaft sei die Voraussetzung für die Lösung der bestehenden Krise. Pluralismus sei eine demokratische Form der Versöhnung unterschiedlicher gesellschaftlicher Interessen und daher ein stabilisierendes Element der Verfassungsordnung. Einen größeren politischen Spielraum gewährleiste die Entwicklung des Sozialismus als offenes System auf der Grundlage moderner zivilisatorischer Normen, insbesondere der vollen Achtung der Menschenrechte und der Freiheiten der Bürger<sup>7)</sup>.

Damit wurde die Entwicklung zum Mehrparteiensystem jetzt unaufhaltsam. Bemerkenswert ist, daß sich die damals vertretenen Ordnungsvorstellungen noch immer auf ganz Jugoslawien richteten, und daß man ihre Einengung auf Slowenien in diesem Stadium noch als unzulässig betrachtete. Die Gründung parteiähnlicher Organisationen rief in Serbien unverhohlene Antipathie hervor. Die kommunistische Partei in der Stadt Belgrad stellte die Frage, seit wann denn die jugoslawische Verfassung geändert worden sei, und welcher neue Artikel die Gründung anderer Parteien erlaube. Der bekannte Journalist Aleksandar Prlja – heute Außenminister der Republik Serbien – erklärte seinerzeit, gegeben sei eine inakzeptable Bedrohung des gesamten Systems, denn die neugegründeten Parteien würden völlig autonom sein und sich der Kontrolle durch die Sozialistische Allianz entziehen<sup>8)</sup>.

Auf einer Sitzung des ZK des Bundes der Kommunisten Jugoslawiens Anfang Februar 1989 brachte der slowenische Parteichef Milan Kučan die Haltung seiner Republik auf folgenden Nenner: Nur ein Jugoslawien, das demokratisch, europäisch, föderalistisch, blockfrei und im allgemeinen Sinne fortschrittlich sei, könne für den BdK Slowenien in Frage kommen. Dabei machte Kučan keinen Hehl aus seiner Grundüberzeugung, daß ein unitaristisch-zentralistisches Jugoslawien, wie es seinem Gegenspieler Milošević vorschwebte, für ihn unannehmbar sei. Auf der ZK-Sitzung erschien Milošević als der Hauptfeind von Reformen und Demokratisierung, zumal er in seiner Stellungnahme politische und personelle Änderungen gefordert hatte, die notfalls auch außerhalb der legalen Institutionen durchgesetzt werden müßten. Im scharfen Gegensatz dazu erklärte der slowenische Parteichef: „Jugoslawien wird eine demokratische Gesellschaft werden oder nicht mehr existieren. Es kann keine

<sup>6)</sup> Vgl. Michael Scammel, *The New Yugoslavia*, in: *The New York Review of Books*, 12/1990, S. 42.

<sup>7)</sup> TANJUG vom 18. Januar 1989.

<sup>8)</sup> NIN vom 22. Januar 1989.



Demokratie ohne politischen Pluralismus geben. Der Bund der Kommunisten Jugoslawiens muß ein Bund von Gleichgesinnten sein, der sich der politischen Konkurrenz stellt. Der BdK Sloweniens kann sich nicht mit einer Partei identifizieren, in der es nur eine Wahrheit gibt.“<sup>9)</sup>

Hier ist die Trennungslinie markiert, die ein knappes Jahr später zur Bruchstelle werden sollte. Der tiefe Graben zwischen Befürwortern und Gegnern des politischen Pluralismus im westlichen Sinne spaltete den Bund der Kommunisten Jugoslawiens in zwei Teile. Serbien, auf dessen Seite in nicht ganz freiwilliger Gefolgschaft Montenegro, Kosovo und die Vojvodina standen, wollte das traditionelle System der kommunistischen Herrschaft möglichst lange bewahren und politische Reformen am liebsten auf den St. Nimmerleinstag verschieben.

Bereits im Dezember 1989 hatte die serbische Staats- und Parteiführung ihre Reformunwilligkeit deutlich unter Beweis gestellt. Sie sprach sich entschieden gegen ein Mehrparteiensystem aus und wollte allenfalls die Gründung zusätzlicher gesellschaftlicher Organisationen und Bürgerinitiativen zulassen. Auf dem Parteitag im Januar 1990 bestritt Milošević zudem, daß die Reformen in Ungarn, der DDR und der ČSFR auf irgendeine Weise Modellcharakter für Jugoslawien haben könnten. Milošević sagte, die Welt, die jetzt in Osteuropa zum Einsturz gebracht worden sei, habe man in Jugoslawien bereits 1948 zerstört<sup>10)</sup>. Hier paarte sich Selbstge-

fälligkeit mit Unverständnis für die Vorgänge in Osteuropa. Bereits im Dezember 1989 hatte Sloweniens heutiger Präsident Kučan den ideologischen Konflikt zwischen Ljubljana und Belgrad zutreffend charakterisiert: „Es handelt sich bei der Auseinandersetzung zwischen Serbien und Slowenien keineswegs um den Konflikt zwischen zwei Führungen, zwei Völkern oder zwei Republiken. Das ist nur das äußere Erscheinungsbild einer tiefergehenden Auseinandersetzung zwischen zwei verschiedenen Auffassungen über den Inhalt und die Form des Zusammenlebens in Jugoslawien. Es geht um einen Konflikt, der in allen Teilen der jugoslawischen Gesellschaft verankert ist . . . Offensichtlich kann sich niemand aus dieser Auseinandersetzung heraushalten.“<sup>11)</sup>

Der BdK Sloweniens war der entschiedendste und mutigste Verfechter des pluralistischen Modells, gefolgt von den Kommunisten Kroatiens, die einen zurückhaltenderen und vorsichtigeren Kurs steuerten, weil es in ihren Reihen erheblich mehr konservative Kräfte gab. Die Kommunisten Bosnien-Herzegowinas und Makedoniens schlugen sich erst im allerletzten Moment auf die Seite Sloweniens, und dies nicht, weil sie sich dem pluralistischen Modell verpflichtet fühlten, sondern weil sie die Notwendigkeit spürten, dem übermächtigen Einfluß des BdK Serbien in einer „Rumpfpartei“ (BdKJ ohne Slowenen und Kroaten) entgegenzutreten.

### III. Die Abnabelung Sloweniens und Kroatiens von der jugoslawischen Föderation

Ende September 1989 verabschiedete das slowenische Parlament 54 Amendments zur slowenischen Verfassung. Zwei Punkte waren dabei wesentlich: Ein Ausnahmezustand über die Republik kann nur verhängt werden, wenn das slowenische Parlament dem ausdrücklich zustimmt. Zum zweiten billigte Amendment zehn dem slowenischen Volk das Recht auf Sezession aus dem jugoslawischen Staatsverband zu und erhob es zu einer materiellen Verfassungsnorm<sup>12)</sup>. Es war klar, daß diese Maßnahmen einen Verfassungskonflikt auslösen würden. Das Recht auf Sezession wird in der jugoslawischen Bundesverfassung lediglich in der Präambel erwähnt, ohne daß irgendwelche Ausführungsbestim-

mungen zur Verwirklichung dieses Rechts genannt werden. Nach Artikel 5 Absatz 3 müssen jedoch alle Republiken und Provinzen jedweden Änderungen der Grenzen der SFRJ zustimmen, während Artikel 281 die Föderation ausdrücklich zur Wahrung der territorialen Integrität Jugoslawiens verpflichtet.

In Serbien, der Vojvodina und Montenegro wurden Demonstrationen mit bis zu 100 000 Teilnehmern organisiert, die sich gegen die slowenischen „Verräter und Separatisten“ richteten. Gefordert wurde ein Eingreifen der Armee. Die Führung der Jugoslawischen Volksarmee verurteilte zwar das slowenische Vorgehen, ließ jedoch erkennen, daß sie es bei verbalen Attacken belassen wollte. Der Bundesrat des jugoslawischen Parlaments rief das Bundesverfassungsgericht an, um die Vereinbarkeit der slowenischen Amendments mit der Bundesverfassung prüfen zu lassen. Im Februar 1990 erklärte das

<sup>9)</sup> Delo vom 2. Februar 1989 u. Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ) vom 13. Februar 1989.

<sup>10)</sup> Politika vom 23. Januar 1990.

<sup>11)</sup> Delo vom 4. Dezember 1989.

<sup>12)</sup> Delo vom 28. u. 29. September 1989.



Bundesverfassungsgericht das von Slowenien verabschiedete Sezessionsrecht für verfassungswidrig und bestätigte das Recht des Staatspräsidiums der SFRJ, Sondermaßnahmen wie den Ausnahmezustand über slowenisches Territorium zu verhängen. Diese Entscheidung hatte jedoch für Slowenien keine unmittelbaren rechtlichen Konsequenzen, da die verfassungsmäßig vorgegebene Prozedur zur „Differenzbereinigung“ mindestens ein Jahr in Anspruch nehmen würde. Auch nach Ablauf dieser Frist könnte Slowenien in praxi kaum gezwungen werden, die verfassungswidrigen Amendments zurückzunehmen<sup>13)</sup>.

Bis zum Frühjahr 1989 bestanden in Slowenien noch mehr oder weniger zaghafte Hoffnungen, den in der eigenen Republik begonnenen Demokratisierungsprozeß – vielleicht mit einiger Verspätung – auch auf ganz Jugoslawien ausdehnen zu können. Nach der Zwangsbefriedung Kosovos durch Serbien war diese Hoffnung jedoch geschwunden. Die Reformbestrebungen konzentrierten sich jetzt ausschließlich auf die eigene Republik. Mit dem ebenfalls reformwilligen Kroatien bestanden Kontakte, der Rest des Landes war in den Augen der Reformen ein mehr oder weniger hoffnungsloser Fall. Im Zuge der Verfassungsänderungen vom September wurde die Formel von der „sozialistischen Selbstverwaltungsdemokratie als einer besonderen Form der Diktatur des Proletariats“ ebenso ersatzlos gestrichen wie das Bekenntnis zum „sozialistischen Internationalismus“. Der BdK Slowenien wurde von der Verfassung nicht länger als der „Hauptinitiator aller politischen Aktivitäten“ bezeichnet und verlor damit seine privilegierte Stellung.

Am 7. März 1990 beschloß das Parlament in Ljubljana, daß die offizielle Staatsbezeichnung „Republik Slowenien“ lautet, der bisherige Zusatz „sozialistische“ wurde gestrichen. Am 8. April fanden die ersten freien Wahlen seit Kriegsende statt. Die Reformkommunisten, die diese Wahlen erst möglich gemacht hatten, mußten sich mit 17,3 Prozent der Wählerstimmen zufriedengeben. Es siegte die vereinigte Opposition mit knapp 55 Prozent aller Stimmen; zu diesem DEMOS genannten Block hatten sich die Partei der Handwerker, der Demokratische Bund, die Grünen, die Christdemokraten, der Bauernbund und die Sozialdemokraten zusammengeschlossen. Der Reformkommunist Milan Kučan, dessen BdK-Mitgliedschaft allerdings ruht, wurde zum Staatspräsidenten gewählt<sup>14)</sup>.

<sup>13)</sup> Robert K. Furtak, Krise und Reformpolitik in Jugoslawien, in: Politische Studien, (1990) 311, S. 364.

<sup>14)</sup> Delo vom 12. u. 15. April 1990.

Anfang Mai bildete die DEMOS-Koalition die Regierung. Die maßgeblichen Politiker dieser Koalition sind sich darüber einig, daß Jugoslawien in seiner gegenwärtigen Form am Ende ist. Der Staat müsse so rasch wie möglich in eine „lose Konföderation souveräner Staaten“ umgewandelt werden. Dabei hat man sich überlegt, daß nur zwei Wege in die Konföderation führen:

1. Das faktische Erlöschen der Föderation oder
2. Der Abschluß eines Abkommens über eine Konföderation.

Beide Wege erscheinen der slowenischen Regierung gangbar. Mitte Juni 1990 erklärte Regierungschef Peterle: „Konföderation bedeutet für mich die freiwillige Gemeinschaft souveräner Staaten, die sich darüber einigen, welche gemeinsamen Angelegenheiten auf der Ebene der Konföderation erledigt werden sollten.“<sup>15)</sup>

Dem Regierungschef schwebt eine lockere Konföderation im Sinne einer Wirtschaftsgemeinschaft mit Zollunion vor. Eine Konföderation könnte durch Abschluß eines neuen Grundsatzvertrages zwischen den sechs Teilrepubliken zustandekommen. Dabei sieht man in Ljubljana jedoch das Problem, daß die politischen Führungen in vier Republiken des Landes noch immer nicht durch freie Wahlen konstituiert sind. Daher sei in absehbarer Zeit eher mit dem Abschluß einer Vereinbarung über eine Konföderation zwischen Slowenien und Kroatien zu rechnen, der sich möglicherweise Bosnien-Herzegowina anschließen könne. Eine slowenische Kommission, bestehend aus Vertretern der Regierung und des Staatspräsidiums, hat einen entsprechenden Entwurf ausgearbeitet. Zugrunde liegen sollen ihm die Prinzipien der Europäischen Gemeinschaft. In der künftigen Konföderation soll jede Republik ihre nationale Armee erhalten, während lediglich Teilverbände einem gemeinsamen Oberbefehl zu unterstellen wären. Die Außenpolitik wäre im Prinzip die Sache der selbständigen Nationalstaaten – bei sehr begrenzter Kompetenz der Konföderation – ebenso das Schul- und Bildungswesen. Jede Republik unterhalte darüber hinaus ihren eigenen Nachrichtendienst und ihre eigene Spionageabwehr. Jeder der zu bildenden Nachfolgestaaten hätte sein unabhängiges Rechtssystem, seine eigene Administration, sein eigenes System der öffentlichen Finanzen, vielleicht sogar seine eigene Währung<sup>16)</sup>.

Ende Juni 1990 erklärte Dimitrij Rupel, Präsident der Slowenischen Demokratischen Allianz: „Wir wollen unseren eigenen Staat haben, unsere eige-

<sup>15)</sup> Vjesnik vom 16. Juni 1990.

<sup>16)</sup> Oslobodjenje vom 21. August 1990.



nen Institutionen, unsere eigene Politik, unsere eigene Wirtschaft. Wir wollen frei über alles verfügen, was wir verdienen . . . Wie auch die Sowjetunion war Jugoslawien im Kern konzipiert als ein föderatives Imperium unter der Kontrolle der kommunistischen Partei. Solange die Partei genügend stark war, konnte sie alle Teile des Ganzen zusammenhalten. Nachdem jedoch das Monopol zum Teufel gegangen und das Modell gescheitert war, war es ganz normal, daß sich die Teile verselbständigten. Jugoslawien ist lediglich ein Vertrag, eine Übereinkunft.“<sup>17)</sup>

Am 2. Juli verabschiedete das slowenische Parlament eine Deklaration über die volle Souveränität des slowenischen Staates. Danach kommen Bundesgesetze — einschließlich der Bundesverfassung — nur noch dann zur Anwendung, wenn sie den slowenischen Gesetzen nicht widersprechen. Auch die Reformkommunisten stimmten dieser Deklaration zu; nur drei Abgeordnete im ganzen Parlament votierten dagegen<sup>18)</sup>. Ende September legte die slowenische Regierung einen Gesetzentwurf vor, der die teilweise oder völlige Außerkraftsetzung von nicht weniger als 27 Bundesgesetzen vorsieht. Auch zwei Artikel der gültigen Bundesverfassung sollen nicht mehr zur Anwendung kommen<sup>19)</sup>.

Auch den ersten Schritt zur Schaffung einer nationalen Armee hat das slowenische Parlament bereits internommen. Es stellte an das Präsidium der SFRJ die Forderung, daß die am 1. September einrückenden slowenischen Rekruten ihren Wehrdienst nur noch im Fünften Armeebezirk ableisten. Der Bezirk umfaßt Slowenien, Kroatien und einen Teil von Bosnien-Herzegowina. Da dieser Forderung nicht entsprochen wurde, droht Slowenien damit, keine Rekruten mehr zum Dienst in die Jugoslawische Volksarmee zu entsenden<sup>20)</sup>.

Durch die hier skizzierten Maßnahmen hat sich Slowenien Schritt für Schritt von Belgrad abgenabelt, so daß Fachleute von einer schleichenden Sezession unter Beibehaltung des gesamtjugoslawischen Rahmens sprechen. Slowenien möchte seinen politischen Handlungsspielraum auf ein Maximum erweitern, doch die förmliche Sezession aus dem jugoslawischen Staatsverband ist nicht das intendierte Ziel dieses Prozesses.

Nach Slowenien war Kroatien die zweite jugoslawische Republik, die ihre sozialistische Orientierung über Bord warf. Die ersten freien Wahlen seit dem Zweiten Weltkrieg fanden hier am 22. und

23. April sowie am 6. und 7. Mai statt. Im ersten Wahlgang war die absolute Mehrheit der Stimmen zum Gewinn eines Mandats erforderlich. Es siegte die Kroatische Demokratische Gemeinschaft — eine nationalbewußte bürgerliche Partei, geleitet von dem bei Tito in Ungnade gefallenen Partisanengeneral Franjo Tudjman, der von der katholischen Kirche sowie den Auslandskroaten unterstützt wird. Die Partei erhielt 42 Prozent der abgegebenen Stimmen, gewann jedoch 104 von 131 vergebenen Mandaten. Der Bund der Kommunisten, der sich mit dem Zusatz „Partei der demokratischen Veränderungen“ schmückte, gewann 25 Prozent der Stimmen, jedoch nur 13 Mandate. Der zweite Wahlgang bestätigte im wesentlichen diese Ergebnisse. Von den insgesamt 365 Mandaten im kroatischen Parlament errang die Kroatische Demokratische Gemeinschaft nicht weniger als 193. Auf die Kommunisten entfielen 81 Sitze, während die restlichen 91 Sitze von Unabhängigen und kleineren Parteien erobert wurden. General Tudjman erklärte nach seinem Sieg, Kroatien werde nur bei Jugoslawien verbleiben, wenn sich die SFRJ zu einem lockeren Staatenbund wandle, andernfalls müsse es seinen eigenen Weg gehen<sup>21)</sup>.

Am 25. Juli verabschiedete das kroatische Parlament Amendments zur Verfassung und konstituierte damit die „Republik Kroatien als einen bürgerlichen Rechtsstaat, basierend auf parlamentarischer Demokratie“<sup>22)</sup>. Die Proklamierung der staatlichen Unabhängigkeit Kroatiens wurde von symbolträchtigen Akten begleitet. Die Flagge mit dem roten Stern, die vor dem Parlament aufgezogen war, wurde eingeholt und durch die rot-weiß-blaue Fahne mit dem schachbrettartigen kroatischen Nationalwappen in der Mitte ersetzt. Gleichzeitig wurde das Wort „sozialistisch“ aus dem Schild am Eingang des Parlamentsgebäudes entfernt.

Amendment 66 setzt fest, daß das lateinische Alphabet grundsätzlich zu verwenden ist, während das in Serbien übliche kyrillische Alphabet nur dort benutzt werden darf, wo sich mehr als die Hälfte der Einwohner seiner bedienen. Geplant ist auch eine Änderung der offiziellen Definition der Republik. Sie soll nicht mehr wie bisher als Staat der Kroaten und der in Kroatien lebenden Serben (600 000 Menschen, ca. zwölf Prozent der Gesamtbevölkerung), sondern als Staat der Kroaten sowie der anderen Völker, die innerhalb seiner Grenzen leben, bezeichnet werden. Die Serben werden demnach in einem Atemzug mit den numerisch viel kleineren Minderheiten der Ungarn oder Italiener genannt und nicht mehr wie bisher besonders hervorgehoben. Diese Diskriminierung bildet unter ande-

) NIN vom 29. Juni 1990.

) Vjesnik vom 3. Juli 1990.

) Borba vom 27. September 1990.

) Vjesnik vom 23. Juli 1990.

<sup>21)</sup> Vjesnik vom 25. April 1990.

<sup>22)</sup> Vjesnik vom 26. Juli 1990.



rem den Nährboden für die offenkundig von Belgrad gesteuerte Revolte der in Kroatien lebenden Serben<sup>23</sup>).

Die Zusammenarbeit zwischen Kroatien und Slowenien scheint sich sehr eng zu gestalten. Bereits im Juni erklärte Präsident Kučan, Konsultationen mit General Tudjman hätten ergeben, daß eine slowenisch-kroatische Föderation im Rahmen einer jugoslawischen Konföderation möglich sei. Entsprechende slowenische Vorschläge an Kroatien lägen bereits vor. Beide Präsidenten einigten sich darauf, ein gemeinsames Konzept für die Umgestaltung Jugoslawiens zu einer Konföderation zu erarbeiten<sup>24</sup>). Dagegen halten sie ein wie immer geartetes Zusammengehen oder ein Zusammenleben mit Serbien in einer Föderation für prinzipiell unmöglich. In ihren Augen steht Serbien für das alte, orthodoxe Jugoslawien, das ebenso anachronistisch wie bedrohlich ist und dessen Reformabsichten man

nicht für bare Münze nimmt. Slowenien sieht sich in dieser Auffassung bestätigt, weil Serbien seit dem 1. Dezember 1989 eine wirtschaftliche und kulturelle Blockade gegen die Republik im Nordwesten verhängt hat, die lediglich Teil der generellen Ausgrenzungspolitik gegenüber Slowenien ist. Kroatien sieht sich mit immer drastischeren Destabilisierungsversuchen konfrontiert, die eindeutig von Belgrad ausgehen. Durch hemmungslose Propaganda wird die serbische Minderheit in Kroatien dazu verleitet, ultimativ eine nicht näher definierte „Autonomie“ zu verlangen und sich dabei gewaltsamer Mittel zu bedienen. Allem Anschein nach möchte Belgrad, daß es bei diesem Konflikt zu Blutvergießen kommt. „Märtyrer“ für die serbische Sache in Kroatien wären das probate Mittel, um die ohnehin heftigen Auseinandersetzungen weiter anzuheizen. Die Anfang Oktober proklamierte „Autonomie“ der Serben in Kroatien hat weiteres Öl in dieses gefährliche Feuer gegossen.

#### IV. Die Entwicklung in Serbien

Im Frühjahr 1989 gelang es Serbien, die beiden autonomen Provinzen Vojvodina und Kosovo – laut gültiger Bundesverfassung konstitutive Bestandteile der jugoslawischen Föderation – ihrer Unabhängigkeit zu berauben. Das Parlament von Kosovo wurde massiv unter Druck gesetzt, der eigenen Entmachtung zuzustimmen. Aufflackernde Unruhen schlugen Polizei und Militär nieder. Es gab 90 Tote, wie das jugoslawische Innenministerium erst lange nach den Ereignissen zugab. Kosovo wurde unter einen kriegsrechtsähnlichen Ausnahmezustand gestellt. Partei- und Staatsapparat der Provinz unterzog man in der Folgezeit einer umfangreichen Säuberung – 1989 wurden nicht weniger als 5 000 Führungspositionen neu besetzt. Diese Maßnahmen wurden in Slowenien als Kreuzzug gegen die albanische Intelligenz verurteilt.

Im Juli 1990 ging Serbien noch einen Schritt weiter. Nachdem die Abgeordneten des Parlaments von Kosovo die „Republik Kosovo“ proklamiert hatten, löste Serbien kurzerhand Parlament und Regierung auf und stellte die Provinz unter Zwangsverwaltung. Die albanischsprachigen Medien – Presse, Rundfunk und Fernsehen – wurden in ihrer Arbeit blockiert. Energische Proteste gegen dieses Vorgehen gab es aus Ljubljana. Das slowenische Parlament verabschiedete am 19. Juli mit

<sup>23</sup>) Neue Zürcher Zeitung (NZZ) vom 11. September 1990.

<sup>24</sup>) Danas vom 24. Juli 1990.

großer Mehrheit eine „Deklaration zu Kosovo“ und erklärte, es werde nur diejenigen Entscheidungen als legitim und rechtswirksam anerkennen, die vom Parlament Kosovos und seinen anderen legal gewählten Repräsentanten getroffen würden. Besonders scharf kritisiert wurde die Handlungsweise des jugoslawischen Staatspräsidiums, das die illegalen Maßnahmen der serbischen Führung unterstützt habe<sup>25</sup>).

Die politischen Ordnungsvorstellungen Serbiens schienen stets auf ein Ziel ausgerichtet: die Einheit Jugoslawiens im Sinne der Aufrechterhaltung der Föderation und der Bewahrung einer einheitlichen Partei. Dabei verstand sich von selbst, daß Serbien eine führende Rolle in einem Bundesstaat und einer Bundespartei dieser Prägung spielen wollte. Slowenien als den unversöhnlichsten Widersacher gegen all diese Ambitionen wollte Präsident Milošević am liebsten aus der staatlichen Gemeinschaft vertreiben. Diesem Zweck diente sowohl die völlige Wirtschaftsblockade seit Dezember vergangenen Jahres, als auch die Isolierung und Desavouierung der slowenischen Delegation auf dem XIV. Kongress des BdkJ.

Doch schon im Frühjahr war das Scheitern dieser Ausgrenzungspolitik klar erkennbar. Slowenien ließ sich nicht dazu verleiten, aus der Föderation auszuschneiden und seine Eigenstaatlichkeit zu er-

<sup>25</sup>) Vjesnik vom 20. Juli 1990.



klären. Vielmehr zeigte sich, daß das slowenische Konzept einer jugoslawischen Konföderation auch in anderen Landesteilen Anklang fand. Nach seinem klaren Wahlsieg in Kroatien sprach sich General Tudjman für eine Konföderation als einzig denkbare Lösung der jugoslawischen Krise aus. Auch Bosnien-Herzegowina und Makedonien — bis dahin Befürworter des Status quo — ließen erkennen, daß sie nicht mit einem übermächtigen Serbien in einer Föderation ohne Slowenien und Kroatien bleiben wollten.

Angesichts dieser Konstellation entschloß sich Milošević zu einer drastischen Kursänderung. Dabei ist zu berücksichtigen, daß die serbische Politik schon immer zweigleisig gewesen ist, d. h. für den Fall, daß seine gesamtjugoslawischen Ambitionen scheitern sollten, hatte sich Milošević eine Rückzugsposition aufgebaut. Unter der Parole „Srbija može sama“ — Serbien kann seinen Weg allein gehen — hatten die gleichgeschalteten Medien die notwendige publizistische Vorarbeit geleistet. Sie erinnerten daran, daß von den heutigen jugoslawischen Republiken nur Serbien und Montenegro auf eine Eigenstaatlichkeit vor dem Ersten Weltkrieg verweisen können. Sie hoben die Verfassungstradition Serbiens hervor, die bis in die dreißiger Jahre des 19. Jahrhunderts zurückreicht, und entdeckten plötzlich Vorteile in der Idee einer Konföderation, die sie bis dahin einhellig verteufelt hatten.

Milošević erläuterte diesen Sinneswandel anlässlich der Verabschiedung des Entwurfs der neuen serbischen Verfassung (Ende Juni) wie folgt: „Wir verabschieden diese Verfassung in einer Zeit, da Jugoslawien begonnen hat, sich im Rahmen der bestehenden Interrepubliksgrenzen verfassungsrechtlich zu konföderalisieren. Trotz dieser konföderalistischen Tendenzen ist das föderative Jugoslawien für Serbien die grundlegende politische Entscheidung, jedoch gerade wegen dieser Tendenzen nicht die einzig mögliche . . . Angesichts der starken konföderalistischen Desintegrationstendenzen wäre es unverantwortlich gegenüber Serbien und seinen Bürgern, wenn wir für die Lösung der jugoslawischen Krise nur *ein* Rezept hätten: das föderative Jugoslawien. Deshalb hat dieser Verfassungsentwurf auch die andere mögliche Option berücksichtigt: *Serbien als selbständiger Staat.*“<sup>26)</sup>

Anfang Juli ließ Milošević eine Volksabstimmung in seiner Republik durchführen. Dabei ging es vordergründig um die Frage, ob vor Abhaltung demokratischer Wahlen zunächst die Verfassung verabschiedet werden sollte oder nicht. Die Rate der Ja-Stimmen von 98,8 Prozent, die jedem totalitären

Staat zur Ehre gereicht hätte, wurde von der Presse zu einem Bekenntnis für ein einheitliches und starkes Serbien umgemünzt. Tatsächlich trägt der vorliegende Entwurf die Züge der *Verfassung eines Nationalstaats*. So heißt es in Artikel 72: „Das serbische Parlament entscheidet über Krieg und Frieden und ratifiziert internationale Verträge.“<sup>27)</sup> Nur ein einziger Artikel (Art. 1) erwähnt Jugoslawien. Im Absatz 2 heißt es: „Die SR Serbien ist Glied der jugoslawischen Föderation.“

Es ist kennzeichnend, daß dieser Artikel bisher die heftigsten Diskussionen hervorgerufen hat. Nach Meinung vieler Abgeordneter sollte er ersatzlos gestrichen werden<sup>28)</sup>. Die Verfassung, die im Dezember dieses Jahres endgültig verabschiedet werden soll, ist ganz den Bedürfnissen und Wünschen von Slobodan Milošević angepaßt. Hätte man, wie vielfach gefordert, zunächst freie Wahlen abgehalten, dann hätten die oppositionellen Parteien an der Gestaltung der Verfassung mitgewirkt und sie so nicht passieren lassen. Präsident und Präsidium der Republik werden unmittelbar vom Volk gewählt. Artikel 74 installiert das Mehrparteiensystem.

Um sich bei künftigen Wahlen einen uneinholbaren Vorsprung zu sichern, inszenierte Milošević einen Überraschungscoup. Am 7. Juni dieses Jahres verliehen das ZK-Präsidium des BdK Serbien und das Präsidium der Massenorganisation Sozialistische Allianz ihrem Wunsch Ausdruck, sich zu einer *neuen Partei* zu vereinigen. Beide Organisationen begründeten diese Absicht mit ihren gemeinsamen Zielen: demokratischer Sozialismus, Errichtung eines einheitlichen serbischen Staates, Prosperität und Demokratie. Die zu gründende Partei sollte „Sozialistische Partei Serbiens“ (SPS) heißen, Vorsitzender sollte Slobodan Milošević sein. Den Vereinigungskongreß wollte man Mitte Juli abhalten<sup>29)</sup>.

Dieses Parteigründungsverfahren trug recht seltsame Züge. Zuerst wurden das Datum der Vereinigung und der Vorsitzende der neuen Partei bekanntgegeben, dann wurde eine äußerst knappe Frist für die „öffentliche Diskussion“ bestimmt. Die offizielle Propaganda, nämlich ein Leitartikel in der *Politika*, begründete die Vereinigung zur SPS mit folgenden Worten: „Auf die profaschistische und rechte Orientierung im Nordwesten Jugoslawiens antwortet Serbien mit einer demokratischen, linken und sozialistischen Orientierung.“<sup>30)</sup>

Am 16. Juli fand der Gründungskongreß der SPS statt. Im großen Kongreßsaal des Belgrader Sava-

27) *Politika* vom 11. Juli 1990.

28) *Borba* vom 27. Juli 1990.

29) *Politika* vom 8. Juni 1990.

30) *Politika* vom 9. Juni 1990.

26) *Politika* vom 26. Juni 1990.



Zentrums hing kein einziges Tito-Bild. Auch der Name Tito wurde nicht ausgesprochen. Büsten des ehemaligen Staats- und Parteichefs waren ebenso wenig zu sehen wie die auf Transparente geschriebenen Tito-Zitate früherer Jahre. Im Saal hing keine Flagge des BdKJ. Das Parteiprogramm der SPS verurteilt viele Sünden, die KPJ bzw. BdKJ in der Vergangenheit begangen haben, so u. a.: die Zwangskollektivierung der Dörfer, die Internierung bzw. Zugrunderichtung der Kominformisten auf der Insel Goli otok, die Ablösung der Staats- und Parteiführung Serbiens 1972, die Verabschiedung der Verfassung von 1974, die Einführung des Delegiertensystems, die Herstellung der Vereinbarungswirtschaft, schließlich die Rolle von Tito und anderer Führungspersönlichkeiten der Nachkriegsgeschichte<sup>31)</sup>.

Hammer und Sichel gibt es im Emblem der SPS nicht mehr, an ihre Stelle sind der rote fünfzackige Stern und die serbische Flagge getreten. Im Programm der neuen Partei wird der BdK Serbien mit keinem Wort erwähnt, obwohl die SPS der vermögensrechtliche Nachfolger des BdK ist. Auch das gesamte Vermögen der Sozialistischen Allianz, das auf ca. 100 Millionen DM geschätzt wird, fällt an die SPS. So hat die SPS Vermögenswerte an sich gerissen, die ihr bei künftigen Wahlkämpfen einen gewaltigen Vorteil gegenüber anderen Parteien in Serbien verschaffen<sup>32)</sup>.

Die SPS garantiert ein Mehrparteiensystem mit demokratischen Wahlen, sagt jedoch nicht, wann diese stattfinden sollen. Der Beitritt zur neuen Partei erfolgt nicht automatisch, er muß durch Unterschrift erklärt werden. Die Zeitung *Večernji list* stellte fest, Serbien habe als erste Republik in Jugoslawien den Bund der Kommunisten abgeschafft. Die getreuesten Wächter des kommunistischen Traditionalismus seien über Nacht zu Sozialisten geworden. Von der alten kommunistischen Partei werde keine Spur bleiben. Milošević habe eine Art Salto mortale in den „demokratischen“ Sozialismus vollzogen. Er sei jetzt wieder doppelter Präsident, nämlich der des Staates und der Staatspartei. Der Bund der Kommunisten habe den Namen geändert und jede Menge demokratische Schminke aufgelegt<sup>33)</sup>.

Zusammenfassend läßt sich feststellen, daß die Gründung der SPS als klares Indiz dafür gewertet werden kann, daß die serbische Führung den Glauben daran verloren hat, daß sich die jugoslawische Föderation und damit auch der Bund der Kommunisten Jugoslawiens aufrechterhalten lassen. Kenn-

zeichnend ist auch, daß nicht etwa eine jugoslawische sozialistische Partei gegründet wurde, sondern eine serbische. Wie sehr sich Milošević mit der konföderativen Realität Jugoslawiens abgefunden hat, geht aus seinen Äußerungen anlässlich der Annahme des Entwurfs zur serbischen Verfassung hervor. Milošević erklärte Ende Juni, auf dem Territorium Serbiens könne keine andere Macht als das serbische Parlament über Serbien entscheiden. Das ist eine klare Absage an die Bundesgewalt und gleichzeitig ein überdeutlicher Hinweis an die Kosovo-Albaner, daß auch ihr Schicksal ausschließlich in serbischen Händen liegt.

Das Programm der SPS billigt den jugoslawischen Nationen, die ihren eigenen Staat haben, nachdrücklich *das Recht auf Sezession aus dem Bundesstaat zu*. Eine moderne Föderation gleichberechtigter Bürger und föderaler Einheiten soll nur noch begrenzte Kompetenzen haben: Gewährleistung des einheitlichen jugoslawischen Marktes, Verteidigung der Unabhängigkeit und Führung der Außenpolitik. Die gesellschaftlichen Verhältnisse und die Organisation von Herrschaft und Regierung sollen die Republiken in ihre Hände nehmen<sup>34)</sup>. Die hier skizzierte „Föderation“ kommt einer Konföderation nahe, sie muß daher als ein Kompromißangebot an die nordwestlichen Teilrepubliken verstanden werden.

Miloševićs Absage an den Kommunismus ist ein Verzicht auf die früher einmal Einheit stiftende supranationale Ideologie. Solange er gesamtjugoslawische Ambitionen hatte, konnte er auf den BdKJ nicht verzichten. Erst als er sich entschloß, sich ganz auf Serbien und die in Jugoslawien lebenden Serben zu konzentrieren, konnte er zum „Sozialisten“ werden.

Der Konflikt über die Grundlagen des Zusammenlebens in Jugoslawien ist immer noch nicht ausgestanden. Zwar hat Milošević im ordnungspolitischen Konflikt mit Slowenien eine klare Niederlage erlitten, doch jetzt bahnen sich neue Auseinandersetzungen mit eventuell schwerwiegenderen Folgen an. Ende Juni erklärte Serbiens Präsident, falls sich Jugoslawien zu einer Konföderation entwickeln sollte, so sei die Frage der Grenzen Serbiens eine offene politische Frage. Die bisherigen Grenzen Serbiens innerhalb des föderativen Jugoslawiens seien rein administrativer Natur, sie könnten nicht die Grenzen eines serbischen Nationalstaats sein. Auf dieser Linie liegt auch seine Äußerung, Serbien sei überall dort, wo Serben leben, und wo serbische Gräber seien. Slowenien wäre von künftigen Grenzkonflikten aufgrund dieser serbischen Posi-

<sup>31)</sup> Politika vom 16. Juli 1990.

<sup>32)</sup> Danas vom 17. Juli 1990.

<sup>33)</sup> Večernji list vom 18. Juli 1990.

<sup>34)</sup> Politika vom 16. Juni 1990.



tionen als einzige Republik nicht betroffen. Alarmstimmung haben diese Äußerungen jedoch in Kroatien, Bosnien-Herzegowina und Makedonien hervorgerufen. Montenegro ist ein Sonderfall. Ein Ausschuß zur Vereinigung dieser Republik mit Serbien wurde bereits gegründet. Doch das hat den montenegrinischen Nationalstolz verletzt. Die oft

zu hörende Formulierung, Serbien und Montenegro gehörten so zusammen wie die beiden Augen in einem Kopf, ist längst nicht mehr unumstritten. Die kürzlich erfolgte Gründung einer russisch-montenegrinischen Freundschaftsgesellschaft ist eine Geste der Rückbesinnung auf traditionelle Linien montenegrinischer Politik.

## V. Der Prozeß demokratischer Transformationen

1990 wird als ein Jahr der Wahlen unter den Bedingungen des Mehrparteiensystems in die jugoslawische Geschichte eingehen. Während Kroatien und Slowenien ihre demokratische Bewährungsprobe bereits bestanden haben, warten die übrigen Republiken noch auf die ersten freien Wahlen seit dem Zweiten Weltkrieg. Der Wahltermin in *Makedonien* wurde auf den 11. November festgelegt. Es gilt das Mehrheitswahlrecht, gewählt wird ein Einkammerparlament mit 120 Abgeordneten. In Makedonien existieren gegenwärtig zwölf politische Parteien, die jedoch nicht alle ordnungsgemäß registriert sind. Der BdK Makedonien, der mit der Zusatzbezeichnung „Partei des demokratischen Wandels“ auftritt, kann nach einer ersten Meinungsumfrage mit ca. 35 Prozent der Wählerstimmen rechnen. An zweiter Stelle liegt der vom jugoslawischen Ministerpräsident Ante Marković gegründete „Bund der Reformkräfte“ (27 Prozent). Der sozialdemokratisch ausgerichtete „Sozialistische Bund“ darf auf 13 Prozent der Wählerstimmen hoffen<sup>35</sup>).

Eine völlig neue Komponente trat mit der Gründung der „Partei der Demokratischen Prosperität“ in das politische Leben Makedoniens. Diese Partei, die ihren Hauptsitz in Tetovo hat, vertritt hauptsächlich die Interessen der ethnischen Albaner in Makedonien (ca. 400 000 Menschen), die auf den Westteil der Republik konzentriert sind und dort in vielen Orten die Bevölkerungsmehrheit stellen. Versammlungen dieser Partei wurden bisher in Strugd, Gostivar, Deber, Tetovo und in der Hauptstadt Skopje abgehalten. Der Bund der Kommunisten fürchtet die neugegründete Partei, die die Stimmen der Albaner auf sich konzentrieren wird. Sollten sich die oppositionellen Parteien zu einem Block zusammenschließen, könnten sie die Kommunisten von der Macht verdrängen. Doch alle Prognosen sind äußerst unsicher. Nach einer im September durchgeführten Umfrage wissen nur 48 Prozent der Wähler, für wen sie stimmen werden, 36 Prozent denken noch über ihre Entschei-

dung nach und 16 Prozent wollen sich überhaupt nicht an den Wahlen beteiligen<sup>36</sup>).

In *Bosnien-Herzegowina* wird am 18. November gewählt. In der multinationalen Republik mit drei staatsbildenden Völkern (Muslime 40 Prozent der Bevölkerung, Serben 32 Prozent und Kroaten 17 Prozent) wurden bisher alle politischen Ämter nach dem Schlüssel 1:1:1 verteilt, d. h. man berücksichtigte Muslime, Serben und Kroaten gleichmäßig bei der Verteilung der politischen Macht. Dieses hochempfindliche Gleichgewicht wird durch die Einführung des Mehrparteiensystems völlig aus den Fugen geraten. Dem Bund der Kommunisten, der offiziell auf sein Machtmonopol verzichtet hat, werden kaum noch Chancen eingeräumt. Die „Partei der Demokratischen Aktion“, die die Interessen der Muslime vertritt, galt lange Zeit als aussichtsreichster Kandidat, bis sie sich in einen klerikalen und einen weltlich bestimmten Flügel spaltete. Die „Serbische Demokratische Partei“ ist auf der Suche nach einem Koalitionspartner, stieß jedoch bei den Muslimen auf wenig Gegenliebe. Die im August gegründete „Kroatische Demokratische Gemeinschaft von Bosnien und Herzegowina“ steht selbstverständlich unter dem Einfluß von General Tudjman und gilt als Befürworter sehr enger Verbindungen zu Kroatien. Serbien und Kroatien machen mehr oder weniger unverblümt territoriale Ansprüche geltend, so daß Bosnien-Herzegowina wieder in seine „historische Rolle“ als Zankapfel zwischen Serben und Kroaten gerät.

Das im August verabschiedete Wahlgesetz sieht keinerlei Persönlichkeitswahl vor. Der Wähler kann nur für die Listen der Parteien stimmen, so daß die Abgeordneten des Zweikammerparlaments – überspitzt formuliert – von ihren Parteiführungen gewählt werden. Dieser Wahlmodus wird in der Presse heftig kritisiert<sup>37</sup>). In Bosnien-Herzegowina wurden bisher 47 Parteien gegründet, doch die meisten sind nicht offiziell registriert.

<sup>35</sup>) Oslobodjenje vom 18. September 1990.

<sup>36</sup>) Ebenda.

<sup>37</sup>) Borba vom 18.–19. August 1990.



In *Montenegro* sind Wahlen für die zweite Dezemberhälfte angekündigt. Die Bildung neuer Parteien erfolgte schon vor Jahren, als in Montenegro offiziell noch das (absurde) Prinzip galt „Pluralismus ohne Parteien“. Inzwischen haben sich 17 Parteien etabliert, die fast alle registriert sind. Da es in der Republik nur 400 000 Wahlberechtigte gibt, hört man jetzt die ironische Formulierung „Zu viele Parteien für zu wenig Volk“. Links von der Mitte gibt es neben dem Bund der Kommunisten folgende Parteien: die Demokratische Allianz, die Partei der Sozialisten, die Sozialistische Partei, die Unabhängige Organisation des BdK Bar und die Sozialdemokratische Partei. Versuche, diese Parteien zu einem „Linksblock“ zu vereinigen, sind bisher gescheitert.

Es kandidieren ebenfalls die Umweltpartei, die Volkspartei und die Partei der Nationalen Gleichberechtigung. All diese Gruppierungen verlangen jetzt, mit dem Bund der Kommunisten in materielle und technischer Hinsicht gleichgestellt zu werden. Sie verlangen finanzielle Unterstützung für ihren Wahlkampf und freien Zugang zu den Massenmedien. Da sich die oppositionellen Parteien zumindest in diesen Fragen einig sind, bilden sie so etwas wie eine stillschweigende Opposition<sup>38)</sup>.

In *Serbien*, wo am 9. Dezember gewählt werden wird, gibt es 49 Parteien. Trotz dieser dynamischen Entwicklung der Parteienlandschaft zeigt die politische Landkarte Serbiens keine drastischen Veränderungen. Die Sozialistische Partei, d. h. die ehemaligen Kommunisten, übt ihre Herrschaft weitgehend unangefochten aus. Lediglich die Serbische Erneuerungsbewegung mit ihrem Führer Vuk Drašković, die ganz auf die nationale Karte setzt und vor chauvinistischen Ausfällen keineswegs zurückschreckt, scheint eine ernsthafte Konkurrenz zu sein. Das Ansehen von Slobodan Milošević hat gelitten, weil er viel versprochen, aber wenig gehalten hat. In den Belgrader Schaufenstern sieht man kaum noch ein Portrait des früher so überschwenglich gefeierten Volkshelden, auch die LKW-Fahrer haben die großen Milošević-Bilder von ihren Fahrzeugen abmontiert.

<sup>38)</sup> Vjesnik vom 3. September 1990 u. 6. September 1990.

<sup>39)</sup> Vgl. Christopher Cviić, Ein geplagtes Land, nüchtern gesehen. Die Nationen Jugoslawiens, in: Europäische Rundschau, 18 (1990) 3, S. 16.

Vuk Drašković, ein aus Bosnien stammender Serbe, tritt mit einem ausgesprochen antikommunistischen Programm auf. Gleichzeitig kämpft er für die Rehabilitierung von Draža Mihajlović, dem königstreuen Anführer der Četnici, der 1946 von den Kommunisten gefangen und hingerichtet wurde. Drašković fordert ein „Großserbien“, das nicht nur Makedonien, sondern auch Bosnien und große Teile Kroatiens einschließen würde<sup>39)</sup>. Auch dem vom jugoslawischen Ministerpräsidenten Ante Marković gegründeten „Bund der Reformkräfte“ traut man in Serbien ein gutes Abschneiden zu. Doch trotz dieser Konkurrenz wäre alles andere als ein Sieg der „Sozialistischen Partei Serbiens“ eine Riesenüberraschung. Die ehemaligen Kommunisten halten alle Trümpfe in der Hand. Sie haben als einzige einen voll ausgebildeten Parteiapparat, sie verfügen über Geld in beinahe unbegrenzter Höhe, sie beherrschen Presse und Fernsehen, sie bestimmen Form und Ablauf der Wahl. Zudem besteht nach dem neuen serbischen Wahlgesetz kein gleichberechtigter Zugang aller Kandidaten zu den Medien, vor allem zum Fernsehen. In diesem wichtigen Punkt ist demnach keine Chancengleichheit gegeben: Den Kandidaten der Sozialistischen Partei werden die Fernsehstudios offenstehen, während die Opposition kaum eine Chance erhalten wird, sich hier zu präsentieren<sup>40)</sup>.

Will eine Partei in allen 200 Wahlkreisen einen Kandidaten aufstellen, so muß sie zu diesem Zweck 100 000 Unterschriften von wahlberechtigten Bürgern erhalten (500 Unterschriften pro Kandidat). Für die kommunistische Nachfolgepartei ist das eine Kleinigkeit, für die kleinen und völlig unzureichend organisierten Oppositionsparteien eine kaum lösbare Aufgabe. Die Durchführung der Wahlen und die Feststellung des Wahlergebnisses liegt in den Händen von Wahlkommissionen. Das Gesetz sieht nicht etwa vor, daß die Mitglieder dieser Kommissionen aus verschiedenen Parteien stammen müssen, sondern sagt, daß sie dem Richterstand anzugehören haben. Da die Richter im sozialistischen Staat ohnehin immer der Partei verpflichtet waren, darf an ihrer Objektivität gezweifelt werden<sup>41)</sup>.

<sup>40)</sup> Borba vom 16. August 1990.

<sup>41)</sup> Ebd.



## VI. Probleme der jugoslawischen Wirtschaft

Im Dezember 1989, als die Inflation in Jugoslawien mit 2 500 Prozent südamerikanische Dimensionen erreicht hatte, entschloß sich Ministerpräsident Ante Marković zum Handeln. Beraten von dem amerikanischen Professor Jeffrey Sachs, der sich als Sanierer der bolivianischen Wirtschaft Ruhm erworben hat, entschied sich Marković für einen Weg, den man in früheren Zeiten wohl als Roßkur bezeichnet hätte. Am 18. Dezember packte er sein Reformprogramm aus. Es enthielt 24 Bundesgesetze, von denen 17 unter dem Druck der Verhältnisse rasch verabschiedet wurden. Kernstück der neuen Wirtschaftspolitik ist die monetäre Reform. Durch einen radikalen Währungsschnitt verlor der Dinar vier Nullen, d. h. 10 000 alte Dinar wandelten sich in einen neuen. Gleichzeitig wurde die neue Währung im Verhältnis von sieben zu eins an die D-Mark gekoppelt.

Währungsschnitt und Wechselkursfixierung werden von einer kompromißlosen Austeritätspolitik begleitet. Der Mißbrauch der Nationalbank zur Defizitfinanzierung wurde radikal gestoppt. Das Bankensystem insgesamt wird grundlegend reformiert, was Regelungen zur Bankensanierung einschließt, aber auch die Schließung illiquider Banken. Unrentable Betriebe im gesellschaftlichen Eigentum sollen ebenfalls geschlossen und gegebenenfalls privatisiert werden. Die Löhne wurden eingefroren, 85 Prozent aller Preise hingegen freigegeben.

Es gelang, das Vertrauen der Bevölkerung für die neue Währung zu gewinnen und die Inflation drastisch einzuschränken. Doch es gibt auch Bruchstellen der Reform, die unter der Oberfläche der Erfolge bereits sichtbar werden. Nach Meinung vieler Kritiker wurde der Wert des Dinars bereits bei der Fixierung gegenüber der D-Mark zu hoch angesetzt, nämlich um ca. 25 Prozent. Die geplante Jahresinflationsrate von 13 Prozent ist schon jetzt utopisch, Fachleute nennen Zahlen zwischen 60 und 100 Prozent<sup>42)</sup>.

Die von Marković verkündete Konvertibilität des Dinar stieß im eigenen Lande auf heftige Kritik. So sagte der Laibacher Ökonom Ivan Ribnikar: „Die Konvertibilität einer Währung ist Ausdruck oder Folge einer florierenden und gesunden Wirtschaft. Man macht aber eine Wirtschaft nicht gesund, indem man die Konvertibilität der Landeswährung proklamiert.“<sup>43)</sup>

Eine Konsequenz der Überbewertung des Dinar liegt darin, daß Importwaren billig sind, während die jugoslawischen Exporteure mit erheblichen Ab-

satzschwierigkeiten zu kämpfen haben. Doch die Kernfrage der Reform ist die Eigentumsfrage. Das gesellschaftliche Eigentum war ja im Gegensatz zum Staats- oder Privateigentum das besondere Markenzeichen des jugoslawischen Sonderwegs. Dieses Eigentum hat keinen Titular, d. h. niemand ist berechtigt, als Verkäufer aufzutreten. Wenn also gesellschaftliches Eigentum privatisiert werden soll — und das ist ein grundlegendes Ziel der gegenwärtigen Reformen —, so muß man zunächst den Staat (d. h. die betreffende Republik) zum Eigentümer machen. Handelt es sich um ein Unternehmen, so können auch die dort langjährig Beschäftigten Eigentümer werden. Zum Kauf berechtigt ist jeder in- und ausländische Interessent, sofern er nur über das notwendige Kapital verfügt.

Doch die Reprivatisierungspolitik richtet sich primär auf Verlustbetriebe, deren wirtschaftliche Existenz stark gefährdet ist. Florierende Unternehmen sollen im gesellschaftlichen Eigentum verbleiben, ohne daß geprüft wird, ob sie bei anderer Unternehmensverfassung nicht erheblich mehr Profit abwerfen würden. Offensichtlich hat Marković hier Kompromisse geschlossen. Er wollte Traditionalisten und Anhänger des alten Systems nicht von vornherein verprellen. Wegen des postulierten „Pluralismus der Eigentumsformen“ geht die Privatisierung des gesellschaftlichen Sektors der Wirtschaft nur äußerst schleppend voran. Zudem fehlt es naturgemäß an kapitalkräftigen Kaufinteressenten. Die Implementierung der Wirtschaftsreform hängt jedoch entscheidend von politischen Faktoren ab. Mit dem drohenden Zerfall Jugoslawiens wäre auch das Ende der auf das ganze Land gerichteten Reformbestrebungen gekommen. Das von den Staatspräsidenten Sloweniens und Kroatiens erarbeitete und am 4. Oktober 1990 veröffentlichte „Modell einer Konföderation in Jugoslawien“ sieht ausdrücklich vor, daß nur „selbständige und souveräne Staaten“ Mitglieder der geplanten Konföderation werden können. *Conditio sine qua non* für die Aufnahme in diesen Staatenbund ist ein bereits installiertes demokratisches parlamentarisches System, das auf freien und geheimen Wahlen basiert und das Eigentumsrecht, das freie Unternehmertum und das Recht auf freie Gewerkschaften impliziert. Diese Bedingungen können Serbien mit seinen Provinzen, Montenegro und Makedonien kurzfristig nicht erfüllen, so daß die Konföderationspläne die zumindest temporäre Spaltung Jugoslawiens in zwei oder mehr verschiedene Wirtschafts- und Rechtsgebiete notwendig mit sich bringen.

<sup>42)</sup> Privredni Pregled vom 15.—17. September 1990.

<sup>43)</sup> Privredni Pregled vom 14. März 1990.



# Vom Post-Kommunismus zur Demokratie

## Politik, Parteien und Wahlen in Ungarn<sup>1)</sup>

Die politische Transformation Ungarns von einem post-totalitären Staat zu einer pluralistischen Demokratie fand zwischen Mai 1988 und Mai 1990 statt. Die wichtigsten Merkmale dieses Übergangsprozesses von einem politischen System zu einem anderen waren Gewaltlosigkeit, Kompromißbereitschaft seitens der politischen Akteure sowie das gemeinsame Engagement einer überwältigenden Mehrheit in Eliten und Bevölkerung zugunsten radikaler Änderungen in den Institutionen, in der Regierungspolitik und bei

der außenpolitischen Orientierung des Landes. Das Ergebnis dieses Prozesses könnte man als „ausgehandelte Revolution“ bezeichnen<sup>2)</sup>. In der vorliegenden Studie wird die Dynamik der politischen Umwälzung in Ungarn analysiert; dabei steht die Frage im Mittelpunkt, welche Rolle die politischen Parteien spielten, wie es zu den Wahlergebnissen vom 25. März und vom 8. April 1990 kam und was der Ausgang der Wahlen für die Regierungsfähigkeit Ungarns bedeutet.

### I. Vom Post-Totalitarismus zur Demokratie (1988 bis 1990)

Ungarns Weg zur Demokratie begann mit der Entfernung János Kádárs und mehrerer seiner engen politischen Verbündeten aus dem Politbüro und dem ZK der regierenden Ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei (USAP) anlässlich der historischen nationalen Konferenz dieser Partei am 22. Mai 1988<sup>3)</sup>. Dieses Ereignis war nicht lediglich – wie manche Kádár-Treuen später behaupteten – das Ergebnis eines innerparteilichen Putsches, sondern Folge des unwiderstehlichen Drucks, den bereits überfälligen Generationswechsel in der Führung einzuleiten. Wie die Ereignisse der folgenden 24 Monate demonstrierten, stellte die innerparteiliche Machtübernahme durch die von Károly Grosz angeführten „Jungtürken“ mittleren Alters aus dem Parteiapparat wesentlich mehr dar als die bloße Beendigung der Kádár-Ära. In diesem Ereignis ist vielmehr der erste Schritt zur politischen Emanzipierung und zum letztendlichen Sieg der neuen post-kommunistischen Mittelklasse Ungarns zu sehen. Zu ihr gehören städtische und ländliche, administrative und akademische, kulturelle und jugend-

liche Eliten, Manager und Technokraten sowie Vertreter der Medien; für diese Schichten war der Zeitpunkt für eine politische Machtübernahme in Ungarn gekommen<sup>4)</sup>.

Interne Schwierigkeiten der USAP und der schnell zunehmende Druck aus dem Westen und der UdSSR trugen dazu bei, daß in Ungarn ein neues politisches Umfeld entstand, in dem Regimekritiker nunmehr in der Lage waren, ihre Anliegen offen vorzutragen. Im Mai 1988 existierten bereits drei organisierte Gegner der USAP: das Ungarische Demokratische Forum (UDF), der Bund Freier Demokraten (BFD), der sich damals als Netzwerk freier Initiativen bezeichnete, und der Bund Junger Demokraten (BJD). Zwar unterlagen Zeitungen, Fernsehen und Rundfunk nach wie vor der Zensur, das Regime schien jedoch schon ein wenig hilflos zu sein, und es konnte die erste vom UDF veranstaltete Massendemonstration zugunsten der Menschenrechte in Siebenbürgen im Juni 1988 nicht verhindern. So entstand im Herbst 1988 aus der Koexistenz von Altem und Neuem ein neuer, „präpluralistischer“ Typus von politischem Umfeld.

Was dann die schrittweise Desintegration und letzte Auflösung der Politik und Institutionen des „real existierenden Sozialismus“ in Ungarn nicht

<sup>1)</sup> Der Beitrag ist die gekürzte Fassung von: „Interne Studie Nr. 18, Vom Post-Kommunismus zur Demokratie. Politik, Parteien und die Wahlen 1990 in Ungarn“, Forschungsinstitut der Konrad-Adenauer-Stiftung, Sankt Augustin bei Bonn, August 1990.

<sup>2)</sup> Diese Themen werden detaillierter analysiert in Rudolf L. Tökés, *The Negotiated Revolution: Economic Reforms, Social Change and Political Succession in Hungary, 1986–1990* (in Vorbereitung).

<sup>3)</sup> Vgl. George Schöpflin/Rudolf L. Tökés/Ivan Volgyes, *Leadership Change and Crisis in Hungary*, in: *Problems of Communism* (1988), September/Oktober, S. 23–46.

<sup>4)</sup> Vgl. Elemér Hankiss, *Keleutropai alternatívák* (Osteuropäische Alternativen), Budapest 1989, S. 117 ff.; Rudolf L. Tökés, *From Second Society to Civil Society: Evidence, Inference and Conceptualization*, Occasional Papers Nr. 6, The Wilson Center, August 1988, S. 40–52.



nur ermöglichte, sondern unausweichlich werden ließ, war von Oktober 1988 an ein in der Geschichte vorher nie dagewesenes Zusammentreffen von innerem und äußerem Druck zugunsten eines Wandels.

Der Zusammenbruch des Ancien régime in Ungarn spielte sich zwischen Mai 1988 und April 1990 in sieben Phasen ab. Die wichtigsten Wendemarken dabei waren:

*1. November bis Dezember 1988:* Angesichts eines massiven Mitgliederschwundes und Auflösungserscheinungen im Parteiapparat trat Grosz seine persönliche Führungsfunktion in der Regierung an Miklós Németh ab, der Ende November Premierminister wurde. Darüber hinaus unternahm Grosz den Versuch, die Partei zu reorganisieren; es gelang ihm jedoch nicht, das Drängen der Reformer auf Dezentralisierung, Demokratisierung und lokale Autonomie aufzufangen. Am Ende verlor er die Nerven und sprach von der Gefahr eines „weißen Terrors“ in Ungarn. Aus Furcht vor einem möglichen konservativen Staatsstreich scharten sich die Reformkräfte der Partei um Imre Pozsgay und die kleine Gruppe seiner Gefolgsleute im ZK der USAP<sup>5)</sup>.

*2. Januar 1989:* Am 29. Januar erklärte Imre Pozsgay öffentlich, die Ereignisse vom Oktober 1956 seien ein „Volksaufstand“ gewesen und nicht eine „Konterrevolution“, wie dies die USAP 33 Jahre lang behauptet hatte<sup>6)</sup>. Vor diese Herausforderung gestellt, entschieden sich Grosz und die konservative Mehrheit im ZK dafür, die Position des von Pozsgay geführten Reformflügels zu übernehmen. Ferner befürwortete die USAP nunmehr das Prinzip eines Mehrparteiensystems für Ungarn. Damit legitimierte das Regime nicht nur die Bildung nichtkommunistischer Parteien, sondern auch die Entstehung von Reformgruppen innerhalb der herrschenden Partei.

*3. März bis Mai 1989:* Die gleichzeitige Entstehung mehrerer demokratischer Parteien, Vereinigungen und sonstiger politischer Gruppierungen sowie der „Reformzirkel“ innerhalb der eigenen Partei unter-

gruben die politische Autorität von Grosz. Den Forderungen nach Reformen in der Partei kam man dadurch entgegen, daß der Einberufung einer nationalen Parteikonferenz (aus der später ein vollwertiger Parteikongreß werden sollte) für den Herbst zugestimmt wurde; die gleichen Forderungen führten zu einem Revirement von Teilen der Parteiführung im April. Der Logik dieser Ereignisse entsprach es, daß es im weiteren Verlauf zu einer Konfrontation zwischen Grosz und Németh kam, aus der der letztgenannte als Sieger hervorging. Am 9. Mai erklärte sich die Partei bereit, ihre noch verbliebenen Befugnisse gegenüber der Regierung abzugeben; gleichzeitig verlor János Kádár den Ehrenposten eines Parteivorsitzenden.

*4. Juni bis September 1989:* Die Zustimmung der Regierung zur feierlichen Umbettung von Imre Nagy — einem der Führer des Volksaufstandes von 1956, der 1958 nach einem Geheimverfahren hingerichtet worden war — und der Beginn substantieller Verhandlungen mit der Opposition im Rahmen eines nationalen „Runden Tisches“ kennzeichneten den Anfang vom Ende der Einparteiherrschaft in Ungarn. Mit Rezső Nyers als neuem Parteivorsitzenden an der Spitze eines vierköpfigen Präsidiums und eines aus 21 Mitgliedern bestehenden Exekutiv Ausschusses der Partei löste sich die USAP schrittweise in eine passive schweigende Mehrheit und sechs formlose Gruppierungen von Befürwortern und Gegnern der Reformen auf. Die erdrutschartigen Siege der Oppositionsparteien bei vier Nachwahlen zur Nationalversammlung im Sommer zwangen die Verhandlungsführer der USAP dazu, zwar nicht allen, aber doch vielen Forderungen der Opposition nach radikalen gesetzgeberischen und institutionellen Reformen nachzugeben. Die am 18. September 1989 erzielte Einigung am „Runden Tisch“ schuf die formellen Spielregeln für einen friedlichen Übergang bis hin zu freien Wahlen im Frühjahr 1990<sup>7)</sup>.

*5. Oktober bis November 1989:* Der Kongreß der USAP vom 6. bis 9. Oktober markierte die Auflösung dieser Partei und die Geburtsstunde der Ungarischen Sozialistischen Partei (USP). Um den Neubeginn unter Beweis zu stellen, entließ die neue Partei alle Mitglieder ihrer Vorgängerin — allerdings nur um sofort einen Werbefeldzug für den Beitritt zur neuen Partei in Gang zu setzen. Diese wohlgemeinten Schritte konnten jedoch weder die nicht parteigebundene Mehrheit der Ungarn noch das möglicherweise umfangreiche prosozialistische Wählerpotential des Landes davon überzeugen, daß die „erneuerte“ USP fest entschlossen sei, unter die Ideologien und die Politik der alten USAP

<sup>5)</sup> Eine enzyklopädische Übersicht über die Ereignisse von 1988, in: Sándor Kurtán/Péter Sándor/László Vass (Hrsg.), Magyarország Politikai Evkönyve, 1988 (Politisches Jahrbuch Ungarns, 1988), Debrecen 1989.

<sup>6)</sup> Für Pozsgay's Bericht über dieses Ereignis und seinen allgemeinen Kommentar über die „Partei-Politik vor den Wahlen“ von 1989 siehe Imre Pozsgay, 1989 — sorsdöntő lépés a demokráciá felé (1989 — Ein entscheidender Schritt hin zur Demokratie), in: Sándor Kurtán/Péter Sándor/László Vass (Hrsg.), Magyarország Politikai Evkönyve, 1989 (Politisches Jahrbuch Ungarns, 1989), Budapest 1990, S. 55–59. Siehe auch das Interview mit Imre Pozsgay in Magyar Nemzet vom 10. März 1990.

<sup>7)</sup> Népszabadság vom 19. September 1989.



einen klaren Schlußstrich zu ziehen<sup>8)</sup>). Inzwischen wurde aus der von Németh geführten und nunmehr der Kontrolle der Partei entzogenen Regierung eine „geschäftsführende Administration“ aus ehemaligen Kommunisten und einigen unabhängigen Politikern. Diese Regierung sorgte für eine zügige Umsetzung der Absprachen des „Runden Tisches“. Bis zum Ende des Monats Oktober war aus Ungarn eine Republik mit überarbeiteter Verfassung und einem nicht mehr rückgängig zu machenden Fahrplan für die Abhaltung freier Wahlen geworden.

6. November 1989 bis März 1990: Der Wahlkampf des Jahres 1990 begann im Grunde genommen mit der Volksbefragung am 26. November 1989, die von BFD, BJD, der Partei der Kleinlandwirte und den Sozialdemokraten gefordert worden war. Ihr Ergebnis war ein zweifaches: Zum einen wurde es dadurch dem von der USP unterstützten Imre Pozsgay unmöglich gemacht, sich vor den landesweiten Wahlen durch Volksentscheid zum Präsidenten Ungarns wählen zu lassen. Zum anderen wurde dadurch der tatsächliche Umfang (etwa fünf

Prozent) an Unterstützung sichtbar, mit der die Reste des totalitären Staats — Betriebsgruppen der Partei, Arbeitergarden und parteieigene Unternehmen — noch rechnen konnten. Der eigentliche Wahlkampf begann mit einer Beteiligung von über 50 Parteien. Diese Zahl reduzierte sich zunächst auf 43 und schließlich bis zum Ablauf der Aufstellungsfrist auf zwölf. Diese zwölf Parteien waren es, welche die erste Runde der landesweiten Wahlen am 25. März 1990 austrugen. Danach blieben nur noch sechs Parteien übrig, welche zur Entsendung von Abgeordneten in die Nationalversammlung berechtigt waren.

7. April bis Mai 1990: Die beiden Wahlgänge am 25. März und 8. April stellten das derzeitige Kräfteverhältnis im ersten frei gewählten Parlament Ungarns seit 1945 her. Aus diesem ergab sich eine Koalitionsregierung unter dem Vorsitzenden des UDF, Dr. József Antall, mit Beteiligung der Partei der Kleinlandwirte und der Christlich-Demokratischen Volkspartei (CDVP); die Opposition besteht aus dem BFD, der USP und dem BJD.

## II. Die Ursprünge des Mehrparteiensystems

Das gegenwärtige ungarische Mehrparteiensystem leitet sich aus drei wesentlichen Ursprüngen ab. Der erste war die von János Kádár geführte USAP; der zweite war jenes Bündel „historisch gewachsener“ und „neuer“ nicht-kommunistischer politischer Kräfte, die Anfang der siebziger Jahre auf der Bildfläche erschienen; und der dritte ging aus von der in den frühen achtziger Jahren neuentstandenen „civil society“. Dabei handelte es sich um Klubs, Vereinigungen und informelle politische Lobbies auf örtlicher, regionaler und nationaler Ebene.

1. Auch abgesehen von den traditionellen Gegensätzen innerhalb der kommunistischen Bewegung Ungarns („Einheimische“ — Moskautreue, Nationalisten — Internationalisten, ländliche — städtische Lobbies) kann die Geschichte der USAP in der Zeit nach 1956 durchaus im Sinne eines „latenten Pluralismus“ und des Aufkommens immer selbstbewußterer politischer Interessengruppen innerhalb der als USAP firmierenden allumfassenden Massenpartei interpretiert werden<sup>9)</sup>.

<sup>8)</sup> Vgl. Rudolf L. Tökés, *Beyond the Party Congress — Hungary's Hazy Future*, in: *The New Leader* vom 30. Oktober 1989, S. 5–7; László Kéri/Zita Petschnig, in: *Első Kéz*, Nr. 10 und 11 vom 9. und 16. Dezember 1989 sowie Mihály Bihari, in: *Világ*, Nr. 21 vom 12. Oktober 1989, S. 18 f.

<sup>9)</sup> Attila Agh, *Politikkrisis und Krisenpolitik*, in: *Mozgó Világ*, (1989) 7, S. 3–15.

Es kann kein Zweifel daran bestehen, daß die „Marathonläufer“ aus dem kádáristischen Zentrum der „alten“ USAP in voller Stärke in der „erneuerten“ USAP vertreten sind. Der frühere Reformflügel der USAP und die kooptierten Sozialdemokraten wie Rezső Nyers schlossen sich im Oktober 1989 in Gestalt der USP wieder zusammen. Die „grüne Lobby“ der alten USAP tauchte 1990 als Agrarallianz wieder auf; der ländliche Apparat der USAP, „parteiinterne Mitläufer“ und zahllose örtliche Parteigrößen und nicht parteigebundene Würdenträger organisierten sich im November 1989 als Patriotisches Wahlbündnis; und schließlich fanden die alte „Industriellobby“ und die Führungsschicht der Manager Unterschlupf in der USP und der Unternehmerpartei. Einige der hauseigenen intellektuellen Rebellen von Kádárs USAP und viele Angehörige der reformorientierten Intelligentsia halfen bei der Gründung des BFD, der SDPU und des UDF oder wurden später Mitglieder dieser Parteien. Und schließlich sind aus der politisch bewußten „schweigenden Minderheit“ der alten USAP die Nichtwähler von heute oder die stillen Wahlhelfer des UDF, der Partei der Kleinlandwirte oder sogar der CDVP geworden.

2. Die Ursprünge der „historischen“ demokratischen Parteien Ungarns, die zu den Akteuren von 1990 gehören, lassen sich unterschiedlich weit zurückverfolgen: bis ins 19. Jahrhundert bei der So-



zialdemokratischen Partei Ungarns (gegründet 1890), in die ersten Jahrzehnte des 20. Jahrhunderts (radikale und liberal-demokratische Parteien), in die Zwischenkriegszeit (die Kleinlandwirte und die Christdemokraten gründeten ihre Parteien in den späten zwanziger Jahren), in die späten dreißiger Jahre (die Bauernpartei, die nicht unbestritten als Vorläuferin der heutigen Volkspartei gilt, wurde 1939 gegründet) und in die unmittelbare Nachkriegszeit zwischen 1945 und 1948 (letzteres gilt für die Unabhängigkeitspartei und die Katholische Partei unter Führung von István Barankovics). Die meisten dieser Parteien wurden während der kurzlebigen ungarischen Revolution sofort neu gegründet und gerieten dann bis zum Anfang des Jahres 1989 — wie sich inzwischen herausgestellt hat: nur zeitweilig — in Vergessenheit.

Die weithin verstandenen, jedoch nur schwach artikulierten Forderungen der nicht parteigebundenen Mehrheit der Ungarn waren es, womit sich die national-christlichen und liberal-demokratischen Reformintellektuellen bei ihren historischen Treffen in Monor und Lakitelek in den Jahren 1985—1987 befaßten. Die Diskussionen dieser und ähnlicher Konferenzen und Gesprächskreise der Reformintelligentsia halfen bei der Ausformung der ideologischen Grundlagen und der spezifischen Aktionsprogramme von zwei heute führenden Parteien, nämlich des BFD und des UDF.

Die Ursprünge des BFD lassen sich auf das ideologische Erbe von Imre Nagy und seinem Kreis von Reformkommunisten sowie teilweise auch auf die revisionistisch-marxistische und später sozialliberale demokratische Protestbewegung junger städtischer Intellektueller seit Beginn der siebziger Jahre zurückführen. Das historische Verdienst der Anbindung Ungarns an die Reformbestrebungen der tschechoslowakischen Charta 77 und der polnischen Solidarność-Bewegung sowie der brillanten Formulierung einer Reihe von Alternativvorschlägen für die demokratische Umwandlung Ungarns (über die Samizdatpublikation [Selbstverlag] Beszélő) gebührt dieser Gruppe und in erster Linie ihrem Parteivorsitzenden János Kis.

Der BJD schuldet seine intellektuellen Ursprünge einer ungarischen Bewegung des Generationsprotests, die durch die Studentenbewegungen der sechziger Jahre im Westen ausgelöst wurde. In einem unmittelbaren Sinn wurde der BJD von vier couragierten jungen Leuten (und insgesamt 37 Gründungsmitgliedern) am 30. März 1988 ins Leben gerufen, um das durch den Zusammenbruch des Bundes Junger Kommunisten entstandene Vakuum zu füllen und auf die unbefriedigten Forderungen der

jugen Generation nach politischer Repräsentation und angemessener Berücksichtigung ihrer wirtschaftlichen und kulturellen Interessen seitens des Kádár-Grosz-Regimes einzugehen<sup>10</sup>).

Ende 1988 — also relativ spät — erschienen die Partei der Kleinlandwirte und die CDVP auf der politischen Bildfläche. In den darauffolgenden Monaten mußten viele ihrer potentiellen Aktivisten und Parteiorganisatoren zwischen dem Beitritt zum UDF und der Neugründung ihrer angestammten Parteien wählen. Die in derartigen Fällen getroffene Entscheidung gründete sich in erster Linie auf persönliche Präferenzen, wie z. B. alte Freundschaften und persönliche Verträglichkeiten, und nicht so sehr auf prononcierte ideologische Unterschiede zwischen führenden Politikern des christlich-nationalen Lagers. Regionale und religiöse Differenzen mögen allerdings letztendlich beim Parteibeitritt einzelner eine Rolle gespielt haben. Entstammten Führung und ursprüngliche Anhängerschaft des UDF überwiegend dem „calvinistischen“ Osten des Landes, so suchte die Leitung der Partei der Kleinlandwirte und mehr noch die der CDVP zunächst einmal ihre Wählerschaft im vorwiegend katholischen Süden und Westen.

3. Wichtige Komponenten des politischen Spektrums in Ungarn sind politische Lobbies im außerparlamentarischen Raum sowie Dutzende von neugegründeten staatsbürgerlichen, kulturellen, einzelthemenorientierten und generationsbezogenen Vereinigungen und Interessengruppen. Bei den Verhandlungen am nationalen „Runden Tisch“ im Sommer 1989 spielten einige dieser Gruppen wie z. B. die zentristische Endre Bajcsy-Zsilinszky-Gesellschaft oder die linksextreme Ferenc Münnich-Gesellschaft eine wichtige Rolle. Andere Gruppierungen wie z. B. die Umweltschützer haben wesentlich zur Politisierung der ungarischen Öffentlichkeit beigetragen, indem sie grundsätzliche Fehler des kommunistischen Parteistaats in diesem Bereich herausstellten. Die Entstehung zahlreicher autonomer Diskussionsforen und Jugendgruppen trug dazu bei, daß das Monopol der Frontorganisationen des Regimes wie beispielsweise der Patriottischen Volksfront und des Bundes Junger Kommunisten als Repräsentanten der Interessen der Nation und der Jugend unterlaufen werden konnte. Eine Schlüsselrolle nahmen schließlich autonome Gruppierungen zur Verteidigung öffentlicher Interessen wie das Forum Unabhängiger Anwälte ein, die ihren Sachverstand beim Aufbau vieler neuer politischer Parteien einbrachten.

<sup>10</sup>) Siehe die Deklaration über die Gründung des BJD, Budapest 1988.



Bis zum Ende des Jahres 1989 entwickelten sich in Ungarn über 50 politische Parteien. 43 dieser Gruppierungen beteiligten sich an der ersten Phase des Wahlkampfes von Ende Januar bis Ende Februar 1990. Zwölf von ihnen gelang es, in den örtlichen Wahlbezirken eine ausreichende Anzahl an Kandidaten aufzustellen, um sich für die Vorlage

regionaler und nationaler Kandidatenlisten zur ersten Runde der Wahlen am 25. März 1990 zu qualifizieren. Sechs von diesen Parteien erhielten mehr als vier Prozent der für die Parteilisten abgegebenen Stimmen und konnten sich somit in der zweiten und abschließenden Runde der Stimmabgabe am 8. April 1990 um Parlamentssitze bewerben.

### III. Die Parteiprogramme

Bei der Erörterung von Wahlprogrammen der Parteien muß daran erinnert werden, daß diese Dokumente verschiedenen Zwecken dienen. Dazu gehören: a) die Bestimmung der historischen und ideologischen Identität der Partei und ihrer Position in dem kleinen Universum politischer Kräfte, die in Ungarn heute aktiv sind; b) Kritik an den Resultaten des kommunistischen Regimes in den Bereichen der Menschenrechte, der Kultur-, Wirtschafts-, Sozial- und Außenpolitik; c) eine Bestimmung der Wählergruppen, deren Interessen die Partei zu vertreten behauptet; d) ein Katalog von Veränderungen und politischen Neuerungen, deren Verwirklichung in einer freigewählten Legislative und in der Regierung die Partei verspricht.

Die wesentlichen Unterschiede in den Parteiprogrammen sind in dem Ausmaß zu finden, in dem die politische, ökonomische und soziale Umformung Ungarns nach den Vorschlägen der verschiedenen politischen Parteien verwirklicht werden soll. In dieser Hinsicht bestehen erhebliche Unterschiede zwischen den Programmen der USP und ihrer Ableger (Patriotisches Wahlbündnis, Bauernbund und Volkspartei) auf der einen und den fünf übrigen im Parlament vertretenen Parteien auf der anderen Seite. Es ist offensichtlich, daß das Hauptziel dieser fünf Parteien in der schnellen Demontage und der Beseitigung aller politischen, rechtlichen, institutionellen und ideologischen Überreste der kommunistischen Herrschaft in Ungarn besteht. Das gleiche gilt weitgehend auch für die derzeitigen politischen, militärischen und wirtschaftlichen Bindungen Ungarns an die UdSSR, wenngleich man sich in der Aufrechterhaltung korrekter diplomatischer und wirtschaftlicher Beziehungen zur Sowjetunion einig ist. Diese allgemeinen politischen Präferenzen werden von der überwältigenden Mehrheit der außerparlamentarischen politischen Kräfte Ungarns geteilt.

Von den übrigen Parteien differierende Auffassungen vertritt die USP insbesondere in Fragen der Eigentumsverhältnisse, der Privatisierung, des

Landbesitzes, der Lohn- und Preiskontrollen sowie der Sozialpolitik. Die außenpolitischen Präferenzen der Sozialisten hingegen sind denen der fünf anderen im Parlament vertretenen Parteien wesentlich ähnlicher. Neben dem Rückzug aus dem RGW und Warschauer Pakt strebt man eine engere Zusammenarbeit mit den westlichen Wirtschaftszentren (EG; USA; Japan) und eine Neubelebung Mitteleuropas an, wobei die ungarischen Minderheiten besonders in Rumänien, aber auch in der ČSFR und Jugoslawien ein Sonderproblem darstellen.

In allen Parteien besteht weitgehende Übereinstimmung darüber, daß das Land sich in einer schwerwiegenden wirtschaftlichen Krise befindet, zu deren Überwindung es mindestens fünf bis zehn Jahre bedarf. Alle stimmen darin überein, daß ausnahmslos jede ins Auge gefaßte kurzfristige Abhilfemaßnahme schmerzliche soziale Konsequenzen in Gestalt von Arbeitslosigkeit, Verarmung und einer eindeutigen Verschlechterung der Lebensqualität für die meisten Ungarn zur Folge haben müssen, die von festen Löhnen und Gehältern oder von Renten leben. Zu den Standardrezepten gehören Privatisierung und die Beseitigung von Subventionen für Lebensmittel und öffentliche Dienstleistungen. Laut ihren Wirtschaftsprogrammen wollen die beiden größten Parteien zwar das gleiche, der BFD will aber noch schneller mehr erreichen als das UDF.

Geht es hingegen um die Reprivatisierung von Grund und Boden, der 1947/48 gewaltsam kollektivierte und in den Genossenschaftssektor überführt wurde, so neigt das UDF eher dazu, mit der Partei der Kleinlandwirte gemeinsame Sache zu machen. Demgegenüber rät der BFD zu Vorsicht und einem schrittweisen Vorgehen in diesem politisch wenig griffigen Bereich der Eigentumsverhältnisse. Beide Parteien sind dagegen, daß die derzeitige Managerelite sich über die Privatisierung staatseigener Industrie-, Handels- und Dienstleistungsunternehmen oder aber unter Mißbrauch von Gesetzeslücken illegale Gewinne durch betrügerische Joint Ventures



mit skrupellosen Investoren aus dem Westen aneignet.

Erheblicher Raum wird in den Parteiprogrammen auch der Auflistung der gesetzgeberischen Prioritäten nach der Wahl eingeräumt. An der Spitze der Liste steht die Festlegung auf eine Delegation von mehr fiskalischer und administrativer Selbständigkeit an die örtlichen Behörden, die Erneuerung der Gerichte und die Einführung einer gründlichen

Aufsicht über Armee, Polizei und Behörden der inneren Sicherheit seitens der Legislative. Mit dem größten Konfliktpotential verbunden ist der Vorschlag einer Überprüfung aller aus dem kommunistischen Regime übriggebliebenen leitenden Beamten hinsichtlich ihrer politisch-moralischen und fachlichen Eignung für den Dienst in der öffentlichen Verwaltung eines demokratischen Ungarn.

#### IV. Der ungarische Wahlkampf 1990

Die wichtigsten Ziele einer politischen Partei im Wahlkampf bestehen darin, die Aufmerksamkeit der Wählerschaft auf sich zu ziehen, die Wähler für die Übernahme und Unterstützung des Parteiprogramms zu gewinnen und die Öffentlichkeit dafür zu mobilisieren, am Wahltag tatsächlich zur Urne zu gehen. Im folgenden Abschnitt werden zwei Aspekte des Wahlkampfes in den Monaten Januar bis März 1990 behandelt: 1. Chancengleichheit im politischen Wettstreit, 2. Aspekte der „negativen Wahlpropaganda“ in Ungarn.

##### 1. Chancengleichheit

Die Absprachen am „Runden Tisch“ sahen vor, daß für alle politischen Parteien bei ihrem Streben nach öffentlicher Unterstützung für ihre Programme Chancengleichheit bestehen sollte. Diese Vorstellung war insofern unrealistisch, als sie die ungeheure Disparität von Ressourcen bei der regierenden USAP/USP und ihren demokratischen Widersachern absichtlich außer acht ließ. Regierungsmittel für Wahlkampfszwecke, die nach einer gleitenden Skala aufgrund der registrierten Mitgliederzahlen der Parteien verteilt wurden, reichten bei weitem nicht aus, um die vielfältigen Handikaps der neuentstandenen Parteien im Wahlkampf auszugleichen. Diese Ungleichheiten wurden noch durch die Höhe der Mittel verschärft, die den Parteien für die Werbung in den nach wie vor weitgehend vom Regime kontrollierten Medien für Zeitungs-, Rundfunk- und Fernsehwerbung zur Verfügung standen<sup>11)</sup>. Auf jeden Fall war das gesamte Wahlsystem darauf angelegt, zwar den Einstieg einer beliebigen Anzahl neuer Konkurrenten in die Wahlkampfarena zu ermöglichen, dann jedoch die

meisten rasch aus dem Wettbewerb zu eliminieren.

Tatsächlich kam die USP in den Genuß aller Vorteile der Amtsinhabere und konnte darüber hinaus von ihrem nicht offengelegten Vermögen profitieren, das sie während der Kádár-Ära gesetzwidrig erworben hatte. Die Führer der Partei waren gleichzeitig Regierungsmitglieder; Wahlkampfaktivitäten und vorgeblich überparteiliches Auftreten von Premierminister Németh und Außenminister Horn waren daher drei bis viermal so häufig Gegenstand von Fernseh- und Rundfunkberichten wie die des UDF-Vorsitzenden József Antall und des BFD-Vorsitzenden János Kis<sup>12)</sup>.

Dem steht gegenüber, daß UDF, BFD und Sozialdemokraten in erheblichem Umfang finanzielle Unterstützung aus dem Westen erhielten, die wahrscheinlich deutlich über die Beträge hinausging, die ihnen von der Regierung als Wahlmittel zur Verfügung gestellt wurden<sup>13)</sup>. Ein weiterer, offensichtlich nicht quantifizierbarer Faktor, der die Aussichten der Opposition auszugleichen half, war die wachsende Unbeliebtheit des Regimes und die weitverbreitete Unterstützung, welche der Opposition (und insbesondere dem BFD) seitens der Journalisten in den gedruckten Medien sowie in Rundfunk und Fernsehen zuteil wurde.

##### 2. Wahlkampf 1990:

###### Über und unter der Gürtellinie

Für das ungarische Volk war der Wahlkampf 1990 ein traumatisches Erlebnis. Der Übergang zur Demokratie sollte zwar eigentlich „friedlich“ verlaufen

<sup>11)</sup> Das Thema der Parteien- und Wahlkampf-Finanzierung ist in den Parteipublikationen aus naheliegenden Gründen nicht besonders ausgiebig behandelt worden. Die Finanzberichte des UDF, des BFD, der Partei der Kleinlandwirte und der USP für das Jahr 1989 finden sich in Világ vom 12. April 1990, S. 30f.

<sup>12)</sup> Zwischen Ende Januar und Ende Februar wurde über die USP als Partei im Fernsehen 218mal berichtet, während UDF und BFD nur 142 bzw. 116mal auf dem Bildschirm zu sehen waren. Ähnlich lagen die Verhältnisse beim Rundfunk. Vgl. Népszabadság vom 23. März 1990.

<sup>13)</sup> Nach dem ungarischen Wahlgesetz müssen alle Zuwendungen zum Wahlkampf durch die Empfänger mitgeteilt werden. Siehe Tibor Bogdán u. a., Pártok és választások (Parteien und Wahlen), Budapest 1990, S. 53–60.



fen, niemand hätte jedoch das tägliche Trommelfeuer dramatischer Nachrichten aus dem Ausland (insbesondere aus Rumänien, wo das Schicksal der ungarischen Volksgruppe vom Ausgang der dortigen Revolution abhing) oder die erschreckenden Enthüllungen über die fortdauernde Tätigkeit der Geheimpolizei in Ungarn vorhersehen können. Der alte Parteistaat starb einen schweren Tod, und das gleiche galt auch für das schwere psychologische Erbe der totalitären Vergangenheit, die eine Saat des Mißtrauens und der Uneinigkeit in den Reihen der Führungsschichten ebenso wie im Volk hinterlassen hatte.

In dem Maße, wie sich der Wahlkampf entwickelte, kam es zu einem nahezu vollständigen Zusammenbruch zivilisierter Kommunikation der neuen Parteien untereinander<sup>14</sup>). Öffentliche Erklärungen gewissenloser Demagogen und Flüsterkampagnen ihrer jeweils gedankenlosen Gefolgschaft hinsichtlich der angeblichen antisemitischen Überzeugungen der jeweils anderen Seite oder latenter marxistischer Sympathien trugen dazu bei, daß die Atmosphäre sich vergiftete und es beinahe dazu kam, daß der Wahlkampf in die Niederungen einer Schlamm-schlacht zwischen Forum und Freien Demokraten absank. Diese bedauerliche Ablenkung der öffentlichen Aufmerksamkeit auf eine Politik der Gosse mußte früher oder später eintreten. Vierzig Jahre kommunistischer Herrschaft mit dem damit einhergehenden, zwangsweise aufrechterhaltenen Muster eines künstlichen „gesellschaftlichen Konsenses“ hatten dem Volk und den Führungsschichten jene überaus notwendigen Gelegenheiten vorenthalten, ihre Auffassungen über Ungarn und das politische Geschick der Nation zu artikulieren und möglicherweise in Einklang zu bringen.

In diesem Zusammenhang verdient die Tatsache erwähnt zu werden, daß die Wahlkampfstile von BFD und UDF miteinander kontrastierten. Wäh-

rend der BFD versuchte, die Wählerschaft durch den Nachweis seiner radikalen und kompromißlosen Haltung zu allen Grundsatzfragen zu überzeugen, und sich bei seiner Argumentation einer sehr deutlichen Sprache bediente, schlug das UDF leisere Töne an, obwohl es im wesentlichen für die gleiche Sache eintrat wie der BFD. Dabei war der Ton auf seiten des UDF eher traditionsverhaftet beruhigender und gegenüber dem ohnehin labilen Gefühl der Wählerschaft hinsichtlich der eigenen Sicherheit wesentlich weniger bedrohlich als der kompromißlose Ruf des BFD nach radikalem Wandel. Aus diesen Gründen und im Lichte der tatsächlichen Wahlergebnisse könnte man argumentieren, daß der politische Stil der Parteien mindestens das gleiche Gewicht hatte wie der programmatische Inhalt ihrer Botschaften an die Wählerschaft.

Eine vor den Wahlen durchgeführte Befragung des Gallup-Instituts über die Abstimmungspräferenzen der ungarischen Wählerschaft gab den Befragten die Möglichkeit, sich mit einem Wort zu den Gründen zu äußern, aus denen sie sich für eine bestimmte politische Partei entscheiden würden. Die für eine Unterstützung des BFD angeführten Gründe bestanden in den Begriffen „Programm“, „radikal“, „Sachverstand“ und „Zukunft“. Wähler, die für das UDF stimmen wollten, antworteten mit „ausgewogen“, „moderat“, „Wohlfahrt“ und „Sicherheit“. Die Wähler der Partei der Kleinlandwirte nannten „Rückgabe des Grundbesitzes“, „Bauertum“, „Privateigentum“ und „Familientradition“. Die Wähler der USP reagierten mit „Reform“, „links“, „Erfahrung“ und „Parteitreu“. Die Ungarn hatten sich somit dafür entschieden, nicht für unverständliche Parteiprogramme, sondern am Wahltag für attraktive politische Symbole sowie für die für sie entscheidenden Werte und ihren gemeinsamen Willen zu einem radikalen politischen Wandel zu stimmen.

## V. Parteipolitische Präferenzen und Wählerunterstützung 1989–1990

Es gehört zu den axiomatischen Thesen der demokratischen politischen Theorie, daß die Menschen – wenn man ihnen nur eine angemessene Gelegenheit gibt, eine politische Wahl zu treffen und ihre parteipolitischen Präferenzen zum Ausdruck zu bringen – sich rational entscheiden werden.

<sup>14</sup>) Vgl. die vom Nationalen Institut für Meinungsforschung durchgeführten Inhaltsanalysen der Parteienwerbung in: Népszabadság vom 23. März 1990.

Der Prozeß der politischen Umwandlung Ungarns vom Post-Totalitarismus zur Demokratie unterschied sich qualitativ von den entsprechenden Vorgängen in der DDR, der Tschechoslowakei und Rumänien. Lag in diesen Ländern die Zeitspanne zwischen dem stürmischen Zusammenbruch der alten Ordnung und der Abhaltung freier Wahlen bei fünf bis sieben Monaten, so erstreckte sich in Ungarn der gleiche Prozeß bei einem vergleichsweise gemüthlichen Tempo über 23 Monate.



Betrachtet man die Reihenfolge der Ereignisse in Ungarn, so ist die im wesentlichen friedliche und „ausgehandelte“ Natur des gesamten Prozesses ebenso beeindruckend wie das „konsenssuchende“ Verhalten der Eliten und der Bevölkerung des Landes. Wie im weiteren noch darzulegen sein wird, hat das ungarische Volk in der Tat eine angemessene Gelegenheit gehabt, seinem politischen Willen Ausdruck zu verleihen; in den Wahlergebnissen von März und April 1990 muß somit der rationale und legitimierende Ausdruck der ideologischen (wenn auch nicht notwendigerweise der programmatischen) Präferenzen der Nation gesehen werden. Aus diesen Gründen ist die Annahme berechtigt, daß der Wahlausgang in Ungarn kurzfristig gesehen mindestens gleich gute, wenn nicht gar bessere Chancen für politische Stabilität unter einer freigewählten Regierung bietet als die anderen Wahlergebnisse in Osteuropa im Jahre 1990.

Um der Entwicklung der parteipolitischen Präferenzen der Bürger Ungarns nachzugehen, werden im folgenden die Ergebnisse von 16 zwischen Mai 1989 und März 1990 durchgeführten Umfragen behandelt (vgl. Tabelle 1). Die erste Umfrage nach parteipolitischen Präferenzen für den hypothetischen Fall einer Wahl wurde im März 1989 durchgeführt, d. h. kurz nachdem die USAP der Gründung nicht-kommunistischer Parteien zugestimmt hatte. Aus der von Budapest her zum flachen Lande hin abnehmenden Unterstützung der Wählerschaft für die neuen Parteien läßt sich ablesen, daß unzureichende Information und die Furcht vor einer möglichen Umkehr der halbherzigen Position der USAP zur politischen Demokratisierung die vorherrschenden Merkmale der spontanen Reaktionen der Bürger auf Umfragen dieser Art waren. Jedenfalls genoß zum damaligen Zeitpunkt die USAP in hohem Maße die Unterstützung der Öffentlichkeit, dies allerdings schon in spürbar geringerem Umfang als in den Jahren 1987–1988 bzw. 1985, als die vom Regime gestützten Kandidaten bei landesweiten Wahlen über 98 Prozent der Stimmen auf sich vereinigen konnten<sup>15)</sup>.

Aus den Meinungsumfragen im Zeitraum zwischen März und Juni 1989 ergaben sich erste Hinweise auf die relativen Positionen der wichtigsten Oppositionsparteien. Spitzenreiter waren das UDF, der BFD, die Partei der Kleinlandwirte, die SDPU und der BJD. Christdemokraten, Volkspartei und die Unabhängige Demokratische Partei Ungarns bildeten das Mittelfeld, gefolgt von einigen weiteren Par-

teien, die auf der Beliebtheitsskala „unter ferner liefen“ rangierten.

In dieser Phase (März–Juni 1989) hatten verschiedene Ereignisse dazu beigetragen, die Autorität der herrschenden Partei zu untergraben. Nutznießer dieser Entwicklung waren die Reformkräfte in der USAP und die neuen Oppositionsparteien. Die Unterstützung der USAP in der Bevölkerung lag im Juli 1989 bei 37 Prozent. In den gleichen Monat fällt auch der Anfang vom Ende der herrschenden Partei.

In den Monaten Juli, August und September 1989 kam es in Ungarn zu fünf Nachwahlen zum Parlament. Vier davon (Gödöllő, Szeged, Kecskemét und Zalaegerszeg) führten zu eindeutigen Ergebnissen, während es im fünften Fall (Kiskunfélegyháza) aufgrund fehlender Stimmanteile auch bei zwei Wahlgängen nicht dazu kam.

Die Ergebnisse der Nachwahlen im Sommer – insbesondere die in Kecskemét und Zalaegerszeg, wo das UDF mit 70 bzw. 59 Prozent die Mehrheit errang, während die USAP nur 19 bzw. 32 Prozent erreichte – hatten entscheidende Rückwirkungen auf die Politik im gesamten Land. Die Wahlergebnisse bewiesen die Lebensfähigkeit der neuen Parteien und erinnerten die Menschen auch an der Basis daran, daß die USAP zusammengebrochen war<sup>16)</sup>.

Nach einer auf Meinungsumfragen beruhenden Analyse<sup>17)</sup> wurden die Wähler allem Anschein nach vor allem durch die Persönlichkeit der Kandidaten sowie dadurch beeinflußt, in welchem Ausmaß sie in Opposition zur USAP standen oder sich von dieser distanzieren. Die Unterstützung der Parteien durch die Wählerschaft war weit mehr durch persönliche Emotionen der Art Sympathie/Antipathie gegenüber dem Kandidaten „motiviert“ als durch eine positive Identifizierung mit der betreffenden Partei.

Die offensichtliche Unfähigkeit der ungarischen Wähler, sich mit (alten oder neuen) Parteiprogrammen zu identifizieren, war kein gutes Vorzeichen für die Aussichten auf Demokratie in Ungarn. Hätten die Wahlen in der zweiten Jahreshälfte 1989 oder im Januar 1990 stattgefunden, so hätten in der Tat die sehr profilierten Reformführer der USAP und ihre Anhänger die Masse der Wählerstimmen auf sich vereinigen können. Glücklicherweise geschah dies nicht. Als Begründung hierfür bieten

<sup>16)</sup> Vgl. László Bruszt/János Simon, *A lecsendesedett többség* (Die schweigende Mehrheit), Budapest 1990, S. 89–104.

<sup>17)</sup> Ebd.

<sup>15)</sup> Vgl. István Kukorelli, *Igy választottunk 1985* (So wählten wir 1985), Budapest 1988.



Tabelle 1: Entwicklung der Parteipräferenzen

Wenn am nächsten Sonntag Wahlen wären, den Kandidaten welcher Partei würden Sie wählen? (Landesweit repräsentative Stichproben, Mai 1989 bis März 1990)													
Parteien	30. 5. 89	23. 6. 89	3. 7. 89	20. 7. 89	20. 9. 89	6. 10. 89	18. 10. 89	2. 11. 89	15. 11. 89	Dez. 89	Jan. 90	Feb. 90	März 90
Bund Junger Demokraten	16*)	9	9	7	11	12	10	8		8	7	5,7	7,2
Partei der Kleinlandwirte	12	6	8	11	7	10	6	5	9	12	16	17,5	15,7
Unabhängige Umweltschützende Partei der Arbeit				1	2	1	1	1		—	—	—	—
Unabhängige Ungarische Demokratische Partei		10		13	5	6	4	3		4	4	—	—
Christlich-Demokratische Volkspartei			5	3	2	4	3	3	4	3	3	4,9	4,9
Ungarische Zigeuner-Partei			1	1	1	—	1	1		—	—	—	—
Ungarisches Demokratisches Forum	13	13	12	14	24	24	20	27	24	23	21	21,5	21,0
Ungarische Unabhängigkeitspartei	5	5	6	5	4	3	2	2		2	—	—	1,0
Ungarische Volkspartei	5	5	6	4	3	3	4	2		4	2	2	2,1
Ungarische Oktober-Partei				—	—	—	—	1		—	—	—	—
USAP	32	29	28	37	23	24				5	4	3,8	4,1
Ungarische Sozialistische Partei							35	25	16	16	11	8,7	8,0
Ungarische Kommunistische Partei						—	—	—	—	—	—	—	—
Sozialdemokratische Partei	12	12	10	10	8	10	6	4	14	6	5	7,7	7,8
Bund Freier Demokraten	6	5	5	5	6	4	7	9	15	14	18	23,1	20,3
Ungarische Partei der Grünen							2	1		2	2	—	2,3

\*) In Prozent derjenigen, die wählen würden.

Quellen: Hang-Suly, Nr. 5, August 1989, S. 18; Magyar Nemzet, 22. November und 23. Dezember 1989, 17. Februar und 13. März 1990.



sich mehrere Erklärungen an: Infolge aufreibender innerparteilicher Kämpfe zwischen den Reformkräften und ihren Gegnern löste sich die USAP Anfang Oktober selbst auf. Zweitens ließen die am 19. September am nationalen „Runden Tisch“ erzielten Vereinbarungen eine ausgehandelte Alternative zu einer möglicherweise stürmischen und politisch höchst instabilen Übergangsphase zu freien Wahlen in Ungarn möglich erscheinen. Drittens trugen der Zusammenbruch der Regimes in der DDR und der Tschechoslowakei und die schnell anwachsende Unruhe in der UdSSR zur Radikalisierung der ungarischen Wählerschaft bei und untergruben weiter das Ansehen der ungarischen kommunistischen, reformkommunistischen und sozialistischen Parteien und Politiker. Schließlich half das Ergebnis des landesweiten Referendums vom 26. November — eines Wettstreits politischer Ideen, der entlang der Parteilinien ausgefochten wurde — bei der Legitimierung der Oppositionsparteien als angemessene Instrumentarien für einen tiefgreifenden politischen Wandel in Ungarn.

Die Tatsache, daß bei diesem Referendum Imre Pozsgay, der populärste Reformpolitiker, mit der winzigen Marge von 7 000 Stimmen als Bewerber um das Präsidentenamt durch die Wähler abgelehnt wurde, war ein Ereignis von historischer Tragweite<sup>18)</sup>. Es markierte den Anfang einer Entwicklung, bei der die Wähler ihre Unterstützung von Einzelpersonen auf politische Parteien übertrugen, und gleichzeitig einen Riesensprung zur Übernahme der freiheitlich-demokratischen Gepflogenheit der „Parteinahme“ und der Identifizierung mit den Wahlprogrammen der Parteien.

<sup>18)</sup> Für eine detaillierte Wiedergabe der Ergebnisse siehe Elófutár, Februar 1990, S. 44. Siehe auch Endre Babus, Referendum — 1989, in: S. Kurtán/P. Sándor/ L. Vass (Hrsg.) (Anm. 5), S. 209—225.

Dieser Prozeß der Politisierung ging aber auch einher mit einer Spaltung der ungarischen Gesellschaft in politisch bewußte bzw. aktive und politisch apathische bzw. passive Schichten. Wie aus den Meinungsumfragen hervorgeht, schwankte der Anteil der Nichtwähler in den neun Monaten zwischen Spätsommer 1989 und März 1990 zwischen 32 und 42 Prozent. Die verfügbaren Erkenntnisse über diejenigen, welche im März 1990 nicht wählten, legen die Annahme nahe, daß etwa die Hälfte dieser Nichtwähler in Stadt und Land zu den Gesellschaftsschichten mit niedrigerem Bildungs- bzw. Ausbildungsstand gehört<sup>19)</sup>.

Die Herkunft der Wähler neuer Parteien läßt sich aus Umfrageergebnissen über Parteipräferenzen ableiten (vgl. Tabellen 2—5).

Bei einer Konzentration der Analyse auf die beiden größten politischen Parteien wird erkennbar, daß es insgesamt eher die Ähnlichkeiten als die Unterschiede zwischen dem UDF und dem BFD sind, die für die Zukunft der Demokratie in Ungarn besonders ins Gewicht fallen. Zwar ist das Wählerpotential des UDF geographisch gleichmäßiger verteilt; dies wird jedoch teilweise ausgeglichen durch die überdurchschnittliche Stärke des BFD in städtischen Bereichen mit höherer Bevölkerungsdichte. Bei beiden Parteien kommt die Masse der Anhängerschaft aus den Reihen der jüngeren bis mittleren Altersgruppen. Im Vergleich zum UDF hat der BFD einen etwas größeren Wähleranteil bei Sekundar- und Hochschulabsolventen, Lohnempfängern und bei Angestellten, Intellektuellen und Angehörigen des Managements.

<sup>19)</sup> Zur sozio-ökonomischen Herkunft der Nicht-Wähler in Ungarn siehe den Bericht von Gallup, Budapest März 1990.

**Tabelle 2: Parteipräferenzen nach Wohnort**  
(Landesweite Stichproben, September–November 1989; Ergebnisse in Prozent)

Parteien	Budapest	Provinzstädte	Dörfer
Bund Junger Demokraten	27	48	25
Partei der Kleinlandwirte	14	21	65
Christlich-Demokratische Volkspartei	11	50	39
Ungarisches Demokratisches Forum	24	48	28
USAP	7	40	53
USP	19	37	44
Sozialdemokratische Partei	30	37	33
Bund Freier Demokraten	36	47	17

Quelle: Vier landesweite Umfragen des Nationalen Instituts für Meinungsforschung, die zwischen 15. September und 2. November 1989 durchgeführt wurden; Ergebnisse in Hang-Suly, Nr. 8–9, November–Dezember 1989, S. 36.



**Tabelle 3: Parteipräferenzen nach Altersgruppen**  
(Landesweite Stichproben, Februar-März 1990; Ergebnisse in Prozent)

Parteien	18 - 29	30 - 39	40 - 49	50 - 59	60 +
Bund Junger Demokraten	45,2	19,0	21,4	3,6	10,7
Partei der Kleinlandwirte	7,1	21,2	16,2	22,2	33,3
Christlich-Demokratische Volkspartei	10,3	10,3	15,4	17,9	46,2
Ungarisches Demokratisches Forum	14,7	34,6	17,6	17,9	16,8
USAP	—	6,7	6,7	33,3	53,3
USP	7,2	21,7	20,3	21,7	29,0
Sozialdemokratische Partei	12,0	16,0	10,0	24,0	38,0
Bund Freier Demokraten	25,1	30,5	23,5	12,3	8,6

**Tabelle 4: Parteipräferenzen von Berufsstatusgruppen**  
(Landesweite Stichproben, Februar-März 1990; Ergebnisse in Prozent)

Berufsstatusgruppen	BJD	PKLW*)	CDVP	UDF	USP	SDP**)	BFD
Manager, leitende Angestellte	5,4	4,3	4,3	22,8	18,5	4,3	18,5
Höhere Angestellte, geistige und technische Intelligenz	3,9	7,8	3,9	26,2	5,8	1,9	35,9
ausführende Angestellte	10,1	2,9	1,4	21,7	8,0	4,3	26,8
Facharbeiter	13,5	8,6	2,7	27,9	4,1	6,8	21,2
ungelernte Industriearbeiter	7,4	16,3	5,9	15,3	7,9	9,9	14,9
ungelernte Landarbeiter	5,0	30,0	5,0	2,5	2,5	2,5	10,0

\*) Partei der Kleinlandwirte  
\*\*) Sozialdemokratische Partei

**Tabelle 5: Parteipräferenzen nach Einkommen**  
(Landesweite Stichproben, Februar-März 1990; Ergebnisse in Prozent)

Parteien	höheres Einkommen		mittleres Einkommen		niedriges Einkommen	
	*)	**)	*)	**)	*)	**)
Bund Junger Demokraten	5,3	(7,0)	5,5	(8,9)	5,3	(12,1)
Partei der Kleinlandwirte	7,0	(7,4)	6,8	(9,6)	14,0	(16,2)
Christlich-Demokratische Volkspartei	1,6	(2,1)	5,5	(5,3)	4,5	(4,9)
Ungarisches Demokratisches Forum	23,9	(25,2)	18,8	(20,3)	12,5	(16,2)
USP	5,8	(7,4)	8,7	(8,9)	5,7	(5,7)
Sozialdemokratische Partei	5,3	(6,6)	4,0	(6,1)	1,5	(3,4)
Bund Freier Demokraten	28,0	(26,9)	16,8	(17,8)	20,8	(19,6)
Werden nicht wählen	2,1	(2,1)	3,3	(3,8)	6,8	(6,8)

\*) Wahlabsichten bezüglich der Parteilisten.  
\*\*) Wahlabsichten bezüglich der von einer Partei unterstützten Einzelkandidaten.

Quelle für Tabellen 3–5: Vorwahlumfrage von Gallup, Budapest (Februar-März 1990). Ich danke Prof. Elemér Hankiss vom Institut für Soziologie der Ungarischen AdW dafür, daß er mir freundlicherweise einige der Umfrageergebnisse zur Verfügung stellte.



Betrachtet man die sozioökonomischen Merkmale der Anhängerschaft der sechs führenden, im Parlament vertretenen Parteien, so tritt in einigen Punkten eine wichtige Aufspaltung zutage. Die Mehrheit der wohlhabenden und gebildeten ungarischen Wähler hat sich für die Unterstützung dreier Parteien entschieden: des BFD, des UDF und der USP. Die weniger gebildeten „Habenichtse“ unterstützen die Partei des unteren Mittelstandes auf dem Lande, die Partei der Kleinlandwirte, sowie die sozialdemokratische Volkspartei und – in diesem Falle allerdings eher aus generationsbedingten denn aus ökonomischen Beweggründen – den BJD. Auf jeden Fall aber ist es schwierig, die bemerkenswerten Wahlergebnisse der Partei der Kleinlandwirte lediglich anhand sozioökonomischer Merkmale der Anhängerschaft dieser Partei zu erklären. Es läßt sich vermuten, daß die von der Partei der Kleinlandwirte im Normalfall mobilisierbare Anhängerschaft in den Kleinstädten und Dörfern Ungarns für sich allein genommen die Zahl von 570 000 Stimmberechtigten nicht erreicht. Es müssen also das Thema des Landbesitzes und das Wahlkampfversprechen der Partei gewesen sein, die Besitzverhältnisse auf dem Lande auf die Situation vor 1947 zurückzuführen, die ansonsten politisch passive Bürger in signifikantem Umfang am 25. März zur Stimmabgabe veranlaßt haben.

Für den Zeitraum zwischen Dezember 1989 und März 1990 lassen sich die folgenden wesentlichen Trends bei den Präferenzen der Wähler feststellen:

– Zwischen November 1989 und Mitte Februar 1990 stieg die Beliebtheit des BFD von 9 auf 23 Prozent steil an. Mitte März hatte die Kampagne des BFD an Schwung verloren, und seine Unterstützung in der Öffentlichkeit nahm ab – zunächst (bis 25. März) um etwa fünf und später (bis 8. April) noch um einige weitere Prozentpunkte.

– Das UDF schien nach dem November-Referendum, dem es sich widersetzt hatte, zunächst an Schwung verloren zu haben. Ab Mitte Februar führten dann eine geänderte Wahlstrategie, die stärkere Betonung der christlich-nationalen Identität der Partei und in geringerem Ausmaß die März-Ereignisse in Rumänien zu dem Wahlsieg des UDF im ersten Wahlgang.

– Der Partei der Kleinlandwirte gelang es, die Wähler auf dem Lande zu mobilisieren – wahrscheinlich waren dies in manchen Fällen die gleichen Wähler, die im März 1989 die alte USAP unterstützt hatten. Die zeitverzögerte Reaktion der ländlichen Bevölkerung auf die radikale Politik der Großstädte Ungarns, eindeutig nationalistische Wahlkampfversprüche und der wirksame Einsatz von Fernsehwerbung waren die wesentlichen Gründe

für den kometengleichen Aufstieg der Partei der Kleinlandwirte aus dem Mittelfeld bis fast an die Spitze der Parteienliste am Ende des Wahlkampfes.

– Die USP konnte sich eines – dazu noch zweifelhaften – Nutzens aus der Unterstützung professioneller amerikanischer Wahlkampfberater erfreuen, aber nicht von der Geschichte ihrer diskreditierten Vorgängerin distanzieren. Der Prozeß der politischen Mobilisierung der Wählerschaft, der tendenziell zu einer Abkoppelung führender politischer Persönlichkeiten von ihren jeweiligen Parteien führte, machte es der USP unmöglich, aus der persönlichen Beliebtheit des amtierenden Staatspräsidenten Mátyás Szűrös, des Premierministers Miklós Németh, des Außenministers Gyula Horn und des Staatsministers Imre Pozsgay Nutzen zu ziehen. So landete die USP schließlich auf dem vierten Platz. Von den durch die USP unterstützten Kandidaten für die Persönlichkeitswahl in den Einzelwahlkreisen überlebten nur Szűrös und Németh das Urteil des Volkes über ihre Partei.

– Der Platz des BJD in der Wählergunst schwankte zunächst zwischen sieben und 13 Prozent und pendelte sich Anfang März bei sieben Prozent ein. Wenn diese Partei dem Schicksal der Sozialdemokraten entging, so war dies auf den neuen politischen Stil zurückzuführen, den sie in den Wahlkampf eingebracht hatte. Eine offene Sprache, eine zwar jugendliche, aber verantwortungsbewußte Wahlkampfretorik und die Annahme der Schuldlosigkeit an den Fehlern der älteren Generation sprachen nicht nur junge Menschen, sondern auch ältere Ungarn in besonderer Weise an. Für den BJD waren die „Stimmen der Großeltern“ eine große Hilfe; das gleiche gilt für die absichtlich abgesetzte Position im Verhältnis zu dem älteren „ideologischen Verwandten“, dem BFD.

– Die Gründe für das vergleichsweise gute Abschneiden der Christdemokraten in den Wahlen erscheinen einigermaßen mysteriös. Während sie bei früheren Meinungsumfragen nie mehr als fünf Prozent erreichte, erzielte die Partei immerhin im Endergebnis der Listenwahlen 6,46 Prozent und konnte insgesamt die gleiche Anzahl von Abgeordneten ins Parlament entsenden wie der BJD. Nun ist die CDVP eine katholische Partei in einem Land mit einem katholischen Bevölkerungsanteil von über 60 Prozent. Wohin gingen dann aber die katholischen Wählerstimmen?

Die beste Erklärung läßt sich möglicherweise in der Tatsache finden, daß angesichts des Fehlens einer populären und respektierten katholischen Hierarchie die meisten Katholiken ihren Einkommensverhältnissen und ihrem Bildungsstand entsprechend



abstimmten und dabei das UDF, die Partei der Kleinlandwirte und wahrscheinlich auch den BFD unterstützten. Auf jeden Fall waren die Gemeindepfarrer von ihren kirchlichen Vorgesetzten angewiesen worden, sich im Wahlkampf neutral zu verhalten; erst gegen dessen Ende entschieden sich einige Geistliche dafür, ihre Gläubigen zur Unterstützung der CDVP aufzufordern. Diese Wahlhilfe in letzter Minute reichte aus, um der Partei über die Vierprozenthürde zu helfen, war jedoch nicht genug, um die Positionen anderer christlich-national orientierter Parteien zu gefährden.

— Übereinstimmend wird die Auffassung vertreten, daß das unerwartet schlechte Abschneiden der SDPU in erster Linie auf eine ganze Serie katastrophaler Fehlkalkulationen und Wahlkampfpannen zurückzuführen ist. Nachdem die Partei in Meinungsumfragen ursprünglich bei zehn Prozent gelegen hatte, ging dieser Anteil bis Anfang 1990 auf fünf Prozent zurück. Selbstzerstörerische Konflikte zwischen der alten Garde der Partei und ihren jüngeren Mitgliedern, ideologische Orientierungslosigkeit und die bemerkenswerte Unfähigkeit der Parteivorsitzenden waren die wichtigsten Gründe für das enttäuschende Wahlergebnis. Am Ende liefen die Stammwähler der Partei zum BFD, zum BJD und wahrscheinlich auch zum UDF über.

Für die Mehrheit der ungarischen Wähler war vermutlich das befriedigendste Einzelergebnis der März-Wahlen das Verschwinden der USAP als parlamentarische Partei. Der Zusammenbruch von vier benachbarten kommunistischen Parteistaaten und Gorbatschows Schwierigkeiten in der UdSSR waren für die USAP keineswegs hilfreich. Das glei-

che gilt für die Weigerung ihrer Führung, gemeinsam mit elf anderen ungarischen Parteien und Wahlbündnissen im März 1990 gegen die Behandlung der ungarischen Volksgruppe in Siebenbürgen durch das rumänische Regime zu protestieren. Die USAP stellt sich somit 1990 als politische Leiche ohne große Aussicht auf eine Wiederbelebung der nahen Zukunft dar.

Betrachtet man den Trend in den öffentlichen Perceptionen der alten und neuen politischen Parteien Ungarns, so beeindruckt der frühzeitige Aufstieg und das spätere Stehvermögen der sechs führenden politischen Parteien des Landes. Im Gegensatz zu seinen Nachbarn im übrigen Osteuropa hatte das ungarische Volk genügend Zeit und mehrfach Gelegenheit, die Parteien, ihre Führer und Programme<sup>20)</sup> sowie ihr Verhalten im Wahlkampf zwölf Monate lang vor den Wahlen auf den Prüfstand zu stellen und sich ein Urteil zu bilden. Einzelne Ereignisse wie z. B. die Nachwahlen des Sommers 1989, die ersten Schritte zur institutionellen Umwandlung Ungarns in einen Rechtsstaat, der Zusammenbruch des Regimes Ceausescu, das ermutigende Beispiel der nationalen Befreiungsbewegungen der baltischen Nationen und der Ausgang der Wahlen in der DDR haben alle zu den Ergebnissen der Wahlen vom März 1990 beigetragen. Auf jeden Fall jedoch bleibt als wichtigster Punkt festzuhalten, daß äußere Ereignisse — so wichtig sie auch gewesen sein mögen — bei der im wesentlichen hausgemachten Serie von Entwicklungen, welche die ausgehandelte Revolution des Jahres 1990 in Ungarn prägten, nur eine untergeordnete Rolle gespielt haben.

## VI. Die Märzahlen 1990

Am 25. März 1990 nahmen 5 083 086 Menschen — d. h. etwa 65 Prozent der Wahlberechtigten — an den landesweiten Wahlen teil und gaben ihre Stimmen für regionale Kandidatenlisten der Parteien ab. Etwas weniger, nämlich etwa 61 Prozent der Wahlberechtigten, bedienten sich ihrer Zweitstimme, um in einem der 176 Wahlbezirke des Landes einen Einzelkandidaten zu wählen.

Zwölf Parteien hatten die Voraussetzungen für die Aufstellung landesweiter Kandidatenlisten erfüllt. Einer etwas größeren Zahl von Parteien war es gelungen, Wahllisten auf Kreis- oder regionaler Ebene aufzustellen. Alle Parteien, die mindestens 750 Unterschriften für die Unterstützung ihres Kandidaten aufweisen konnten, durften dessen Namen auf dem Wahlzettel des betreffenden Wahlkreises unterbringen. Insgesamt bewarben sich 1614 parteigestützte oder unabhängige Kandidaten in den einzelnen Wahlkreisen.

Über 90 Prozent aller Kandidaten waren Männer; wie aus den von den Kandidaten veröffentlichten Wahlbiographien hervorgeht, handelte es sich überwiegend um ortsansässige, männliche Akademiker mittleren Alters, die nicht Mitglieder der alten USAP gewesen waren. Um die Kandidatur besonders wichtiger Politiker abzusichern, setzten die größeren Parteien deren Namen zusätzlich (oder alternativ) zu ihrer Aufstellung im örtlichen Wahlkampf auch auf die Kandidatenlisten auf Kreis- und nationaler Ebene<sup>21)</sup>. Auf jeden Fall traten bei den

<sup>20)</sup> Die autorisierten Fassungen der Programme der größten politischen Parteien sind enthalten in S. Kurtán/P. Sándor/L. Vass (Hrsg.), (Anm. 5), 491–618.

<sup>21)</sup> Eine Liste der unabhängigen und der von einer Partei unterstützten Kandidaten enthält Népszabadság vom 10. Februar 1990. Die vollständigen Kandidatenlisten (1 007 Namen) der zwölf führenden Parteien auf nationaler Ebene finden sich in Magyar Nemzet vom 2. März 1990.



Wahlen am 25. März mehr als 2 500 Ungarn mit dem erklärten Ziel an, ins Parlament einzuziehen; die Anzahl der Staatsbürger, die sich als Wahlhelfer betätigten, betrug mindestens das Zehnfache.

Das Wahlgesetz<sup>22)</sup> bestand aus folgenden Elementen:

a) einem komplizierten Vorprüfungsmechanismus, wozu u. a. die Registrierung der Parteien und das Sammeln von 750 Zustimmungserklärungen für jeden in einem Einzelwahlkreis aufgestellten Kandidaten gehörten;

b) einer weiteren Zwischenstufe, welche die Einteilung der Parteien nach örtlicher, regionaler und nationaler Ebene je nach Anzahl und Verteilung

ihrer erfolgreich nominierten Einzelkandidaten zum Zweck hatte;

c) einem Mischsystem aus Direktwahl (176 Einzelmandate) und der indirekten Wahl von Kandidaten für 152 „Kreis-“ und 58 „nationale“ Listenplätze<sup>23)</sup>.

Ziel dieses komplizierten Wahlsystems war es, einen Ausgleich zwischen örtlichen, regionalen und nationalen Parteiinteressen herbeizuführen und gleichzeitig die Regierbarkeit des Landes (durch die Vierprozenthürde bei den für die Parteiliste abgegebenen Stimmen) zu gewährleisten.

Die Wahlen am 25. März brachten folgende Ergebnisse:

<sup>22)</sup> Vgl. zum Zustandekommen des Wahlgesetzes Anna Richter (Hrsg.), 'Ellenzéki Kerekasztal. Portrévázlatok (Der Runde Tisch der Opposition — Biographische Skizzen)', Budapest 1990.

<sup>23)</sup> Die Details der ungarischen Wahl-Mathematik sind erklärt in T. Bogdán u. a. (Anm. 13), S. 66—93.

**Tabelle 6: Wahlergebnis vom 25. März 1990**  
(Stimmen für die Parteilisten)

Politische Parteien/Wahlbündnisse	Gültige Stimmen	Prozent
Ungarisches Demokratisches Forum	1 214 359	24,73
Bund Freier Demokraten	1 050 799	21,39
Unabhängige Partei der Kleinlandwirte	576 315	11,73
Ungarische Sozialistische Partei	535 064	10,89
Bund Junger Demokraten	439 649	8,95
Christlich-Demokratische Volkspartei	317 278	6,46
Ungarische Sozialistische Arbeiterpartei	180 964	3,68
Ungarische Sozialdemokratische Partei	174 434	3,55
Agrarverband	154 004	3,13
Unternehmer-Partei	92 689	1,89
Patriotisches Wahlbündnis	91 922	1,87
Ungarische Volkspartei	37 047	0,75
Ungarische Partei der Grünen	17 951	0,36
Nationale Partei der Kleinlandwirte	9 944	0,20
Christliches Wahlbündnis im Komitat Somogy	5 966	0,12
Ungarische Genossenschafts- und Agrar-Partei	4 945	0,10
Unabhängige Ungarische Demokratische Partei	2 954	0,06
Freiheitspartei	2 814	0,06
Ungarische Unabhängigkeitspartei	2 143	0,04
<b>Gesamt</b>	<b>4 911 241</b>	<b>100,00</b>

Die Vierprozentklausel entsprach 196 449 Stimmen.

Quelle: Ungarische Presseberichte (3. April 1990).



1. Auf die sechs stärksten Parteien entfielen 84,15 Prozent der für Parteilisten abgegebenen Stimmen. Die alte USAP, die Sozialdemokraten, die „trojanischen Wahlpferde“ des alten Regimes sowie mehrere kleinere Parteien erhielten nicht genügend Stimmen, um sich für eine Vertretung im Parlament zu qualifizieren.

2. Der relative Anteil der Stimmen, die für die drei christlich-nationalen Parteien abgegeben wurden, betrug 42,92 Prozent; auf die zwei neodemokratischen Parteien entfielen 30,34 Prozent und auf die Sozialisten 10,89 Prozent. Das anfängliche Kräfteverhältnis der drei Parteigruppierungen untereinander erlaubte vorläufige Rückschlüsse auf die parteipolitischen Präferenzen auf nationaler Ebene und trug somit in einer Art „Dominoeffekt“ dazu bei, die Unterstützung der Wähler zugunsten der Gewinner der ersten Runde umzuverteilen.

3. Bei den Verlierern handelte es sich überwiegend um Parteien des linken Flügels sowie um entweder rechtsorientierte oder auf Einzelthemen zielende Parteien wie z. B. die ungarischen Grünen. Daraus hätte man – wie sich später herausstellte: fälschlicherweise – schließen können, daß die im ersten Wahlgang für die USAP und die SDPU abgegebenen Stimmen im zweiten Wahlgang unschwer der USP zufallen könnten.

Ein weiteres wichtiges Ergebnis der Wahlen vom 25. März war ebenfalls alles andere als schlüssig im Hinblick auf den Ausgang der zweiten Stimmabgabe. Bei 176 Kandidaturen in Einzelwahlkreisen gelang es nur fünf Kandidaten, mehr als 50 Prozent zu erzielen und sich somit direkt den Einzug ins Parlament zu sichern<sup>24)</sup>.

Nach den Ergebnissen der Märzwahl wurde der zweite Wahlgang in erster Linie zu einem Duell zwischen UDF und BFD.

Das allgemeine Ergebnis dieser ersten Wahlrunde gestattete vier Feststellungen hinsichtlich der weitreichenden Auswirkungen:

1. Das ungarische Volk hat sich mit einer großen Mehrheit dafür entschieden, das System auszuwechseln. Ob dies nun als eine Protestwahl oder als positive Unterstützung der Programme der parlamentarischen Parteien zu werten ist, läßt sich aufgrund der Stimmenanteile für die Parteilisten nicht schlüssig entscheiden.

2. Mit ihrer Weigerung, prominente Persönlichkeiten bereits im ersten Wahlgang mit der erforderlichen Mehrheit auszustatten, bewiesen die Wähler ein hohes Maß an Identifizierung mit den Parteien und somit auch ihre Präferenz für politische Organisationen im Vergleich zu politischen Persönlichkeiten. Die Umorientierung der ungarischen Wähler seit Sommer 1989 ist als überzeugender Beweis für das Entstehen einer themenbewußten und teilsfähigen Wählerschaft in Ungarn anzusehen.

3. Die eindeutige Absage der Wähler an die Adresse der Parteien und politischen Symbole des kommunistischen Parteistaats ging Hand in Hand mit der Unterstützung für die sozialistischen, liberal-demokratischen, christlich-nationalen und konservativen Parteien – ein politisches Spektrum also, das von links bis zu Mitte-Rechts-Orientierungen reicht.

4. 439 649 ungarische Wähler entschieden sich für den BJD, für eine Partei, deren Mitglieder im Durchschnitt nicht älter als 35 Jahre sind. Ursache hierfür war wohl die „Politik der neuen Art“ des BJD – eine Politik der Aufrichtigkeit, der offenen Worte und der ideologischen Integrität.

## VII. Die Aprilwahlen 1990

Am 8. April 1990 beteiligten sich dreieinhalb Millionen Menschen, d. h. etwa 45 Prozent der Wahlberechtigten, an der zweiten Runde der Parlamentswahlen und entschieden dabei über 171 Einzelwahlkreise. Gleichzeitig ergab sich aus dem zweiten Wahlgang die endgültige Verteilung der Mandate aufgrund regionaler und landesweiter Parteilisten.

Nachdem die Ergebnisse des ersten Wahlgangs vorlagen, veränderte sich auch die Natur des politi-

schen Einsatzes, der auf dem Spiel stand. Aus der Sicht des ungarischen Volkes waren die Zerstörung des alten und der Aufbau eines neuen Systems miteinander verbundene, jedoch unterschiedliche Aufgaben. Diejenigen Parteien, die sich – wie speziell der BFD – in unermüdlichen Angriffen gegen das alte Regime und seine Nachfolgeparteien einschließlich der USP besonders hervorgetan hatten, wurden nunmehr, nachdem diese Arbeit mit der Märzwahl getan war, hinsichtlich ihrer Fähigkeit zum Aufbau eines neuen politischen Systems in einem anderen Licht gesehen. Dies betraf ganz besonders das Denken der politisch Heimatlosen –

<sup>24)</sup> Zu ihnen gehörte auch Premierminister Miklós Németh, der sich als Unabhängiger zur Wahl gestellt hatte.



Tabelle 7: Verteilung der Parlamentssitze

Parteien	Mandate durch					Gesamt	Prozent
	Einzelwahlkreise, erste Runde	Parteilisten regional	Einzelwahlkreise, zweite Runde	Parteilisten landesweit			
UDF	3	40	111	10	164	42,49	
BFD	—	34	35	24	93	24,09	
Kleinlandwirte	—	16	11	16	43	11,14	
USP	—	14	1	18	33	8,55	
BJD	—	8	1	12	21	5,44	
CDVP	—	8	3	10	21	5,44	
Agrarverband	—	—	2	—	2	0,52	
Unabhängige	2	—	4	—	6	1,55	
Von mehreren Parteien unterstützte Kandidaten	—	—	3	—	3	0,78	
Gesamt	5	120	171	90	386	100,00	

Quellen: Heti Világgazdaság, 14. April 1990; Népszabadság, 10. April 1990, Magyar Közlöny, Nr. 44, 13. Mai 1990.

ast 464 000 Wähler der USAP, des „Agrarverbandes“, des „Patriotischen Wahlbündnisses“ und der Ungarischen Volkspartei“ sowie in geringerem Maße jene 535 064 Wähler, die ihre Stimme in der ersten Runde der USP gegeben hatten. Damit soll angedeutet werden, daß es zwischen den beiden Wahlgängen eine politisch nicht festgelegte Masse von etwa 1 000 000 Wahlberechtigten gab. Zwar entschlossen sich viele von ihnen, am 8. April zu Hause zu bleiben, aber möglicherweise gaben bis zu 1 000 000 ihre Stimme ab – und zwar wahrscheinlich zugunsten des „kleineren Übels“, nämlich des UDF, das 1 460 838 Stimmen und damit 240 000 mehr als am 25. März erhielt.

Wie das UDF, die Partei der Kleinlandwirte und die CDVP in einer Erklärung nach dem ersten Wahlgang feststellten, waren diese Parteien „natürliche“ Bündnispartner. Das gemeinsame Etikett „christlich-national“ paßte auf alle drei und nahm gleichzeitig die gesamte Mitte des ideologischen Spektrums in Beschlag. Der BFD stand daher vor der wenig beneidenswerten Aufgabe, die eigene Identität und die Art seines zerbrechlichen Wahlbündnisses mit dem BJD für die zweite Runde anders als im „christlich-nationalen“ Sinne zu definieren und dennoch für die Wähler attraktiv zu bleiben. In dieser Hinsicht hatte die USP, die sich mit ihrer Rolle als unerwünschter Koalitionspartner der übrigen fünf Parteien mehr oder weniger abgefunden hatte, keine Probleme.

Worin liegen die Ursachen für den Wahlausgang? Das wichtigste Ziel bei der zweiten Wahlrunde war

die Errichtung eines neuen politischen Systems. Und genau zu diesem Zeitpunkt kamen die Bündnisstrategien der beiden Parteien und das politische Image ihrer Führer ins Spiel. Während die christlich-nationalen Parteien keine Schwierigkeiten bei der Bestimmung ihrer gemeinsamen ideologischen Identität und bei der Schaffung eines Wahlbündnisses mit austauschbaren Wählerblöcken für die zweite Runde hatten, war das Wahlbündnis zwischen BFD und BJD eine „Vernunftfehde“ zweier Parteien, die nicht über transferierbare Wählerblöcke verfügten. Wie die Ergebnisse des zweiten Wahlgangs zeigen, war es unmöglich, diese Gruppen zu einem vereinigten Wählerblock zusammenzuführen. In den 13 Wahlkreisen, wo eine der beiden Parteien ihren Kandidaten zugunsten der anderen zurückzog, gelang es nur in einem Fall, damit einen Erfolg für den Kandidaten des BJD herbeizuführen. In den übrigen zwölf Wahlkreisen gewann entweder das UDF oder die Partei der Kleinlandwirte<sup>25)</sup>.

Die spezifischen Resultate der zweiten Wahlrunde weisen darüber hinaus auf drei weitere Aspekte hin:

1. Die Wählerbasis des BFD blieb in beiden Wahlgängen praktisch die gleiche.
2. Im ersten Wahlgang lag das UDF in 79 Wahlkreisen und der BFD in 63 Wahlkreisen an erster Stelle. Zwei Wochen später konnte das UDF seinen Vor-

<sup>25)</sup> Népszabadság vom 10. April 1990.



sprung deutlich vergrößern, als es insgesamt 114 Einzelmandate errang, während der BFD in 28 Fällen seinen Vorsprung verlor und schließlich in nur 35 Einzelwahlkreisen die Gewinner stellte<sup>26)</sup>.

3. Zahlreiche Spitzenvertreter der Parteien — und dies insbesondere der beiden liberal-demokratischen — mußten in den Einzelwahlkreisen beschämende Niederlagen gegen unbekannte oder jüngere Gegenkandidaten hinnehmen<sup>27)</sup>.

## VIII. Die demokratische Herausforderung: Möglichkeiten und Grenzen

Welche politischen Konsequenzen ergeben sich aus den ungarischen Wahlen vom März und April 1990?

Die Regierungskoalition verfügt über 59 Prozent der Stimmen im Parlament. Unter anderen Gegebenheiten wäre eine einfache Mehrheit völlig ausreichend für die Verwirklichung der alltäglichen gesetzgeberischen Ziele der Regierung. Die vorhandene Regierungsmehrheit erreicht jedoch nicht jene zwei Drittel der Stimmen, die für Verfassungsänderungen sowie für die Änderung von Gesetzen mit „verfassungsähnlichem Charakter“ erforderlich sind. So wäre es z. B. für die Regierung Antall unvorstellbar gewesen, die Wahl des Präsidenten der Republik auf dem Wege einer Volksabstimmung (wie dies nach geltendem Recht vorgesehen ist) zuzulassen. Aufgrund einer Absprache zwischen UDF und BFD wurde daher der Präsident vom Parlament gewählt. In der logischen Fortführung dieser Überlegung lag es, daß sich das Forum schlauerweise mit der Nominierung von Arpád Göncz vom BFD zum Parlamentspräsidenten und amtierenden Präsidenten Ungarns als Gegenleistung für die Nominierung von György Szabád (UDF) zum Stellvertretenden Parlamentspräsidenten einverstanden erklärte. Gemäß dieser Absprache wurden beide dann auch zum Präsidenten der Republik Ungarn bzw. zum Parlamentspräsidenten gewählt.

Alle Oppositionsparteien haben öffentlich ihre Bereitschaft erklärt, eine konstruktive Rolle zu übernehmen und die Regierung in allen Angelegenheiten zu unterstützen, die „im Interesse Ungarns“ liegen. Um allerdings die Politik der neuen Regierung beeinflussen zu können, müssen die Oppositionsparteien ihre Anhängerschaft zusammenschließen. Während dies den Jungen Demokraten, die vereint aus den Wahlen hervorgingen, zu gelingen scheint, stehen den Aprilwahlverlierern BFD und USP jedoch noch innerparteiliche Streitigkeiten bevor.

<sup>26)</sup> Beszéló, Nr. 14, vom 14. April 1990, S. 5 und S. 20. Am schmerzlichsten für den BFD war wohl die völlige Umkehrung der Märzergebnisse in Budapest. (Mandatsverteilung im März: 20 BFD/12 UDF; im April: 9 BFD/23 UDF).

Man könnte hieraus folgern, daß es dem parlamentarischen Block aus UDF, Partei der Kleinlandwirte und CDVP leicht fallen müßte, die Opposition in Schach zu halten. Dies muß sich aber keineswegs zwangsläufig ergeben<sup>28)</sup>. Zunächst einmal sind die 114 Abgeordneten des UDF eine heterogene Gruppe. Die potentiell miteinander in Konflikt stehenden Interessen von städtisch, ländlich, industriell, landwirtschaftlich, national und „europäisch“ orientierten Abgeordneten müssen sich erst noch auf dem Prüfstand stürmischer Haushaltsdebatten über die Mittelzuweisungen für örtliche, regionale und landesweite Zwecke bewähren.

Die Kleinlandwirte sind sich sowohl als Partei als auch als Parlamentsfraktion nach wie vor uneinig über Personalpolitik und Grundsatzfragen und werden für das UDF möglicherweise ein nicht unbedingt zuverlässiger Partner sein. Über den gegenwärtigen Zustand innerhalb der CDVP ist wenig bekannt, jedoch besteht wenig Veranlassung dazu, an der Loyalität der Partei gegenüber der Regierungskoalition zu zweifeln.

Ungarn sieht sich heute einer Reihe von innenpolitischen und außenpolitischen Problemen (besonders wirtschaftlicher Art) gegenüber, bei deren Lösung parteiübergreifende Initiativen erforderlich sind. Daß Ungarn bereit ist, diese Herausforderungen anzunehmen, haben die Ereignisse seit 1988 bewiesen.

Alles in allem haben nach dem Zusammenbruch des Kádár-Regimes sowohl das Volk als auch die reformorientierte Intelligentsia Ungarns die Gelegenheit beim Schopf ergriffen, demokratische Verhältnisse herzustellen. Es gibt heute eine freige-

<sup>27)</sup> Zu den Verlierern zählen u. a.: Dénes Csengey, István Csurka (UDF); Péter Tölgyessy, Miklós Szabó, Miklós Tamás Gáspár, Ferencz Köszeg (BFD); Imre Pozsgay, Gyula Horn (USP); Viktor Orbán, Gábor Fodor, Tamás Deutsch (BJD).

<sup>28)</sup> Aus den Kommunalwahlen vom 30. September und 14. Oktober, die mit 40 bzw. 30 Prozent Wahlbeteiligung eine gewisse Wahlmüdigkeit der Ungarn signalisierten, gingen gerade die Oppositionsparteien gestärkt hervor. Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 16. Oktober 1990, S. 6.



wählte Regierung unter der Führung fähiger und integrierter Politiker, die — ebenso wie die Führung der Opposition im Parlament — entschlossen sind, Ungarn auf den Weg zurück zu einem Europa der Freiheit des Individuums und der politischen Freiheiten zu führen. Dies wird nicht „das Ende der

Geschichte“, sondern ein Neubeginn für eine Nation sein, die sowohl auf den Barrikaden von 1956 als auch an den Wahlurnen des Jahres 1990 ihren Anspruch begründet hat, ein souveränes Staatswesen freier Menschen in der Gemeinschaft freier Völker zu bilden.



# Die Desintegration des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe

## Neue Perspektiven für die mitteleuropäischen Länder?

Der Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW, auch bekannt als Comecon, Council for Mutual Economic Assistance, wurde Ende Januar 1949, in der Periode des Kalten Krieges, gegründet, in einer Zeit der wachsenden Konfrontation zwischen Ost und West. Sowohl diese äußeren Bedingungen als auch die damalige innenpolitische Situation in der Sowjetunion sowie in den mittel- und osteuropäischen Ländern (intensive Stalinisierung des politischen, ökonomischen und soziokulturellen Lebens) haben großen Einfluß auf den Charakter des RGW ausgeübt. Tatsache ist, daß der RGW Handlanger eines spezifischen politischen Systems war – des der Sowjetunion. Und es war dieses politische System – nicht der RGW selbst –, das in der Vergangenheit Umfang und Formen der wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten bestimmte<sup>1)</sup>.

<sup>1)</sup> In diesem Zusammenhang werden darunter verstanden: die Sowjetunion, Polen, Ungarn, die Tschechoslowakei, Bulgarien, Rumänien und die DDR. Die ersten fünf der genannten Länder waren die Unterzeichnerstaaten des Rates für

*Übersetzung aus dem Englischen: Claudia Kemmer, Bonn*

Man sollte sich daran erinnern, daß eines der grundlegenden Ziele des RGW die Schaffung geeigneter Bedingungen für „gemeinsame Aktivitäten der Mitgliedstaaten“ war, „die ihnen helfen würden, die gemeinsame Aufgabe, d. h. den Aufbau des Sozialismus, zu bewältigen, und sie befähigen sollte, mit vereinten Kräften das ökonomische Diktat des Westens zu überwinden“<sup>2)</sup>.

Gegenseitige Wirtschaftshilfe. Albanien schloß sich 1949 dieser Organisation an (seit 1962 ist es allerdings nur noch inaktives Mitglied des RGW), 1950 die DDR, 1962 die Mongolei, 1972 Kuba und 1978 Vietnam. Neben diesen Vollmitgliedern haben folgende Staaten sogenannte Kooperationsverträge mit dem RGW geschlossen: 1964 Jugoslawien, 1973 Finnland und 1975 Mexiko. Einige Entwicklungsländer wie Afghanistan, Angola, Äthiopien, Nordkorea, Mozambique, Nicaragua und Südjemen genießen ebenfalls eine Art Kooperationsstatus mit dem RGW. Diese Entwicklungsländer einschließlich des zuvor genannten Kuba waren auch die Hauptempfänger der RGW-Entwicklungshilfe an die Dritte Welt.

<sup>2)</sup> Bodgan Reut (Hrsg.), Grundlegende Dokumente des RGW und seiner besonderen Organisationen (polnisch), Warschau 1972, S. 17–21. Vgl. auch Andrzej Wasilkowski, Resolutionen des RGW (polnisch), Warschau 1967; Sandor Ausch, Theory and Practice of CMEA Cooperation, Budapest 1972; Vladimir Sobell, The Red Market. Industrial Cooperation and Specialisation in Comecon, London 1984.

**Tabelle 1: RGW-Staaten (Ausgewählte Indikatoren für das Jahr 1988)**

	Bruttoinlandsprodukt pro Kopf in US-Dollar <sup>1)</sup>	Bevölkerung in Mio.	Gesamt- Bruttoinlandsprodukt in Mrd. US-Dollar
ehemalige DDR	9 360	16,7	156
ČSFR	7 600	15,5	118
UdSSR	5 550	278,8	1 547
Ungarn	6 500	10,6	69
Bulgarien	5 630	9,0	51
Polen	5 540	37,3	207
Rumänien	4 120	22,7	94
Osteuropa <sup>2)</sup>	6 203	111,8	694,5
einschließlich der UdSSR	5 737	390,6	2 241

<sup>1)</sup> Bezogen auf unrealistische, offizielle Wechselkurse nationaler Währungen in Relation zum US-Dollar. Wenn wir z. B. mehr oder weniger realistische Wechselkurse annehmen, d. h. im Falle Polens freie Marktkurse und im Falle der anderen RGW-Staaten Schwarzmarkt-Wechselkurse, so wären diese Angaben wesentlich niedriger. Vgl. auch die ökonomischen Indikatoren, veröffentlicht in: Barclays Economic Review vom Mai 1990, S. 36–37.

<sup>2)</sup> Sechs europäische Comecon-Länder ohne die UdSSR.

Quelle: International Financial Statistics (IMF); Vienna Institute for Comparative Economic Studies; The Amex Bank Review, Nr. 4/1990, S. 3.



In den ersten 15 Jahren seiner Existenz war der RGW jedoch eine nahezu untätige Vereinigung. Während die EWG-Länder ihre Integration auf Prinzipien des Wettbewerbs und der Dynamik durch Harmonisierung der Märkte gründeten, verhielten sich die RGW-Mitglieder eher autark und zeigten wenig Interesse an der Entwicklung von Beziehungen zu westlichen Ländern. Im Gegensatz zur EWG wurde der RGW seit seiner Gründung von nur einem Mitgliedstaat dominiert – von der Sowjetunion. Zu jener Zeit handelte es sich nicht nur um eine wirtschaftliche, sondern vor allem um eine politische und militärische Vormachtstellung. Wie die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit innerhalb des Comecon verteilt war, zeigt Tabelle 1 für 1988.

Widersprüchlich war auch, daß der RGW bis Ende der fünfziger Jahre keine Satzung (d. h. keine allgemeinverbindlichen Regeln und Vorschriften) besaß; erst im April 1960 wurde eine solche ratifiziert. Aber schon zwei Jahre später veränderte man diese Satzung, und seitdem wurde die sogenannte „Koordination der Wirtschaftspläne“ das elementare Instrument, um die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten zu fördern und zu forcieren. Die mitteleuropäischen RGW-Staaten waren sich der Tatsache bewußt, daß die Sowjetunion mit Hilfe dieses Instruments ihren massiven Einfluß – primär – auf die Investitionspolitik der anderen Mitgliedstaaten und damit auf die Schaffung solcher Produktionskapazitäten (-strukturen) ausdehnte, die mit den sowjetischen ökonomischen und strategischen Interessen in Einklang standen, statt mit ihren eigenen nationalen wirtschaftlichen Belangen.

Es war außerdem offensichtlich, daß das andere maßgebliche Ziel sowjetischer Politik – zu diesem Zeitpunkt – darin bestand, RGW-Mitgliedsländer sowohl von sowjetischer Technologie (gemessen an westlichen Standards in hohem Maße veraltet) als auch von sowjetischen Rohstoffen und deren Markt abhängig zu machen. So gesehen hatte sich das traditionelle, räumliche Muster der Handelsbeziehungen aller mittel- und osteuropäischen Länder im Vergleich zur Zwischenkriegszeit drastisch verändert, als diese Länder Handelsbeziehungen hauptsächlich mit Westeuropa statt mit der Sowjetunion und den anderen osteuropäischen Staaten unterhielten.

Vor diesem Hintergrund ist es verständlich, daß besagte Politik der „Koordination der Wirtschaftspläne“ zwischen RGW-Mitgliedern, die nach Meinung sowjetischer Funktionäre supranationalen (transnationalen) Charakters und der in Moskau angesiedelten Planungsmacht untergeordnet sei, von anderen Mitgliedstaaten wie Polen, Rumänien

und Ungarn niemals vollständig gebilligt worden war. Wie Repräsentanten der rumänischen kommunistischen Partei 1964 explizit formulierten, wäre eine solche Planungsautorität mit der Souveränität anderer RGW-Mitgliedstaaten unvereinbar. Der erwähnte Widerstand einiger Mitglieder des Comecon gegen die Schaffung „supranationaler Institutionen“ (Befehlsgewalten) war die Hauptursache dafür, daß alle Entscheidungen und Resolutionen der zentralen Körperschaften des RGW, die vitale Interessen betrafen, nach dem Konsensprinzip (Einstimmigkeitsprinzip) gefällt werden mußten. Auf der anderen Seite enthält Artikel 3 der RGW-Statuten einige Kompromißformeln zwischen Konsens- und Mehrheitsprinzip. Nach dieser Formel sind „solche Entscheidungen und Resolutionen, die nicht mit Interessen der Mitgliedstaaten in Einklang stehen, für diese solange nicht bindend, bis sie daran interessiert sind, daß diese Entscheidungen und Empfehlungen umgesetzt werden“<sup>3)</sup>.

Trotz solcher Kompromißformeln war die Frage der gemeinsamen Politik und der Durchsetzung solcher Entscheidungen, die für alle RGW-Mitgliedstaaten bindend sein sollten, der Hauptanlaß für Unzufriedenheit bis heute, d. h. bis zum stufenweisen Abstieg des Comecon zu einem regionalen, ökonomischen Quasibündnis. Bis heute blieben die Märkte der einzelnen RGW-Mitglieder streng voneinander getrennt und haben ihren nationalen Charakter behalten. In diesem Zusammenhang sollte darauf aufmerksam gemacht werden, daß größere Meinungsverschiedenheiten darüber bestanden, wie der Comecon-Markt funktionieren und welche Kräfte und Mechanismen diese formal integrative Organisation antreiben sollten. Dies schien u. a. die Hauptquelle der Verwirrung für ausländische Investoren zu sein, die sich darum bemühten, eine Joint Venture-Firma auf dem Gebiet nur eines der RGW-Mitgliedsländer zu gründen, um Zugang zu dem ganzen, nahezu nicht existierenden „gemeinsamen“ RGW-Markt zu finden. Im Gegensatz zu den EWG-Staaten billigten die RGW-Länder niemals Pläne, in einer nahen oder fernen Zukunft einen „sozialistischen gemeinsamen Markt“ zu schaffen. Schließlich war dies bis zum Ende der achtziger Jahre nicht das Hauptziel dieser Organisation, die in erster Linie der Umsetzung ideologischer und politischer Vorgaben sowie den politischen Interessen der Sowjetunion diente.

Einige Versuche, die sowohl in den siebziger als auch in den achtziger Jahren unternommen worden waren, zielten auf eine Transformation des RGW.

<sup>3)</sup> Zitiert nach Axel N. Zarges, Europäische Gemeinschaft und Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe. Plädoyer für eine Zusammenarbeit, Bonn 1988, S. 140.



Um nur einige zu nennen: Das sogenannte „komplexe Programm für den technischen und wissenschaftlichen Fortschritt der Comecon-Staaten bis zum Jahr 2000“ und die Resolutionen der 43 Sondersitzungen des RGW, die 1987 in Moskau stattfanden, haben das tatsächliche Gesicht der Organisation nicht im mindesten verändert<sup>4)</sup>. Die Gründe für diesen Zustand lagen sowohl in der geringen

Verhandlungsmacht der kommunistischen Regierungen kleinerer RGW-Länder gegenüber der UdSSR, als auch — in erster Linie — in der Weigerung des dominierenden Partners, ein solches System wirtschaftlicher Zusammenarbeit und Handels innerhalb des RGW zu schaffen, das für alle Länder gleichermaßen wünschenswert und vorteilhaft wäre.

## I. Die Beschaffenheit des Außenhandels von RGW-Staaten

Wie oben bereits ausgeführt basierte das gesamte System wirtschaftlicher Zusammenarbeit innerhalb des RGW auf der Abstimmung der Wirtschaftspläne der Mitgliedstaaten, aber auch auf dem Transferrubel und nicht zuletzt auf dem ökonomischen Diktat, das Moskau seinen mittel- und osteuropäischen Partnern auferlegte. Bevor wir die Eigenart des Comecon-Außenhandels (sowohl des Handels zwischen den RGW-Staaten als auch des Anteils dieser Länder am Welthandel) besprechen, sollte erläutert werden, wie Handelsbeziehungen innerhalb des RGW von der Einführung des Transferrubels 1963, „dessen Vater das fortschrittlichste Land der Welt und dessen Mutter die kommunistische Ideologie waren“<sup>5)</sup>, beeinflusst wurden. Beim Transferrubel handelt es sich nicht um eine gemeinsame Währung des RGW, sondern um eine Verrechnungseinheit, die keine weiteren monetären Funktionen erfüllte. Im gleichen Jahr wurde in Moskau eine besondere Bank gegründet, die Internationale Bank der wirtschaftlichen Zusammenarbeit, die ebensowenig normale Bankfunktionen wahrnahm.

Handelsaktionen zwischen den RGW-Staaten wurden jedoch trotz des Vorhandenseins einer solchen künstlichen „Kollektivwährung“ praktisch auf einer bilateralen Tauschebene statt im Rahmen multilateraler Handelsabkommen abgeschlossen und beglichen. Gewinne in Transferrubel, die aus Geschäften mit einem RGW-Partner stammten, konnten nicht einfach in Güterlieferungen eines anderen umgewandelt, gegen Gold oder womöglich natio-

nale Währungen von RGW-Staaten (weiche Währungen) getauscht werden.

Deshalb sind all jene Comecon-Staaten, die in dieses „seltsame“ Finanzsystem eingebunden sind und die ihre Exporte hauptsächlich auf andere Mitgliedstaaten (insbesondere die Sowjetunion) ausgedehnt haben, nun Gefangene ihrer Gewinne, die in Transferrubel bei der Moskauer Internationalen Bank der wirtschaftlichen Zusammenarbeit angelegt und weder in Güter noch in harte Währungen konvertierbar sind<sup>6)</sup>.

In diesem Zusammenhang sollte daran erinnert werden, daß die Handelsbeziehungen zwischen den RGW-Staaten in der Vergangenheit von der Nachfrage nach sowjetischen Rohstoffen dominiert wurden. Rohstoffe machten den Hauptanteil der Exporte der UdSSR aus, die wiederum gegen handwerkliche und landwirtschaftliche Produkte eingetauscht wurden. Im Durchschnitt bestanden ungefähr zwei Drittel des ost- und mitteleuropäischen Handels bis Ende der achtziger Jahre aus Handelstransaktionen zwischen Comecon-Staaten. Noch 1989 beispielsweise betrug der gesamte Export Osteuropas in andere Comecon-Länder (nichtkonvertibler Bereich, wie in Tabelle 2 gezeigt) 29,4 Mrd. US-Dollar im Vergleich zu 21,6 Mrd. US-Dollar Exporte in OECD-Länder.

Gleichwohl gab es während des stufenweisen Zusammenbruchs des RGW einige Fluktuationen im Handel zwischen der Sowjetunion und den anderen Mitgliedstaaten. In der zweiten Hälfte der achtziger Jahre z. B. betrug der Anteil der Sowjetunion am

<sup>4)</sup> Für eine intensivere Beschäftigung mit der Diskussion dieser Problemereiche siehe Adam Zwass, *The Council for Mutual Economic Assistance: The Thorny Path from Political to Economic Integration*, Armonk, N. Y. 1989; Emil Bej, *The CMEA's attempts at integration: A survey of theory and institutional organization*, in: *Jahrbuch der Wirtschaft Osteuropas*, (1986) 11, 2. Halbband, S. 37–57; Jozef M. van Brabant, *Economic adjustment and the future of socialist economic integration*, in: *Eastern European Politics and Societies*, (1987) 1, S. 75–112.

<sup>5)</sup> Marian Skwara, *Epitaph for Transferable Rouble*, in: *Gazeta Bankowa*, (1990) 31, S. 9. Solche ironischen Darstellungen sind derzeit in der polnischen Presse üblich.

<sup>6)</sup> Für eine ausgedehntere Analyse der Probleme, die mit dem Geld- und Finanzsystem des RGW zusammenhängen, siehe Adam Gwiazda, *Das Währungssystem der RGW-Länder*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 4/86, S. 28–37; Jozef M. van Brabant, *East European cooperation — the role of money and finance*, New York 1977; Enrico Colombatto, *CMEA, money and ruble convertibility*, in: *Applied Economics*, (1983) 4, S. 479–506; Laszlo Csaba, *Three Studies on the CMEA*, Budapest 1985; Pierre Traimond, *Die Konvertibilität des Rubel: Mythos und Realität* (französisch), in: *Revue d'Études Comparatives Est-Quest*, (1990) 1, S. 67–86.



**Tabelle 2: Exporte der Comecon-Länder 1989**

	in OECD-Länder		in Länder mit nicht konvertibler Währung	
	Mrd. US-Dollar	Prozentuale Veränderung pro Jahr 1984–1989	offiziell Mrd. US-Dollar	gewichtet Mrd. US-Dollar <sup>1)</sup>
Bulgarien	0,8	0,5	7,8	3,9
ČSFR	4,0	8,0	13,7	6,8
ehemalige DDR <sup>2)</sup>	2,8	3,2	12,9	6,4
Ungarn	4,2	10,2	4,2	4,2
Polen	6,0	10,4	8,6	4,3
Rumänien	3,9	0,3	7,6	3,8
Gesamt-Osteuropa	21,6	6,8	54,8	29,4
UdSSR	25,1	-0,6	59,8	29,9
Insgesamt	46,7	2,7	114,6	59,3

<sup>1)</sup> Gewichtet, um überbewertete Binnenwechsellkurse in Betracht zu ziehen und um den Handel zwischen den Comecon-Ländern mit dem Handel in harter Währung vergleichen zu können.

<sup>2)</sup> ausgenommen damaliger innerdeutscher Handel

Quelle: wie Tabelle 1 und eigene Berechnungen.

gesamten Handel der Comecon-Länder 51 Prozent. Nach einigen Vorhersagen sollte sich die Wachstumsrate des sowjetisch-osteuropäischen Handels 1985 bis 1990 um 35 Prozent bewegen, während das tatsächliche Wachstum nur 21 Prozent betrug. Nur 1986 steigerte sich der Handelsumsatz zwischen der Sowjetunion und den anderen RGW-Ländern um 6 Prozent verglichen mit dem Vorjahr und erreichte die Marke von 69,1 Mrd. Rubel. Bereits 1987 sank der Wert dieses Umsatzes auf 68,5 Mrd. Rubel, 1988 auf 67,9 Mrd. und 1989 fast auf 66,6 Mrd. Rubel. 1986 war auch das letzte Jahr, in dem die Sowjetunion eine positive Handelsbilanz mit ihren Comecon-Partnern verzeichnete (ca. 2,5 Mrd. Rubel). Schon 1988 war diese Bilanz negativ (2,2 Mrd. Rubel)<sup>7)</sup>.

Geringfügig anders stellte sich die Situation der Handelsbeziehungen zwischen der Sowjetunion auf der einen Seite und den einzelnen Comecon-Ländern auf der anderen Seite dar. Z. B. ergaben sich einige Ungleichgewichte im sowjetisch-ungarischen Handel, dessen Wert 1989 um 7 Prozent niedriger als im Vorjahr war. Trotzdem beträgt der Handel mit der UdSSR noch 40 Prozent des gesamten ungarischen Handels, wobei es allerdings in den letzten drei Jahren mit dem gegenseitigen Austausch von Gütern und Dienstleistungen steil bergab ging. Überdies verzeichnet Ungarn substantielle Gewinne in der Handelsbilanz mit der Sowjetunion

und deshalb stoppte der ungarische Außenhandelsminister im Februar 1990 alle Exporte in die Sowjetunion, um die Anhäufung wertloser Transferrubel zu verhindern. Einen Monat später unterzeichneten beide Staaten ein neues Handelsabkommen, nach dem die Sowjetunion ihr Handelsdefizit mit Ungarn am Ende des Jahres in US-Dollar beglichen wird. Von Beginn des nächsten Jahres an werden alle Handelstransaktionen auf der Basis von Weltmarktpreisen und in harter Währung verrechnet<sup>8)</sup>.

Der Außenhandel Polens hängt ebenso von der Sowjetunion ab und verzeichnete in den letzten Jahren gleichfalls erhebliche Überschüsse in seiner Handelsbilanz und zwar sowohl mit der UdSSR als auch mit anderen Comecon-Ländern (vgl. Tabelle 3). Darin kommt jedoch keineswegs nur die „einseitige Abhängigkeit“ eines kleinen Landes von der Warenlieferung (hauptsächlich Rohstoffe und Brennmaterialien) eines größeren Landes zum Ausdruck, wie es z. B. bei den bulgarisch-sowjetischen Handelsbeziehungen der Fall ist. Abhängigkeiten in Bezug auf Industriegüterlieferungen aus Polen, der Tschechoslowakei, Ungarn und der ehemals Deutschen Demokratischen Republik bestehen nämlich auch für die UdSSR. Polen ist noch immer ein bedeutender Handelspartner für die Sowjetunion, der größte unter den RGW-Mitgliedsländern. Hunderte verschiedener Fabriken in der

<sup>7)</sup> Vgl. Vaclav Lavicka, Sowjetisch-osteuropäischer Handel – weit entfernt von zufriedenstellenden Plänen (tschechisch), in: Hospodarske Noviny, (1990) 23, S. 9.

<sup>8)</sup> Von diesem Jahr an wird es die Sowjetunion sein und nicht Ungarn, die einen substantiellen Überschuss von 1,2 bis 1,8 Mrd. US-Dollar in ihrer Handelsbilanz erreichen wird.



Sowjetunion sind von polnischen Firmen mit polnischer Technologie gebaut worden, weshalb viele Güter aus Polen importiert werden müssen (einschließlich der Ersatzteile, die kaum durch Importe aus anderen Ländern ersetzt werden können), um die Produktion aufrechtzuerhalten und zu erweitern. Inzwischen weigert sich die Sowjetunion, bestimmte Maschinentypen von polnischen Firmen zu

kaufen, unter dem Vorwand, ihre Technologie sei veraltet. Aber diese Maschinen wurden nach sowjetischen Lizenzen gebaut, die Polen nolens volens von der Sowjetunion innerhalb des Rahmens der erwähnten „Koordinierung der Wirtschaftspläne“ und der RGW-Arbeitsteilung bei der Produktion kaufen mußte. D. h. sie waren ausdrücklich für den sowjetischen Markt hergestellt worden.

**Tabelle 3: Der Handel Polens 1989 mit anderen Comecon-Länder im Vergleich zu 1988**

	Exporte in Prozent	Importe in Prozent	Handelsbilanz	
			1988	1989
			in Millionen sowjetischer Rubel	
UdSSR	+ 2,1	-11,3	+903,8	+1 745,2
ČSFR	+ 5,8	+ 7,4	+ 81,1	+ 59,8
ehemalige DDR	+ 9,8	- 0,6	- 46,2	+ 88,5
Ungarn	-14,5	-11,8	+ 90,5	+ 61,8
Bulgarien	- 8,7	-14,8	+110,7	+ 130,4
Rumänien	- 1,5	-20,1	- 50,3	+ 26,8

Quelle: Zycie gospodarcze, Nr. 2/1990.

Dieses kontroverse Thema ist keineswegs das bedeutendste Problem in den Handelsbeziehungen, doch ist es bis zu einem gewissen Grad beispielhaft für das Verhalten der Sowjetunion gegenüber ihren RGW-Handelspartnern im Rahmen des Modells „sozialistischer“ internationaler wirtschaftlicher Zusammenarbeit. Die Hauptkontroverse, die die gesamten Binnenhandelsbeziehungen zwischen den RGW-Staaten betrifft, entzündet sich an den Gewinnen und Verlusten in den bisherigen Handelsgeschäften, bedingt durch die Beibehaltung des hochgradig künstlichen und für die europäischen Mitglieder des RGW unvorteilhaften Preis- und Verrechnungssystems. Die Sowjetunion behauptet – in gewissem Maße berechtigterweise –, daß der Comecon-Handel für sie nicht profitabel ist. Die verschiedenen Repräsentanten Polens und anderer mitteleuropäischer Länder argumentieren hingegen, daß man in diesem Zusammenhang nicht allein auf der Basis „rein monetärer Überlegungen“ danach fragen kann, wem alles zugute kam und wer nur verloren hat. Mit anderen Worten: Während der gesamten Nachkriegsperiode hatten die Polen und andere mitteleuropäische Länder eine Menge mehr zu zahlen als die Sowjetunion, nicht nur in Form von Geld, sondern auch in Form von Zwangsinvestitionen, Belastungen der Umwelt und aufgezwungener veralteter Technologie<sup>9)</sup>.

Selbst wenn man eine Analyse auf der Basis von Geldwerten vornimmt, kann man beweisen – gerade am Beispiel des polnisch-sowjetischen Handels, aber genauso gut für den tschechoslowakisch-sowjetischen Handel –, wie groß die Verluste all jener Comecon-Länder waren, die sich dem „sowjetischen Handelsmodell“ anschließen mußten. Wenn Polen z. B. seine Exporteinkünfte aus dem Handel mit der Sowjetunion (das sind ca. 13 Mrd. Rubel) in US-Dollar umtauschen könnte, so hätte es nach dem offiziellen Wechselkurs, den die Sowjetunion festlegt (1 Rubel entspricht 1,56 Dollar bzw. 1 Dollar war 1988 nur 0,61 Rubel wert) für den Import von 13 Mio. Tonnen sowjetischen Rohöls nach Weltmarktpreisen nur 1,8 Mrd. US-Dollar zu zahlen (der Preis einer Tonne betrug 1988 ungefähr 100 US-Dollar). In Wirklichkeit mußte Polen jedoch, wie alle anderen mittel- und osteuropäischen Staaten, 1989 für aus der Sowjetunion importiertes Rohöl verglichen mit den Weltmarktpreisen 70 Prozent mehr bezahlen!

Überdies mußte Polen (wie einige andere mitteleuropäische Länder), um die Lieferungen von sowjetischem Öl und Gas sicherzustellen, zwei bis vier Mrd. US-Dollar auf dem Gebiet der Sowjetunion investieren, mit denen sowjetische öl- und gasfördernde Industrien und Pipelinekapazitäten aufgebaut wurden. Nach den (internen) sowjetischen

<sup>9)</sup> Vgl. den Artikel einer prosovietischen polnischen Gruppe mit dem Titel: Dieser Handel (mit der Sowjetunion) ist noch immer profitabel (polnisch), in: Polityka-Eksport-

Import, (1989) 25, und die Antwort darauf von Edmund Krawowski, Handel mit der UdSSR (polnisch), in: Tygodnik Solidarnosc vom 12. Januar 1990, S. 15.



Preisen lag der Wert solcher Investitionsprojekte im Vergleich zu Weltmarktpreisen jedoch mindestens um ein dreifaches niedriger. Auch mußte die polnische Regierung aus ihrem Staatsbudget die sowjetischen Importeure polnischer Schiffe subventionieren, indem diese für ein Viertel des Weltmarktpreises und im Tausch gegen sibirische Eisenerze an die Sowjetunion verkauft wurden (wie polnische Eisenbahnwagen und Schwerindustrieanlagen)<sup>10)</sup>. Wie in einem von Jerzy Doefer, Professor für Polytechnik an der Danziger Technischen Universität und Spezialist in Sachen Schiffbau, veröffentlichten Artikel enthüllt wurde, bekam die Danziger Schiffswerft normalerweise für ein Schiff, das 10 Mio. US-Dollar wert und mit einigen Einrichtungen westlicher Elektronik etc. ausgestattet ist, von der Sowjetunion nur 6,1 Mio. Rubel (ein Beispiel von 1988). Nach dem offiziellen Wechselkurs im Jahre 1988 von Zloty zu US-Dollar (453 Zloty = 1 US-Dollar) und Rubel (205 Zloty = 1 Rubel) bekam

<sup>10)</sup> In diesem Kontext lassen wir die Frage großer Verluste außer acht, die mit dem Import von Eisenerzen von einem so abgelegenen Ort wie Kriwyi Rog in Sibirien verbunden sind, Eisenerzen, die zudem dreifach weniger Eisen enthalten als z. B. schwedisches Erz. Die Verarbeitung solch minderwertigen Eisenerzes erfordert die dreifache Menge an Energie, Arbeit und Transportkapazität. In gleichem Umfang belastet es die Umwelt, und niemand in der Sowjetunion ist bereit, Polen für diese Umweltzerstörungen Entschädigungen zu zahlen.

die Schiffswerft in jenem Jahr nur 1 230 Mio. Zloty<sup>11)</sup>. Wenn dieses Schiff in ein Land mit harter Währung exportiert worden wäre (entweder westliche oder Entwicklungsländer), hätte man nach den angenommenen Kriterien dafür einen Preis von 4 530 Mio. Zloty erzielt – ein profitables Unternehmen. Manchmal mußte einfach die polnische Regierung die Differenz zwischen dem Weltmarktpreis in US-Dollar und dem RGW-Binnenhandelspreis in Rubel an die Danziger Schiffswerft bezahlen, niemals aber der sowjetische Kunde.

Solche für die Mehrheit der polnischen Firmen höchst unprofitablen Geschäfte waren nur durch die Existenz eines besonderen Handelsübereinkommens mit der Sowjetunion möglich. Bei Handelstransaktionen mit Entwicklungs- und westlichen Industrieländern bestand ein offizieller Wechselkurs zu harten Währungen. D. h. es gab eine direkte Beziehung z. B. zwischen dem Zloty als Ausdruck des Unternehmereinkommens und der D-Mark oder des US-Dollars als Berechnungsgrundlage der Exporteinnahmen. Dies war jedoch nicht der Fall beim Handel mit der Sowjetunion, denn alle Transaktionen, die mit diesem Land abgeschlossen wurden, wurden zunächst in US-Dollar

<sup>11)</sup> Vgl. Export unserer Schiffe – einige Bemerkungen (polnisch), in: *Przeglad Techniczny*, (1988) 50, S. 10–11.

**Tabelle 4: Wechselkurse des Zloty (jeweils Monatsende)**

Monat	Wechselkurs Zloty/Rubel		Relation der Wechselkurse US-Dollar/Rubel
	nominal	real	
1989 Januar	229	206	2,20
Februar	260	217	2,15
März	210	162	2,72
Mai	330	216	2,58
Juli	270	152	3,07
September	550	165	3,27
Oktober	760	147	3,16
November	1 100	174	3,45
Dezember	1 650	222	3,94
1990 Januar	2 100	158	4,52
März	2 100	122	4,52
Mai	2 100	107	4,52
Juni <sup>1)</sup>	2 100	102	4,52

<sup>1)</sup> Seit dem 1. Juni 1990 gibt es de facto zwei offizielle nominelle Wechselkurse Zloty zu Rubel: einen für all jene staatlichen Unternehmen, die in die Sowjetunion exportieren und die eine besondere Erlaubnis vom Ministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit mit dem Ausland haben (wie Tabelle 6 verdeutlicht), und eine zweite, nach der andere Unternehmen, die ihre Waren ohne eine solche Erlaubnis exportieren (d. h. selbständig, ohne vorher abgeschlossenes Handelsabkommen), nur mit 1 000 Zloty pro Rubel bezahlt werden. Darüber hinaus gibt es einen Markt-Wechselkurs, nach dem ein Rubel in privaten Wechselstuben für nur 600 Zloty verkauft wird.

Quelle: *Gazeta Bankowa*, Nr. 29/1990, S. 1.



berechnet (Nennwert), danach in Rubel umgerechnet (natürlich nach dem oben beschriebenen künstlichen sowjetischen Wechselkurs 1 US-Dollar zu 0,61 Rubel) und erst zuletzt in Zloty umgewandelt (z. B. bekam man 1988 für 1 Rubel 205 Zloty im Vergleich zu 453 Zloty für 1 US-Dollar).

Wie die Zahlen in Tabelle 4 bestätigen, verschlechterte sich das hochgradig ungünstige Wechselkursverhältnis zwischen US-Dollar und Rubel für Polen ebenso wie für andere Comecon-Länder sogar 1989 und in der ersten Hälfte des Jahres 1990. Es gab nur

eine positive Veränderung bezüglich des polnisch-sowjetischen Handels, daß nämlich nach dem Handelsprotokoll, das Polen und die Sowjetunion für dieses Jahr abgeschlossen haben, 15 Prozent des Umsatzes in konvertibler Währung verrechnet werden. Der Rest, d. h. 85 Prozent dieses Umsatzes, wird ungünstigerweise noch immer in Rubel bezahlt. Zwar erzielte Polen während des ersten Halbjahres 1990 1,5 Mrd. Rubel mehr an Gewinnen durch den Handel mit der Sowjetunion als zuvor, doch keiner weiß, wie diese Gewinne verwendet werden sollen<sup>12)</sup>.

**Tabelle 5: RGW-Anteil am Welthandel 1988**

	Exporte		Importe		Gesamthandel	
	Mrd. US-Dollar	Prozent	Mrd. US-Dollar	Prozent	Mrd. US-Dollar	Prozent
RWG-Länder <sup>1)</sup>	223	7,9	223	7,6	446	7,7
Industrieländer	1 985	70,0	2 081	70,7	4 066	70,4
Entwicklungsländer u. a. Planwirtschaften	626	22,1	639	21,7	1 265	21,9
Welthandel gesamt	2 834	100,0	2 943	100,0	5 777	100,0
EG	1 053	37,2	1 070	36,4	2 123	36,7

<sup>1)</sup> Bulgarien, Tschechoslowakei, ehemalige DDR, Ungarn, Polen, Rumänien und UdSSR.

Quelle: UN Monthly Bulletin of Statistics 1989, verschiedene Ausgaben.

Platzmangel erlaubt hier keine detaillierte Analyse aller negativen Effekte, die mit der schwerwiegenden Konzentration des Handels auf den RGW-Binnenmarkt und mit der Funktionsweise des besprochenen Finanzausgleichssystems zusammenhängen. Es muß jedoch hervorgehoben werden, daß neben diesen direkten Verlusten, die die einzelnen Comecon-Länder im Handel miteinander (besonders mit der Sowjetunion) erlitten haben, die relative ökonomische Isolierung von der Weltwirtschaft eine der auffälligsten Folgen dieser Handelskonzentration war. 1988 betrug der Anteil der RGW-Länder am gesamten Welthandel weniger als 8 Prozent und 1989 sogar nur 5 Prozent (vgl. Tabelle 5). Dies ist weniger als ein Viertel des Beitrages der Europäischen Gemeinschaft (36,7 Prozent der Gesamtsumme). Gegenwärtig exportieren osteuropäische Länder nur ca. 400 US-Dollar pro Kopf im Vergleich zu 3 437 US-Dollar pro Kopf, die EG-Länder ausführen. Ähnlich liegt das Verhältnis des Gesamthandels zu nationalen Einnahmen in den erstgenannten Ländern unter der Hälfte des entsprechenden EG-Wertes.

In jüngster Zeit war auch ein abnehmender Trend im Handel zwischen Comecon-Ländern und ihren

westlichen Pendanten zu verzeichnen. Der Anteil der RGW-Länder am gesamten OECD-Handel fiel von 3,3 Prozent im Jahre 1980 auf nur 2,2 Prozent 1988 (vgl. Tabelle 6). Innerhalb dieser Gesamtbilanz war die Bundesrepublik Deutschland bei weitem die wichtigste Versorgungsquelle für RGW-Länder mit 32 Prozent des gesamten OECD-Exports in diese Region im Jahre 1988 (einschließlich des damaligen innerdeutschen Handels). Während des Jahres 1989 stieg der Anteil der Bundesrepublik an allen OECD-Exporten in Comecon-Länder bis zur 34 Prozent-Marke. Zum Vergleich: Der britische Anteil am gesamten OECD-Export in diese Länder

<sup>12)</sup> Nach dem Handelsprotokoll für das gesamte Jahr 1990 war dieser Gewinn zugunsten Polens nur bis zu einem Level von 200 Millionen Rubel geplant. Jetzt, unter dem selbst 1990 noch existierenden Finanzausgleichssystem, wird es sehr schwer, wenn nicht gar unmöglich werden, etwas für diese riesige Summe an Rubel in der Sowjetunion zu kaufen. Andererseits stimmt Polen solange nicht mit dem sowjetischen Vorschlag überein, seine Schulden, berechnet in Rubel, zurückzahlen, bis polnische Forderungen (4 Mrd. Rubel), die die Kompensation weitaus geringerer Einnahmen aus Exporten von Dienstleistungen und Bauverträgen betreffen, vollständig durch die Sowjetunion gedeckt sein werden. Vgl. einen Artikel mit dem Titel: Der geschlossene, aber unentbehrliche Markt (polnisch), in: Gazeta Wyborcza vom 4. Juni 1990, S. 1.



**Tabelle 6: RGW-Anteil am Handel mit den OECD-Ländern 1988**

	OECD Exporte		OECD Importe		OECD Gesamthandel	
	Mrd. US-Dollar	Prozent	Mrd. US-Dollar	Prozent	Mrd. US-Dollar	Prozent
RWG-Länder <sup>1)</sup>	44	2,2	45	2,2	89	2,2
UdSSR	25	1,3	24	1,2	49	1,2
Osteuropa	19	0,9	21	1,0	40	1,0
OECD insgesamt	1 975	100,0	2 047	100,0	4 022	100,0

<sup>1)</sup> Bulgarien, Tschechoslowakei, ehemalige DDR, Ungarn, Polen, Rumänien und UdSSR.

Quelle: Financial Market Trends, OECD, Paris, Nr. 42 vom Februar 1989, S. 20–31, und GATT International Trade 1988–1989, Bd. 1, Genf 1989, S. 11–15.

lag 1988 bei 4,4 Prozent und ist 1989 und in der ersten Jahreshälfte 1990 drastisch gesunken<sup>13)</sup>.

Auch die Warenstruktur des Comecon-Handels mit den OECD-Ländern ist in hohem Maße unvorteilhaft für die erstgenannten Länder und spiegelt ihre relative ökonomische Rückständigkeit. Zu betonen ist, daß eine solche Warenstruktur sich ebenfalls aus dem geschlossenen Wesen der RGW-Volkswirtschaften ergibt. Sie kann als Haupthindernis für einen wirtschaftlichen Fortschritt betrachtet werden. Das Wesen ihrer Wirtschaft erklärt in gewissem Maße ebenso wie das geschlossene politische System des RGW, innerhalb dessen die Sowjetunion den anderen Staaten – bis vor kurzem – einfach diktierte, in welcher Form Handel stattfinden sollte, warum es mittel- und osteuropäischen Ländern nicht gelang, die Früchte internationaler Arbeitsteilung zu ernten, und warum diese Länder unfähig waren, wie ihre westliche Pendanten angemessene Gewinne aus der Ausweitung des Handels mit anderen Staaten zu ziehen.

Diese Tatsachen wurden vollständig enthüllt und anerkannt im Laufe der wirtschaftlichen Reformen in Polen, Ungarn und kürzlich in der Tschechoslowakei. Diese drei Länder haben gemeinsame Anstrengungen unternommen, das oben vorgestellte künstliche Handelsausgleichssystem innerhalb des RGW-Blocks zu verändern und gleichzeitig den RGW in eine Art Freihandelszone analog zur EFTA zu transformieren, die ihre wirtschaftliche

<sup>13)</sup> Vgl. Barclays Economic Review, Nr. 2 vom Mai 1990, S. 32. Für eine detaillierte Analyse dieses Handels siehe Adam Gwiazda, Recent development trends in East-west trade and finance, in: The Journal of East and West Studies, 19 (1990) 1, S. 37–51.

Zusammenarbeit und das Bemühen um eine Assoziation mit der EG wie auch Kontakte mit anderen Ländern und regionalen Gruppierungen nicht einschränken sollten. Dieser Wunsch nach Schaffung eines neuen Handelssystems – wenn nicht des RGW, so doch innerhalb Mittel- und Osteuropas – das mit den weltweit üblichen Handelsgewohnheiten und dem Fortschritt in jenen Ländern vollständig vereinbar ist, marktorientierte, ökonomische Reformen und die Einführung eines neuen demokratischen politischen Systems haben sich als die Hauptantriebskräfte einer stufenweisen Desintegration des RGW und, in mittelfristiger Sicht, einer kompletten Auflösung dieser Organisation erwiesen.

Es ist inzwischen mehr als deutlich, daß mit dem Kollaps des Systems der zentral gelenkten Planwirtschaft in Polen, Ungarn und der Tschechoslowakei (und mit der Wiedervereinigung auch in der ehemaligen DDR) einfach keine Möglichkeit mehr besteht, das grundlegende Instrument der wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen RGW-Mitgliedsstaaten aufrechtzuerhalten, also die Koordination der Wirtschaftspläne der Mitgliedsländer miteinander sowie die veraltete bürokratische Struktur dieser Organisation.

Zusammenfassend kann man sagen, daß die Koordinierung der Wirtschaftspläne wie auch das gesamte System der Planwirtschaft in der Vergangenheit keine positiven Ergebnisse für die Gesellschaften der Comecon-Länder gezeitigt haben. Der auffälligste Zug dieses Systems bestand in der wachsenden Verknappung fast aller Waren und Dienstleistungen sowie in der Ineffektivität ihrer nationalen Volkswirtschaften.



## II. Letzte Anstrengungen zur Reformierung des RGW

Mitte der achtziger Jahre entstand eine völlig neue Situation in den europäischen RGW-Ländern. Kein einziges Comecon-Land war noch zufrieden mit dem System, das sich im Laufe von 40 Jahren gebildet hatte. Die Staaten waren unzufrieden mit dem Verrechnungssystem, das auf dem zukünftig bedeutungslosen Transferrubel basierte, aber mehr noch mit den Regeln dieser besonderen Assoziation von Staatsmonopolen. Auch die Sowjetunion hatte sich von diesen Mechanismen mehr erhofft. Die Mehrheit der RGW-Mitgliedsländer (mit Ausnahme der Sowjetunion und bis zu einem gewissen Grade einiger nichteuropäischer Mitglieder dieser Organisation) wendet sich derzeit gegen die Idee einer Transformation dieser höchst ineffizienten quasi-integrativen in eine transnationale (supranationale) Organisation oder einen gemeinsamen Markt (Osteuropäische Gemeinschaft). Die Vorschläge, die die drei Staaten Polen, Ungarn und Tschechoslowakei im Hinblick auf eine Transformation des Comecon machten, laufen auf eine Beratungsorganisation hinaus, die mit der neuen Philosophie des internationalen Handels vereinbar ist.

Auf dem RGW-Gipfel in Sofia im Januar 1990 präsentierten die Vertreter Polens ihre Vorschläge, nach denen der Comecon die wirtschaftliche Integration seiner Mitglieder in das übrige Europa erleichtern und den allgemeinen Trend unter seinen Mitgliedern hin zu freiem Handel unterstützen sollte. Daher schlug man eine Begrenzung der Institutionalisierung dieser Organisation vor, d. h. die Macht und die Anzahl der zentralen Organe des RGW sollten drastisch verringert werden. In diesem Zusammenhang forderte die polnische Delegation eine sofortige Auflösung von 20 Kommissionen und Komitees, die Umwandlung zweier Comecon-Banken in sich selbst finanzierende Aktiengesellschaften und die Übernahme des Eigenfinanzierungsprinzips durch die verbleibenden zentralen Organe des RGW.

Diese Vorschläge sind von der besonderen Kommission des RGW erwogen worden, aber bis August 1990 wurden keine Entscheidungen bezüglich der zukünftigen Form dieser Organisation gefällt. Es muß hervorgehoben werden, daß diese besondere Kommission, die in Prag – nicht in Moskau – gegründet wurde, von den traditionellen, zentralen Organen des Comecon völlig unabhängig ist. Ihr Präsident kann nur aus den Reihen derjenigen Mitgliedstaaten gewählt werden, die „fortgeschrittene marktorientierte wirtschaftliche Reformen“ durchführen, d. h. er kann Bürger Polens, Ungarns oder der Tschechoslowakei sein (der erste

Präsident dieser Kommission war der ungarische Planungsminister Erne Kemensi).

Auf der anderen Seite begegnete der sowjetische Vorschlag einer sofortigen Entwicklung hin zu einem System, in dem Handel auf der Basis von Weltmarktpreisen abgewickelt wird und alle bilateralen Defizite in konvertibler Währung beglichen werden, paradoxerweise der stärksten Opposition ausgerechnet bei denjenigen Comecon-Länder (Polen, Ungarn, Tschechoslowakei), die in der Vergangenheit die Einführung eines solchen Zahlungsverkehrs innerhalb des RGW nachdrücklich unterstützt haben.

Man sollte sich in Erinnerung rufen, daß Comecon-Preise und der Wert des Transferrubels in der Vergangenheit dadurch künstlich niedrig gehalten wurden, daß der Durchschnitt aller Weltmarktpreise in der vorangegangenen Fünfjahresperiode als Maßstab genommen wurde. Jetzt bestehen einige Schwierigkeiten, zu definieren, was „Weltmarktpreise“ überhaupt sind. Mit Ausnahme der mit einem Index versehenen Erzeugnisse, die an der Börse gehandelt wurden, waren alle anderen Preise vertraglich fixiert. Diese Fragen werden wahrscheinlich in naher Zukunft auf die Tagesordnung gesetzt werden, denn die Sowjetunion hat am 30. Juni 1990 gemäß der Verordnung von Präsident Michail Gorbatschow bereits angekündigt, daß sie ab 1. Januar 1991 von einem Verrechnungssystem zu einem System konvertibler Währungen wechseln will, in dem Transaktionen zu Weltmarktpreisen abgewickelt und bilaterale Zahlungsdefizite in konvertiblen Währungen umgerechnet werden.

Dieser sowjetischen Entscheidung liegt die Annahme zugrunde, damit eine deutliche Verbesserung der sowjetischen terms of trade mit Mittel- und Osteuropa in die Wege zu leiten, vor allem durch eine Anhebung der Energie- und Rohstoffpreise auf Weltmarktniveau kombiniert mit einer gleichzeitigen Verringerung der Preise, die an die ost- und mitteleuropäischen Länder für deren weitgehend unter dem Standard liegenden, mit minderwertiger Technologie ausgestatteten Exportprodukte gezahlt werden müssen.

Natürlich gibt es keinen anderen Ausweg für Polen, Ungarn und die Tschechoslowakei, als ganz einfach die neuen Regeln für den Handel zu akzeptieren (schließlich befürworteten diese Staaten immer die Einführung eines solchen Zahlungssystems). Jedoch argumentieren die Vertreter dieser Länder, daß die neue Ordnung stufenweise und auf bilateraler Ebene eingeführt werden soll. Mit anderen Worten: Die „Normalisierung“ des Handels inner-



halb des Comecon-Blocks sollte sich über einige Jahre erstrecken, statt nach den Vorstellungen der UdSSR über Nacht, d. h. am 1. Januar 1991, eingeführt zu werden.

Die oben genannten Comecon-Länder betonen außerdem die Tatsache, daß das System der RGW-Arbeitsteilung von der Sowjetunion forciert (oder einfach aufgezwungen) wurde, die deshalb für den Abbau von Produktionskapazitäten (-strukturen) in der Nachkriegszeit voll verantwortlich sei. Deshalb sollte sie die anderen Mitglieder während der schwierigen und mindestens ein paar Jahre lang andauernden Periode der Umwandlung zu globaler Wettbewerbsfähigkeit unterstützen. Trotz solcher Argumente scheint die Sowjetunion weder gewillt noch – vor allem – fähig (wegen der Desintegration ihres eigenen „Imperiums“ und der Entstehung neuer, autonomer und unabhängiger Republiken sowie wegen ihrer enormen wirtschaftlichen Schwierigkeiten), andere Comecon-Partner zu subventionieren, um ihnen eine „sanfte Landung“, d. h. einen weniger schmerzhaften Übergang zu einem System neuer Handels- und Zahlungsbedingungen, zu ermöglichen.

Wahrscheinlich wird die Sowjetunion deshalb nicht gegen die Auflösung des RGW opponieren. Dieser Prozeß ist bereits im Gange. Ein erstes diesbezügliches Zeichen bedeutete die Unterzeichnung eines Protokolls zwischen Ungarn und der Sowjetunion im März 1990, in dem beide Staaten übereinkamen, daß sie vom 1. Januar 1991 an ihren Handel ausschließlich in harter Währung abwickeln würden. Ein ähnliches Protokoll wurde im April 1990 mit Polen unterzeichnet, und – wie vorher erwähnt – die gleichen Vereinbarungen werden gemäß den sowjetischen Entscheidungen vom 30. Juni 1990 für alle anderen Comecon-Länder gelten.

Als Konsequenz der Einführung des neuen Zahlungssystems werden die Handelsbeziehungen zwischen allen mitteleuropäischen Staaten auf Welt-

marktpreisen und Dollarzahlungen beruhen. Die Auswirkung dieser Entwicklung wird eine Beschleunigung des Trends hin zum Handel mit dem Westen und weg vom Handel untereinander (d. h. innerhalb des ehemaligen Comecon-Blocks) sein. Nach einigen Vorhersagen werden die Handelsbeziehungen zwischen der UdSSR und den mitteleuropäischen Ländern in naher Zukunft substantiell schrumpfen, obwohl die Vertreter der Sowjetunion behaupten, daß der sowjetische Markt für die osteuropäischen Länder und ihre Industriegüter von niedriger Qualität immer offen sein wird<sup>14</sup>). Es ist anzunehmen, daß die Sowjetunion, wenn sie ihre Importe aus Mittel- und Osteuropa in US-Dollar bezahlen muß, geneigt sein wird, auf anderen Märkten einzukaufen – und dies vielleicht sogar billiger. Das bedeutet, daß einige der polnischen, ungarischen und tschechischen Firmen, die vom Handel mit der Sowjetunion abhängig sind, Konkurs anmelden werden müssen, sofern sie nicht größere ausländische Investitionen erhalten, die ihnen eine Modernisierung erlauben. Andererseits wird die Sowjetunion nach Schätzungen 12 Mrd. US-Dollar sparen, wenn sie mit anderen Comecon-Ländern Handel treibt, vorausgesetzt, daß das Preisniveau im RGW-Binnenhandel 1991 auf dem derzeitigen Stand bleibt. Zusammenfassend kann man feststellen, daß die Entscheidungen der Sowjetunion, mit dem 1. Januar 1991 von allen multilateralen Handelsvereinbarungen, die auf Transferrubel basieren, zurückzutreten und alle Handels- sowie andere Transaktionen auf harte Währungen und Weltpreise umzustellen, typisch für die Beziehungen zwischen den RGW-Staaten ist. Schließlich war es dasselbe Land, das alle RGW-Mitgliedstaaten gezwungen hat, sein künstliches System des Transferrubels zu übernehmen, das jetzt als erstes diesem seltsamen (bizarren) System entflieht. Das Ende des Transferrubels wird mit Sicherheit das vollständige Ende des Comecon als eines Handelsblocks bedeuten.

### III. Perspektiven für die mitteleuropäischen Länder

Der RGW löst sich allmählich auf, weil er in Wirklichkeit keine Funktion hat. Früher oder später (eher früher als später) wird er deshalb der Auszehrung anheim fallen<sup>15</sup>). Es darf bezweifelt werden, daß der jetzige Comecon fähig sein wird, sich in eine Beratungsorganisation zu verwandeln (zu welchem Zweck?). Daher stellt sich die Frage, welche Optionen die mitteleuropäischen Länder in dieser Situation haben. Haben sie überhaupt eine Wahl bei der Bestimmung ihrer zukünftigen Entwicklung und

der Gestaltung ihrer Handelsbeziehungen außerhalb des Ostblocks?

<sup>14</sup>) Vgl. Nikolai P. Shmelev, How to save Perestroika?, in: World Link, 3 (1990) 3–4, S. 27.

<sup>15</sup>) Formell wird die endgültige Entscheidung über die zukünftige Bedeutung und Funktion des Comecon im Spätherbst 1990 getroffen, während des geplanten RGW-Gipfels in Moskau, auf dem die Premierminister der Mitgliedstaaten anwesend sein werden.



Das Problem dieser Länder liegt in ihren rückständigen, ineffizienten Industrien, die vornehmlich zur Selbstversorgung und Belieferung des sowjetischen Marktes errichtet wurden. Die Übernahme des Autarkieprinzips durch diese Staaten (nicht aufgrund ökonomischer, sondern aufgrund politischer Zielsetzungen unter der Aufsicht der Sowjetunion) führte zu einer sehr ähnlichen industriellen Struktur. So produzieren die einzelnen Comecon-Länder Mitteleuropas im Grunde alle dieselben Waren, und nur wenig von dem, was sie herstellen, hat Weltmarktqualität. Mit anderen Worten: Die mitteleuropäischen Länder haben sich gegenseitig nicht viel anzubieten.

Vor diesem Hintergrund macht es absolut keinen Sinn, eine Art polnisch-tschechisch-ungarischer Konföderation oder wirtschaftlicher Einheit zu konstruieren (mitteleuropäischer Gemeinsamer Markt)<sup>16)</sup>. Anfang 1990 favorisierten diese Länder enthusiastisch eine solche Art der „Konföderation“, doch schon Mitte des Jahres kristallisierte sich die gemeinsame Ansicht heraus, daß eine „Konföderation“ oder „Assoziation“ ein Zusammenschluß von Mittellosen wäre! Nichtsdestotrotz streben die Tschechoslowakei und Ungarn für sich eine Form der Zusammenarbeit mit Jugoslawien, Österreich und Italien an; Polen hingegen bevorzugt eher eine Intensivierung und Ausdehnung der wirtschaftlichen Kooperation mit den Staaten Westeuropas (besonders mit dem wiedervereinigten Deutschland). Langfristig wünscht es die Integration in die Europäische Gemeinschaft.

Für mich besteht kein Zweifel daran, daß nicht nur Polen, sondern auch die anderen mitteleuropäischen Länder dieselbe Zukunft erwartet — die ei-

ner Eingliederung in die EG. Natürlich wird es sich dabei um einen vielfältig abgestuften Prozeß handeln, den jedes einzelne mitteleuropäische Land in seiner Gangart vornehmen wird (wahrscheinlich wird sogar die Tschechoslowakei der EG zuerst beitreten und nicht Polen), aber andere, bessere Perspektiven bzw. Alternativen als die Integration in die EG (mit Europa) wird es für sie nicht geben. Natürlich müssen sich all diese Länder auf solch eine gewünschte Integration einstellen und ihre weitaus beschränktere Infrastruktur der in Westeuropa vorhandenen angleichen. Dies umfaßt sowohl ihre materielle Infrastruktur als auch ihre Gesetzgebung, ihre Zölle, ihre technischen und Qualitätsstandards, ihre ökologischen Vorschriften etc.

Es wird nicht einfach sein, Fabriken der älteren Generation in solche zu verwandeln, die Spitzentechnologieprodukte für einen westlichen Markt produzieren, und dies wird auch nicht ohne die konsequente Privatisierung der derzeit ineffizienten Staatsbetriebe und die Neuordnung der nationalen Volkswirtschaften vonstatten gehen. Das wiederum wird ebenso schwer in kurz- oder mittelfristiger Perspektive ohne Beteiligung ausländischen Kapitals zu erreichen sein. Daher sollten alle mitteleuropäischen Staaten ihren Reformprozeß und ihre Bemühungen zur Stabilisierung ihrer Volkswirtschaften unter dem Leitbild marktorientierter wirtschaftlicher Reformen so schnell wie möglich vervollständigen und darüber hinaus akzeptable (zumindest „normale“) Bedingungen für ausländische Investoren schaffen, um wesentlich mehr ausländisches Kapital anzulocken. Auf der anderen Seite sollten sich sowohl die EG-Institutionen, die Regierungen westeuropäischer Länder als auch westliche Privatinvestoren der Möglichkeiten bewußt sein, die für ganz Europa durch den Zusammenbruch des Kommunismus in Mittel- und Osteuropa, durch die fortschreitende Desintegration des Comecon und die stufenweise Umwandlung des Warschauer Paktes, der 1995 wahrscheinlich längst nicht mehr die Bedeutung haben wird, die er heute hat, geschaffen wurden und werden.

<sup>16)</sup> Einige meinen, daß diese drei Länder zusammen mit Rumänien und Bulgarien einen „dynamischen Gemeinsamen Markt“ als eine vorübergehende Einigungsform auf ihrem Weg zum Weltmarkt schaffen sollten. Vgl. Lionel Stoleru, Den Comecon reformieren, in: Rzeczpospolita vom 21. Juni 1990, S. 3 (polnisch). Vgl. außerdem Hans Fahning, Aktuelle Probleme der Weltwirtschaft, in: West-Ost-Journal, (1990) 3–4, S. 31 f.



## **Jens Reuter: Jugoslawien im Umbruch**

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 45/90, S. 3–15

Als am 22/23. Januar 1990 die slowenischen Kommunisten den XIV. Kongreß des Bundes der Kommunisten Jugoslawiens demonstrativ verließen und dieser auf unbestimmte Zeit vertagt wurde, war das Ende der über 40jährigen Einparteiherrschaft im Vielvölkerstaat Jugoslawien eingeläutet. Die faktische Auflösung des Bundes durch Selbstblockade und die Aufspaltung in zwei Lager — Slowenien, Kroatien, Bosnien-Herzegowina und Makedonien auf der einen Seite, Serbien, Vojvodina, Kosovo und Montenegro auf der anderen — geht ursächlich auf den Gegensatz zwischen den Kommunisten Sloweniens und Serbiens zurück.

Beide nationalen Parteien gaben unterschiedliche Antworten auf die Staats- und Parteikrise im Jugoslawien der achtziger Jahre. Während in Serbien der Populist Milošević nationalistische Emotionen schürte (Kosovo-Frage) und ein autoritäres, auch vor Verfassungsbrüchen nicht halt machendes Regime einführte, strebten die Slowenen keine Restauration des alten Systems an, sondern wollten einen allmählichen Übergang zu einem parlamentarisch-demokratischen System. Auch in Jugoslawien zeigte sich, daß eine einmal eingeleitete pluralistische Entwicklung kaum noch zu stoppen bzw. zu steuern ist.

Im Frühjahr 1990 gab es mit den Wahlen zum slowenischen Parlament die ersten freien Wahlen in Jugoslawien seit Kriegsende — weitere werden folgen. Makedonien und Bosnien-Herzegowina wählen im November, Serbien und Montenegro im Dezember.

Bemerkenswert ist, daß die serbischen Kommunisten ihr Ziel eines starken jugoslawischen Einheitsstaates unter serbischer Führung — bei Ausschluß der Slowenen — angesichts größerer Widerstände aufgaben. Nun sind auch sie bereit, Jugoslawien in eine Konföderation umzubauen — eine Forderung, die die neue slowenische Regierung, gebildet aus der bei den Frühjahrswahlen siegreichen vereinigten Opposition, bereits seit Mai 1990 aufstellte. Gleichwohl bedeutet die Umsetzung der Konföderationspläne, die Frage Staatenbund oder Bundesstaat, für das Land eine neue Zerreißprobe, zumal die aufgeworfene Grenzdiskussion zwischen Serbien einerseits und Kroatien sowie Bosnien-Herzegowina andererseits weiteren Konfliktstoff birgt.

## **Rudolf L. Tökés: Vom Post-Kommunismus zur Demokratie. Politik, Parteien und Wahlen in Ungarn**

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 45/90, S. 16–33

Mit der Entfernung János Kádárs und seiner Verbündeten aus dem Politbüro und dem ZK der regierenden Ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei (USAP) im Mai 1988 beginnt in Ungarn der post-totalitäre Weg in die pluralistische Demokratie. Die Wahlen vom März und April 1990 schließen eine erste Phase politischer Transformation Ungarns ab, die wegen ihrer gewaltlosen Änderungsprozesse und der kompromißbereiten Handlungsinitiative der politischen Akteure als „ausgehandelte Revolution“ bezeichnet werden kann. Zudem läßt sich im Fall Ungarns von „hausgemachten“ Entwicklungen sprechen, die aufgrund inneren Drucks und des entschlossenen Vorantreibens der politischen Neuerungen durch eine emanzipierte Mittelklasse bewegt wurden.

Anders als bei den zeitweise sehr raschen Umstürzen in der damaligen DDR, der Tschechoslowakei und Rumänien ist es Langsamkeit, die die Reformprozesse innerhalb Ungarns bestimmt. Betrachtet man die Ergebnisse der Volksbefragungen im November 1989 im Vergleich zu den Frühjahrswahlen 1990, so wird eine Bewußtwerdung der Wählerschaft während der manchmal ungestümen Wahlkämpfe erkennbar: weg von Persönlichkeitspräferenzen und abrechnenden Stellungnahmen zur totalitären Vergangenheit, hin zu allmählichen Identifizierungen mit den politischen Programmen im neuen Parteienpluralismus.

Hervorstechend aus der Analyse der Wählerentscheidungen ist das Verschwinden der USAP als parlamentarische Partei und damit die demokratische Entscheidung für den Systemwechsel, gebunden an die Einsicht schmerzlicher sozialer Konsequenzen bei der wirtschaftlichen Umgestaltung.

Die neue Koalitionsregierung, bestehend aus dem christlich-nationalen Ungarischen Demokratischen Forum (UDF), der Partei der Kleinlandwirte und der Christlich-Demokratischen Volkspartei, wird unter Führung des UDF-Vorsitzenden Dr. József Antall bei ungesicherten Mehrheitsverhältnissen auf parteiübergreifende Initiativen und die konstruktive Rolle der Oppositionsparteien angewiesen sein.



**Adam Gwiazda: Die Desintegration des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe. Neue Perspektiven für die mitteleuropäischen Länder?**

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 45/90, S. 35—45

Dieser Beitrag bietet eine Analyse der jüngsten Debatte über die Desintegration des Comecon, über die Zukunft dieser Organisation und die Aussichten für einige seiner Mitglieder. Im ersten Teil wird die Frage diskutiert, welcher Art die Außenhandelsbeziehungen der Comecon-Länder und welches ihre sichtbarsten Konsequenzen sowohl für den RGW-Binnenhandel als auch für die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen Ost und West sind. Darüber hinaus werden alle Nachteile aufgelistet, die sich aus dem Zahlungssystem des RGW, das auf dem Transferrubel basiert, ergeben. Einige theoretische Annahmen bezüglich der Frage der „Gewinne und Verluste“ im RGW-Binnenhandel werden anhand des Beispiels polnisch-sowjetischer Handelsbeziehungen in den letzten Jahren illustriert. Daneben werden weitere Auswirkungen der Konzentration des RGW-Handels auf den Binnenmarkt vorgestellt.

Im zweiten Teil werden die jüngsten Bemühungen zur Reform des Comecon beschrieben. Mit dem Zusammenbruch des zentral gelenkten Planwirtschaftssystems in den mitteleuropäischen Ländern ist offensichtlich geworden, daß es für den RGW in seiner jetzigen Form keine Zukunft mehr gibt. Es besteht praktisch keine Möglichkeit, diese Organisation in eine Art osteuropäische Gemeinschaft (Gemeinsamer Markt) zu verwandeln, und nach Ansicht des Autors wird der RGW auch als Beratungsorgan keine wichtigen Funktionen übernehmen können. Daher wird er an Auszehrung eingehen. In dieser neuen Situation werden die mitteleuropäischen Länder auf die gleiche Zukunft zusteuern: auf die Integration in die EG. Jedes Land dieser Region wird auf spezifische Weise dieses Ziel schrittweise umsetzen.